

**Heft 176**

Ausgabe 1 | 2010

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

spw



# Nichts Neues am Hindukusch?

**Zwischen militärischer Logik und ziviler Strategie**

Timo Noetzel  
Eine neue Strategie für Afghanistan?  
Deutschlands fehlende Debatte

Werner Ruf  
Afghanistan im Fadenkreuz der Geostrategie

Thomas Gebauer  
Blühende Landschaften am Hindukusch?

Interview mit Wolfgang Gunkel  
Man sollte aufhören,  
von „Polizeiausbildung“ zu sprechen

## Kurzum | von Thomas Westphal

Die FDP fordert eine nationale Streusalzreserve. Endlich hat der Landtagswahlkampf in NRW sein zentrales Thema! Nicht? Als erste große Testwahl für die Liebesbeziehung zwischen CDU/CSU und der FDP ausgerufen, droht nun die Langeweile. Jetzt ist schon erkennbar: Die FDP zerlegt ihren eigenen Wahlerfolg aus der Bundestagswahl von ganz allein. WechselwählerInnen aus dem Lager der Union gehen wieder zurück und WählerInnen aus dem Lager des modernen Arbeitnehmermilieus wenden sich schulterzuckend ab. Die CDU bleibt vorerst stabil, die Grünen auch. Hier hält die prinzipielle Lagertreue. Die Linke wird bei solider Zustimmung bleiben. Dafür sorgen schon die anderen, weniger sie selbst. Die SPD findet in diesem Trend jedoch keinen Weg aus der Sackgasse.

**Kurzum:** Jetzt muss die SPD mit einem offensiven Wahlkampf - der Perspektive zeigt - beginnen!

In einer stillen Stunde drängt sich dann die Frage auf, was hindert die SPD eigentlich daran offensiv die Perspektiven einer neuen Landesregierung in NRW aufzuzeigen? Warum schafft es die SPD nicht, für Wechselstimmung zu sorgen?

Es gibt eine fundamentale Erklärung dafür: Die SPD hat nicht das Zeug dazu! Was heißt hier Zeug, welches Zeug? Das Zeug zum schöpferischen Populismus! Ein guter, ein mobilisierender Wahlkampf muss mindestens eine Etage über dem Dauerrauschen der täglichen Politikmeldungen agieren. Er muss bei den WählerInnen für neue Sichtweisen sorgen, er muss das Geschehen umdeuten, bisherige zementierte Einstellungen verflüssigen und neue formen. Dazu müssen sich die Botschaften in die Alltagskommunikation zwischen Fernsehen, Bild, Internet, Facebook etc. einarbeiten und wiederholen, um überhaupt wahrgenommen zu werden, bevor sie wirksam werden können.



⇒ Thomas Westphal, ist Diplom-Volkswirt und spw- Mitherausgeber. Er lebt und arbeitet in Weinheim.

Foto: privat

**Kurzum:** Hegemonie entsteht aus den Ressourcen des Alltags und der politisch-strategischen Fähigkeit diese für eine neue gesellschaftliche Richtung zu nutzen. Das ist schöpferischer Populismus.

In der Generation der modernen PolitikerInnen gibt es eine fatale Verdrehung dieses Zusammenhanges. Ressourcen aus dem Alltag der Menschen werden nicht aufgegriffen und umgedeutet, sondern schlicht wiedergegeben. Nicht die PolitikerInnen nutzen die Alltagserfahrung der Menschen, sondern der Alltagsverstand nutzt die PolitikerInnen. Schöpferischer Populismus wird zum peinlichen Opportunismus. Hier liegt der Kern der Erklärung für langweilige Wahlkämpfe, für Fähnchen im Winde verkleidet als Staatsmänner sowie für Klientelismus und kleinteilige Projekte, siehe Streusalzreserve. Darüber hinaus führt die technische Beschleunigung zu einer höheren Erwartung an die jeweilige Reaktionsfrequenz im täglichen Miteinander, zu höherem Lebenstempo, zu mehr Optionen und - zu weniger Zuverlässigkeit. So entstehen offenbar auch politische Statements und Beschlüsse in „beschleunigten Gremien“.

**Kurzum:** Mit Blick auf Fragen zum Verhältnis mit den Linken, rate ich der SPD-Parteiführung zur Odysseus-Strategie: Man fessele sich selbst, um den Sirengesängen der unendlichen (Antwort)Möglichkeiten nicht zu verfallen.

Jemand nannte das mal „Kommunikative Disziplin“.

## ■ Meinung

Meilenstein auf dem Weg in die Kindergrundsicherung   Barbara König .....	4
Arbeitszeiten im geschlechtergerechten Zweiverdienermodell   Christina Klenner .....	5
Kultur-Flatrate – eine nette Idee, auf den ersten Blick   Wolfgang Schimmel .....	6
■ Pro: Klimaschutz und CCS – unbequem und unverzichtbar   Felix Chr. Matthes .....	7
■ Contra: CCS kann keinen Beitrag für den Klimaschutz leisten   Hermann E. Ott .....	8
Man sollte aufhören, von „Polizeiausbildung“ zu sprechen   Interview mit Wolfgang Gunkel .....	9

## ■ ■ Im Fokus: Nichts Neues am Hindukusch? Zwischen militärischer Logik und ziviler Strategie

Einleitung zum Schwerpunkt   Kai Burmeister, Cordula Drautz und Stefan Stache .....	11
Eine neue Strategie für Afghanistan? Deutschlands fehlende Debatte   Timo Noetzel .....	16
Blühende Landschaften am Hindukusch?   Thomas Gebauer .....	20
Wende am Hindukusch? Eine neue Afghanistan-Strategie lässt auch nach der Londoner Konferenz noch auf sich warten   Marc Thörner .....	26
Afghanistan im Fadenkreuz der Geostrategie   Werner Ruf .....	32
Zur erneuten Strategie in Afghanistan   Ute Finckh .....	38
Die Mehrheit für den Afghanistan-Einsatz hat die Elite nicht erst ges- tern verspielt.   Interview mit Lars Klingbeil .....	43

## ■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Schuleignungstest   Gesa Rücker .....	46
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Die Obama-Pläne zur Bankenregulierung   Arne Heise .....	47
Kein Mist: Eine schlagkräftige Opposition ist notwendig   Gesine Akena und Ralf Höschele .....	49
Mehr Wirtschaftsdemokratie mittels Innovationsförderung?   Kai Neuschäfer und Fritz Rettberg .....	52
Rezension: Akademische Freiheit im Wettbewerb?   Erkan Ertan .....	58

## ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Für ein sozialstaatliches Leistungsrecht statt Hartz IV!, Diskussions- papier der IG-Metall, Mit Linksreformismus aus der Krise? – Call for Papers der Berliner Debatte, www.spw.de neu gestaltet .....	60
Fünf Fragen an...Uwe Kremer .....	62

## □ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

### HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)  
Jutta Blankau (Hamburg)  
Klaus Dörre (Jena)  
Iris Gleicke (Schleusingen)  
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)  
Michael R. Krätke (Lancaster)  
Uwe Kremer (Dortmund)  
Detlev von Larcher (Weyhe)  
Benjamin Mikfeld (Berlin)  
Susi Möbbeck (Magdeburg)  
Andrea Nahles (Weiler)  
Horst Peter (Kassel)  
Florian Pronold (Deggendorf)  
René Rösper (Hagen)  
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)  
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)  
Thomas Westphal (Weinheim)

### Redaktion:

Thorben Albrecht  
Claudia Bogedan  
Björn Böhning  
Cordula Drautz  
Sebastian Jobelius  
Oliver Kaczmarek  
Bettina Kohlrausch  
Anja Kruke  
Lars Neumann  
Dorothea Steffen  
Thilo Scholle  
Till van Treeck

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:  
Stefan Stache

Telefon 0177-525 04 98  
redaktion@spw.de

### Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
Telefon 0231-2 02 00 11  
Telefax 0231-2 02 00 24  
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

### Berliner Büro:

Müllerstraße 163, 13353 Berlin

### Geschäftsführung:

Robin Baranski  
Hans-Joachim Olczyk  
Eckhart Seidel

### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit  
sechs Heften im Jahr.  
Jahresabonnement Euro 39,-  
(bei Bankeinzug Euro 37,-)  
Auslandsabonnement Euro 42,-  
Abbestellungen mit einer Frist von drei  
Monaten zum Jahresende.  
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.  
Anschriftänderung ist  
dem Verlag mitzuteilen.  
ISSN 0170-461-K 5361  
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.  
Alle Rechte vorbehalten.

### Titelfoto:

www.fotolia.com, © TheGame u.  
Julija Sapic

Gestaltung und Druck:  
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn  
1.-3. Tausend, Februar 2010

## Meilenstein auf dem Weg in die Kindergrundsicherung

von Barbara König

Das Bundesverfassungsgericht hat bestätigt, was Sozialverbände und Gewerkschaften seit Jahren kritisieren: Die Hartz-IV-Regelsätze sind nicht nachvollziehbar und daher verfassungswidrig. Insbesondere die Regelsätze für Kinder müssen überarbeitet werden. Das Gericht hält Kinder nicht für „kleine Erwachsene“, die einfach 50 bis 70 Prozent des Erwachsenenbedarfs brauchen. Vielmehr müsse der kindgerechte Bedarf transparent ermittelt werden und die Leistung ein „Leben in Würde“ ermöglichen.

Das Urteil ist begrüßenswert. Nun tobt der Streit um dessen Interpretation. Für das Zukunftsforum Familie, die AWO, den Deutschen Kinderschutzbund und andere Organisationen ist die Entscheidung ein Meilenstein auf dem Weg zu einer allgemeinen Kindergrundsicherung. Natürlich hat die Armut von 2,4 Millionen Kindern auch mit zu niedrigen Regelsätzen zu tun, welche die Leistungen für Bildung oder Gesundheitsförderung nicht abbilden. Daran konnte auch das kurz vor der Bundestagswahl eingeführte „Schulbedarfspaket“ nichts ändern. Jetzt ist der Gesetzgeber gefordert, bis Jahresende bedarfsgerechte und damit zwangsläufig höhere Regelsätze für Kinder zu schaffen. Das Gericht hat ihn allerdings nicht aufgefordert, weitere Systemmängel zu beheben. Die Verrechnung von Kindergeld und SGB-II-Förderung bleibt ungerecht. Ebenso die Lücke zwischen Kindergeld und maximaler Steuerersparnis durch den Kinderfreibetrag. Der Systemwechsel weg von intransparenter und sozial ungerechter Familienförderung hin zu einer Kindergrundsicherung bleibt also notwendig! Das „Bündnis Kindergrundsicherung“ hat hierzu einen Vorschlag gemacht, der 502 Euro pro Monat und Kind vorsieht. Dieses Instrument



➔ Barbara König ist Geschäftsführerin des Zukunftsforums Familie.

Foto: privat

ersetzt alle bisherigen Familienleistungen und wird durch die Besteuerung sozial ausgestaltet. ([www.kinderarmut-hat-folgen.de](http://www.kinderarmut-hat-folgen.de))

Schwarz-Gelb bemüht sich derweil um Schadensbegrenzung. Mehr Transparenz führe nicht unbedingt zu höheren Regelsätzen, heißt es. Das mag für Erwachsene zutreffen. Schließlich ist es auch eine politische Entscheidung, wie viel Euro die Bundesregierung für menschenwürdiges Leben auszugeben bereit ist. Und wer Mindestlöhne verhindern will, muss das Lohnabstandgebot wohl durch niedrige Sozialleistungen durchsetzen. Einer solchen Politik bereitet Roland Koch mit seiner These von der „Perversion des Sozialstaatsgedankens“ bereits den Boden.

Für Kinder ist das anders: Wenn die Bundesarbeitsministerin Hartz-IV-Kindern die Erstattung von Bildungskosten verspricht, dann wird es teurer. Egal, ob sie die Kinderregelsätze anheben oder Gutscheine ausgeben will. Dabei wären Gutscheine für von der Leyen die schlechtere Alternative: Sie müsste einen teuren Kontrollapparat aufbauen und nebenher die unangenehme Frage beantworten, warum sie Hartz-IV-Geld unbar, das Betreuungsgeld aber bar auszahlen will.

Einen unerwarteten Bündnispartner gewinnen arme Kinder übrigens durch die CSU: Sie frohlockt über höhere Sozialausgaben, die nun endgültig weitere Steuersenkungen à la FDP unmöglich machen. That's Business. Bleibt zu hoffen, dass bei allem politischen Gerangel am Jahresende nicht eine Gruppe leer ausgeht: die Kinder. ■

## Arbeitszeiten im geschlechtergerechten Zweiverdienermodell

von Christina Klenner

Auch wenn der 7. Familienbericht (2005) für eine moderne Familienpolitik einen Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur forderte, hat sich in punkto Zeitpolitik kaum etwas bewegt. Hier wird kein dringender Handlungsbedarf gesehen, arbeitet doch bereits jede zweite Frau in Teilzeit. Flexible Arbeitszeitmodelle sind weit verbreitet. Ein Gutteil der Flexibilisierung der Arbeitszeiten ist an betrieblichen Interessen statt familiären Bedürfnissen orientiert. Dazu gehören zahlreiche Teilzeitverträge, die die Beschäftigten nur mangels Alternative eingehen. Selbst da, wo Teilzeitarbeit aus familiären Gründen scheinbar frei gewählt ist, gibt es ein Gleichstellungsproblem: Teilzeitbeschäftigte sind von Lohnabschlägen betroffen. Sie verdienen im Durchschnitt pro Stunde über vier Euro weniger als Vollzeitbeschäftigte. Im Lebensverlauf haben Teilzeitphasen sich fortsetzende Einkommenseinbußen sowie sozialpolitische Nachteile zur Folge. Aufgrund der weit verbreiteten Teilzeitarbeit – unter westdeutschen Müttern fast 80 Prozent – klaffen die Arbeitszeiten zwischen Frauen und Männern stark auseinander. Daher ist es problematisch, auf Teilzeitarbeit als „Königsweg“ der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu orientieren, auch wenn Teilzeitarbeit stets möglich sein sollte.

Viele Frauen stehen vor dem Arbeitszeitdilemma von Zeitnot und Karriereverzicht: Entweder sie arbeiten trotz familiärer Verpflichtungen in Vollzeit und sind von *Zeitnot* bedroht. Oder sie lindern die Zeitnot durch Teilzeitarbeit und nehmen meist *Karriereverzicht* in Kauf. Solange Teilzeitarbeit diskriminierungsanfällig ist, ist sie auch für Männer extrem unattraktiv. Väter, die mehr Zeit für



⇒ Christina Klenner ist Referatsleiterin für Frauen- und Geschlechterforschung am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans Böckler Stiftung Düsseldorf.

Foto: privat

ihre Kinder wollen, stehen vor dem gleichen Dilemma wie Frauen. Hinzu kommt, dass viele Menschen nicht die Wahl haben, Teilzeit zu arbeiten, weil ein Teilzeiteinkommen als Lebensgrundlage für die Familie nicht ausreicht.

Dringend nötig ist, ein Konzept für „Arbeitszeiten im geschlechtergerechten Zweiverdienermodell“, bei dem Zeitnot vermieden wird, aber die zeitliche Entlastung nicht auf Kosten der Frauen geht. Dazu könnte die Wiederbelebung einer Politik der Arbeitszeitverkürzung beitragen. Auch ein kürzerer Arbeitszeitstandard für Menschen in Phasen der Kindererziehung, aber auch Pflege könnte ein Element eines solchen Konzepts sein. Ein kürzerer Arbeitszeitstandard für Menschen mit intensiven Fürsorgeaufgaben muss sozialpolitisch abgedeckt sein, damit ihn gerade die Einkommensschwächeren nutzen können. Ein teilweiser Einkommensausgleich wäre für eine verkürzte Arbeitszeit von Eltern oder Pflegenden ebenso wichtig wie der Einkommensersatz beim Elterngeld. Denn Kinder brauchen ihre Eltern nicht nur in den ersten Lebensjahren. Mit einem sozialpolitisch gestützten Anspruch auf kürzere Arbeitszeiten und kurze Freistellungsphasen für Frauen und Männer je nach Bedarf des Kindes oder Pflegefalles könnte Zeitnot geschlechtergerechter vermindert werden. So entstünde eine geschlechtergerechte Alternative zum Betreuungsgeld, die hierfür vorgesehenen Mittel könnten sinnvoller für kürzere Arbeitszeiten beider Eltern ausgegeben werden. ■

## Kultur-Flatrate – eine nette Idee, auf den ersten Blick\*

von Wolfgang Schimmel

Volker Grassmuck preist „die“ Kultur-Flatrate als „alternativlos“ an. „Keine“ Alternative ist für ihn „Repression“, speziell das in Frankreich debattierte Konzept, zeitlich befristet Internetzugänge zu sperren, über die trotz Ermahnung Urheberrechte verletzt werden. Grassmuck nennt das „digitale Todesstrafe“ und begibt sich so auf ein Niveau, auf das kein „Freie-Bürger-fordern-freie-Fahrt-Club“ je abgestürzt ist, obwohl es Fahrverbote nach Verkehrsverstößen längst gibt.

Dabei ist die Idee einer Kultur-Flatrate so einfach wie bestechend: Man zahlt ohnehin für den Internetzugang (mindestens) zwanzig Euro, was Propagandisten „kostenfreier“ Information im Netz gern vergessen. Dazu soll eine Pauschale von fünf, fünfzehn oder fünfzig Euro – genau weiß das niemand – kommen für eine Art urheberrechtlichen Freifahrtschein. Was genau mit einer solchen Flatrate bezahlt und somit dem „Nutzer“ erlaubt sein soll, ist unklar.

Grassmuck will wohl eine weitgehende Lösung, macht er sich doch für „Tauschbörsen“ stark. Diesen ärgerlichen Euphemismus verwendet er – wie viele – für ein weltweites illegales Vertriebsystem im Netz, in dem nicht (unter Freunden) getauscht wird, sondern digitale Werkeexemplare (Musik, Filme, Bücher) einem anonymen Publikum zum Kopieren angedient werden. Der Systembetreiber verdient an Werbung („The Pirate Bay“ bevorzugt an der für sexuelle Dienstleistungen), der Nutzer zahlt nichts. Wer solche Systeme durch eine von allen Internetnutzern zu zahlende Pauschale legalisieren will, muss mit Widerspruch rechnen.

\* Eine Erwiderung auf Volker Grassmuck, Kultur-Flatrate – gerecht und umsetzbar in spw 7/2009



☞ Wolfgang Schimmel ist Rechtsanwalt und Gewerkschaftssekretär im Fachbereich Medien der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder und ist keine Stellungnahme von ver.di.

Foto: [www.graffiti-foto.de](http://www.graffiti-foto.de)

Da hilft der Verweis auf ein Auftragsgutachten des Instituts für Europäisches Medienrecht (EMR) für die Grünen wenig weiter, wonach eine Flatrate für „nichtkommerzielle Vervielfältigungsvorgänge“ zulässig sei als „die logische Konsequenz“ des Internets. Die „Nutzer von Tauschbörsen“ sollen „entkriminalisiert“ werden – als wäre das die einzig denkbare Lösung. Ob die notwendigen Änderungen im deutschen und europäischen Recht politisch durchsetzbar sind, ist eine andere Frage.

„Gerecht“ ist es nicht, alle Nutzer des Internets dafür zahlen zu lassen, dass sich wenige mit dem Betrieb von „Tauschbörsen“ eine goldene Nase verdienen und etliche das Internet als Nulltarif-Supermarkt nutzen. Die Rundfunkgebühr (5,52 €) auf PCs gibt es bereits; die Akzeptanz ist niedrig, wie zahllose Prozesse belegen. Dass eine Kultur-Flatrate in dieser oder gar der zehnfachen Höhe klaglos gezahlt wird, ist unwahrscheinlich. Es ist auch nicht „gerecht“, Urhebern zuzumuten, alle „nichtkommerziellen Vervielfältigungsvorgänge“ (EMR) hinzunehmen, die im Netz geschehen.

Dabei gäbe es Alternativen. Nichts spricht gegen eine pauschale Vergütung für Werke und Darbietungen, die frei zugänglich und kostenlos im Internet angeboten werden (wie Wikipedia oder – noch – Zeitungen). Noch naheliegender wäre es, dass promovierte Mediensoziologen wie Grassmuck deutlich sagen, dass es nicht in Ordnung ist, digitale Kopien gratis aber illegal aus dem Netz zu ziehen, statt von „digitaler Todesstrafe“ zu schwurbeln. ■



## **Pro:** **Klimaschutz und CCS** **– unbequem und unver-** **zichtbar**

von Felix Chr. Matthes

Die klimapolitischen Ansprüche sind hoch. Wenn die globale Klimaerwärmung mit einiger Sicherheit auf einen Wert von unter 2 Grad Celsius (im Vergleich zu den vorindustriellen Niveaus) begrenzt werden und damit katastrophale Folgen der Klimaerwärmung vermieden werden sollen, so steht der Welt bis 2050 noch ein Emissionsbudget von etwa 1.000 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) zur Verfügung. In der ersten Dekade werden wir davon etwa 40 Prozent aufgebraucht haben. Für die Industriestaaten wird damit eine vollständige Dekarbonisierung ihrer Volkswirtschaften unabdingbar.

Die CCS-Technologie, d.h. Die Abtrennung und Ablagerung von Kohlendioxid bildet hier mit einem Beitrag von etwa 10 Prozent nicht die wichtigste, aber eine wahrscheinlich unverzichtbare Optionen. Wenn in der Stromerzeugung Kohle oder Gas aus Gründen der Energiesicherheit oder der Netzstabilität einen geringen Rest der Stromversorgung abdecken sollen, so müssen die damit verbundenen Emissionen mit CCS minimiert werden. Sollten Energieeffizienz und erneuerbare Energien schnell genug wettbewerbsfähig und in das System integriert werden können, so wird CCS schon aus Kostengründen keine Rolle spielen – und sich für diesen Bereich von selbst erledigen. Andernfalls ist CCS eine sinnvolle Rückfalloption. Ganz anders für die prozessbedingten Emissionen aus der Stahl-, Zement- und Chemieindustrie. Erneuerbare Energien- und Energieeffizienz sind hier keine Alternativen, bis auf Weiteres bleibt hier CCS alternativlos. Für Deutschland geht es um über 50 Millionen, weltweit um 2,5 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>. Wer CCS kategorisch ablehnt, muss für die-



➔ Dr. Felix Chr. Matthes ist Forschungskordinator für Energie- und Klimapolitik am Öko-Institut. Seit 20 Jahren forscht und publiziert er zur nationalen und internationalen Energie- und Klimapolitik.

Foto: privat

sen Emissionsbereich eine machbare Alternative präsentieren. Schließlich kann durch CCS in Kombination mit Biomasse auch die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre wieder reduziert werden. Bei der Biokraftstoffproduktion fällt schon heute reines CO<sub>2</sub> als Beiprodukt an und wird – klimawirksam – in die Atmosphäre freigesetzt. Mit CCS wäre das vermeidbar. Und wieder geht es um über 30 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>.

Bei sachgerechter Anwendung ist der Technologieverbund CCS mit geringen Risiken umsetzbar. Risiken, die um ein Vielfaches geringer ausfallen als die genannten Chancen – anders als zum Beispiel im Fall der Kernenergie.

Ambitionierte Klimaschutzpolitik ist unbequem. Sie muss extrem unbequem sein für diejenigen, die klimaschädliche Investitionen oder klimaschädliches Handeln vorantreiben. Wir werden uns neue Kohlekraftwerke ohne CCS klimapolitisch nicht leisten können. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz – mit allen verbundenen Herausforderungen – werden die allerhöchste Priorität haben müssen. Die Perspektive einer fundamentalen Umgestaltung unseres Energie- und Wirtschaftssystems bedeutet aber auch, sich selbst unbequeme Fragen zu stellen. Dazu gehört, dass wir für eine ganze Reihe von Emissionsquellen (Prozessemissionen, Biomassewirtschaft) keine oder nur teilweise befriedigende klimapolitische Antworten jenseits von CCS haben und wir gut daran tun, klimapolitische Rückfalloptionen für die Stromwirtschaft zu haben. Weil wir uns ein Scheitern nicht leisten können. ■

## ■ Contra: CCS kann keinen Beitrag für den Klimaschutz leisten

von Hermann E. Ott

Kopenhagen ist gescheitert und die Aussichten für einen völkerrechtlichen Folgevertrag für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll sind alles andere als rosig. Es scheint, als ob die Menschheit doch nicht in der Lage ist, vorausschauend ihre Lebens- und Wirtschaftsweise zu ändern, um der drohenden Klimakatastrophe zu begegnen. Deshalb, so wird man in Zukunft viel hören und lesen, müssen wir Mittel und Wege finden, um das Kohlendioxid als Hauptverantwortlichen des Klimawandels aus der Atmosphäre zu holen. Dafür gibt es einerseits abenteuerliche Pläne, so z.B. den von der Düngung der Meere mit Eisenoxid zur Beschleunigung des Planktonwachstums, die den Kohlenstoff binden, absterben und mit sich auf den Grund des Meeres nehmen.

Andererseits gibt es da die Möglichkeit der Abscheidung von Kohlendioxid aus der Abluft von Kraftwerken und dessen Verpressung in die Erdkruste, nach dem englischen Begriff „carbon capture and storage“ meist „CCS“ abgekürzt. Diese Technologie, so wird es heißen, wird es uns erlauben, zunächst weiter auf fossile Brennstoffe zu setzen um die gewonnene Zeit für die Entwicklung der Erneuerbaren zu nutzen.

Leider geht diese Rechnung nicht auf. Sie geht zunächst deshalb nicht auf, weil diese Technologie erst in sehr kleinem Maßstab erprobt und ihre Wirksamkeit noch lange nicht geklärt ist. Sie geht zweitens deshalb nicht auf, weil die Zeit bis zur Nutzung in großem industriellem Maßstab viel zu lang ist, um in den nächsten zwei Jahrzehnten nennenswerte



☞ Dr. jur. Hermann E. Ott ist Mitglied der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Von 2001 bis 2004 war er Direktor der Abteilung Klimapolitik am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Bis zu seiner Wahl in den Bundestag war er Leiter des Berliner Büros des Wuppertal Instituts.

Foto: [www.hermann-e-ott.de](http://www.hermann-e-ott.de)

Wirkung zu zeigen. Dies ist ungenügend angesichts der Tatsache, dass in den nächsten zehn Jahren der Wachstumstrend der globalen Emissionen umgedreht werden muss. Und die Rechnung geht drittens nicht auf, weil eine solche end-of-the-pipe – Lösung viel zu kostspielig ist. Es müsste eine völlig neue Infrastruktur an Kraftwerken und riesigen Rohrleitungen geschaffen werden – immense Kosten, die diejenigen eines Umstiegs auf Erneuerbare Energien weit übertreffen. Für Deutschland kommt viertens hinzu, dass die potenziellen Lagerstätten für das Kohlendioxid gar nicht vorhanden sind, sondern höchstens für ein paar Jahrzehnte.

Bei all diesen Überlegungen sind ökologische Bedenken noch nicht einmal berücksichtigt. Denn das geht ja an den Kern der Sache: Selbst wenn die Technologie funktionieren würde – wer kann garantieren, dass dieses in den Erdboden verpresste Kohlendioxid tatsächlich über tausende von Jahren auch dort unten bleibt? Hinterlassen wir unseren Nachkommen damit nicht eine tickende Zeitbombe um die sie uns verfluchen werden?

Nein, es hilft alles nichts, wir werden um einen grundlegenden Umbau unseres Energie- und Wirtschaftssystems hin zu erneuerbaren und hocheffizienten Technologien nicht herumkommen. Dieser ist technisch machbar und das zu vernünftigen Kosten. Und vor allem lösen wir damit das nächste Problem gleich mit, nämlich die drohende Ressourcenkrise. Alle Pläne die auf CCS setzen sind wie Heftpflaster für ein Krebsgeschwür. ■



## Man sollte aufhören, von „Polizeiausbildung“ zu sprechen

Interview mit Wolfgang Gunkel

**spw:** Die Bundesregierung rühmt sich ebenso wie ihre Vorgängerin, den Aufbau von Sicherheitsstrukturen in Afghanistan voranzutreiben, dazu soll besonders die Ausbildung afghanischer Polizisten zählen. Reicht die angekündigte Aufstockung auf 200 deutsche Ausbilder aus, um die Zahl der afghanischen Polizisten auf 110 000 bis Oktober diesen Jahres zu erhöhen?

» **W.G.:** Erst einmal sollte man klären, was man mit „afghanischen Polizisten“ überhaupt meint. Bereits hier gibt es ein Durcheinander der Begrifflichkeiten, so dass die Diskussion um den Polizeieinsatz in Afghanistan für die Öffentlichkeit nicht klar und ehrlich geführt wird. Man sollte aufhören, von „Polizeiausbildung“ zu sprechen, wenn eigentlich von einer Schnellschulung paramilitärischer Einheiten die Rede ist. Die starke militärische Komponente in der „Polizeiausbildung“ durch die USA, wie auch jüngste Forderungen, die Ausbildung von Feldjägern der Bundeswehr vornehmen zu lassen, hat mit dem, was man in der Öffentlichkeit gemeinhin als „Polizei“ versteht, nur noch sehr wenig zu tun. Allein deshalb ist es schon schwierig, über Zahlen zu sprechen, wie viel „Polizei“ ausgebildet werden kann. Bei der genannten Kurzausbildung – auch durch Feldjäger der Bundeswehr – ist das Ziel, 20.000 zusätzliche „Polizisten“ auszubilden, wohl realistisch. Bedingung ist natürlich, dass genug AusbilderInnen von Bundes- und Länderpolizei zur Verfügung stehen.

Für den Aufbau rechtsstaatlicher Polizeistrukturen, wie sie mittels der EUPOL-Strategie geschaffen werden könnten, fehlt es – um



➔ Wolfgang Gunkel, SPD-Bundestagsabgeordneter, ist seit 2005 ordentliches Mitglied im Innenausschuss sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages. Außerdem ist er Sprecher der sächsischen SPD-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: privat

auf die genannten Zahlen zu kommen – an den materiellen Grundlagen. EUPOL ist in seiner bisherigen Form hoffnungslos unterfinanziert. Man muss sich nur die Zahlen vor Augen führen: Jährlich fließen allein in den Bundeswehreinsatz in Afghanistan etwa 500 Mio. Euro. Dagegen lag das EUPOL-Budget für ganz Afghanistan in 2009 gerade einmal bei 64 Mio. Euro. Damit ist kein Staat zu machen.

**spw:** Über welche Qualifikationen verfügen die bisher ausgebildeten Polizisten? Wo kommen die Sicherheitskräfte zum Einsatz?

» **W.G.:** Wie gesagt, die in wenigen Wochen ausgebildeten paramilitärischen Einheiten, ich nenne sie mal „Sicherheitskampfgruppen“, verfügen über keine Qualifikationen im klassischen Sinn einer Polizeiausbildung. Sie sind ja auch dazu da, dort die Kohlen aus dem Feuer zu holen, wo die Streitkräfte ihre Arbeit nicht machen. Die werden da zum Teil richtig verheizt. Diese Einheiten können nach einer Befriedung des Landes natürlich nicht als Polizei im eigenen Sinne verwendet werden. Vielmehr wird es sich spätestens dann als Problem für den afghanischen Staat erweisen, diese paramilitärischen Gruppen zu entwaffnen und zu kontrollieren.

Bei den Polizisten, die nach dem EUPOL-Konzept ausgebildet werden, verhält es sich anders. Das Problem ist nur, dass auf dieser Ebene und mit solchen fundierten Qualifikationen zu wenig Polizisten vorhanden sind.

**spw:** Ein großes Ausmaß an Korruption im afghanischen Staatsapparat behindert den Aufbau, wie stark ist die afghanische Polizei davon betroffen?

» **W.G.:** Allumfassend. Deshalb ist es ja so wichtig, dass die Polizisten gut bezahlt werden. Dazu muss man natürlich eine Menge Geld in die Hand nehmen. Nur, wenn die Bezahlung von Polizei und Verwaltung so hoch ist, dass eine Abwanderung zu den Taliban oder die Bestechlichkeit zurückgeht, wird der Polizeiaufbau gelingen. Korruption, Vetterwirtschaft und Ämterkauf bei der afghanischen Polizei unterminieren das Vertrauen der Bevölkerung. Deshalb muss die neu gegründete Antikorruptionsbehörde zügig auf- und ausgebaut werden. Sie muss von der Regierung unabhängige Instrumente des „law enforcement“ erhalten.

**spw:** Der Einsatz deutscher Polizisten erfolgt auf freiwilliger Basis. Theoretisch dürfen sie nur in relativ befriedeten Gebieten arbeiten. Wie gestalten sich deren Einsatzbedingungen?

» **W.G.:** Bundesinnenminister de Maizièr hat kürzlich noch einmal betont, dass die Bekämpfung der Taliban Aufgabe der in Afghanistan eingesetzten Soldaten sei. Unsere Polizisten sollen nur ausbilden und beraten, und zwar – und das ist ganz wichtig – ohne operative Aufgabe. Wenn es dabei bleibt, ist das in Ordnung. Allerdings hat man inzwischen von Innenstaatssekretär Schröder etwas anderes gehört. Hier wird schon von Beteiligung am Kampfeinsatz gesprochen. Die Empörung und scharfe Kritik bei den Polizeigewerkschaften als Reaktion auf solche Aussagen finden meine volle Unterstützung. Polizei ist kein Akteur im Bürgerkrieg.

**spw:** Unter welchen Voraussetzungen wäre der Aufbau einer handlungsfähigen afghanischen Polizei denkbar?

» **W.G.:** Um eine handlungsfähige afghanische Polizei ausbilden zu können, müssen die Ziele realistischer formuliert und die zur Verfügung stehenden Instrumente aufgezeigt werden. Man braucht klar gegliederte Einheiten und Führungsstrukturen. Außerdem gilt es, ein effektives Grenzregime, insbesondere entlang der pakistanischen Grenze, zu errichten. Die Grenzpolizei und die Bereitschaftspolizei sind dabei zu integrieren. Die Ausbildung von Straßen- und Grenzpolizisten kann maßgeblich zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen. Ferner sollte eine stärkere Dezentralisierung erwogen werden, um insbesondere auch auf lokaler Ebene voranzukommen. Dazu wird aber auch ein zunehmend befriedetes Umfeld benötigt. Dafür müssen die Streitkräfte sorgen, meinestwegen auch mit Unterstützung von paramilitärischen Sicherheitskampfgruppen. Die müssen aber dann den Streitkräften unterstellt werden, um sie später auch kontrollieren zu können. Andernfalls schafft man schon jetzt die Grundlage für einen Bürgerkrieg mit marodierenden bewaffneten Kampfeinheiten.

**spw:** Der SPD-Bundestagsfraktion hat im Dezember eine „Task Force Afghanistan-Pakistan“ eingerichtet, darüber hinaus soll die Parteibasis an der Afghanistan-Debatte beteiligt werden. Welche politischen Impulse erwartest Du davon?

» **W.G.:** Der Ansatz ist vernünftig und ergibt Sinn. Allein, mir fehlt der Glaube, dass ein solcher Diskussionsprozess in so kurzer Zeit funktionieren kann. Wenn die Debatte vom Ortverein ausgehend über die Gliederungen der Partei bis in die Parteispitze mit entsprechenden Rückkoppelungen geführt werden soll, brauchen wir entweder mehr Zeit oder permanent arbeitende Koordinierungsgremien in den Landesverbänden. ■

➔ Das Interview führte Stefan Stache

## Nichts Neues am Hindukusch?

### Zwischen militärischer Logik und ziviler Strategie

#### Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Cordula Drautz und Stefan Stache

„Die Afghanen müssen selbst mehr Verantwortung für die Sicherheit und den Wiederaufbau ihres Landes übernehmen“ so der Tenor auf der Londoner Afghanistan-Konferenz. Nicht die Taliban-Aussteigerprogramme und auch nicht die Truppenaufstockung waren das Beachtliche an der Konferenz, sondern die im Chor von der westlichen Staatengemeinschaft eingeforderte starke Betonung der afghanischen Eigenverantwortung. Ob es dabei um einen tatsächlichen Strategiewechsel geht oder darum, die Verantwortung für die festgefahrene Lage bzw. das Scheitern am Hindukusch zunehmend Karsai und den Afghanen zuzuschieben, wird sich erst noch zeigen müssen. Fraglos hat diese einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der prekären Lage des Landes. Die Enttäuschung liegt jedoch auch darin begründet, dass die westliche Staatengemeinschaft von vornherein den Umfang der selbstgestellten Aufgabe – gleichzeitig einen Staat aufzubauen und Terrorismus zu bekämpfen – massiv unterschätzt hat.

#### 9 Jahre Afghanistan – Viele Illusionen und neuer Realismus

Die politische wie militärische Bilanz im neunten Jahr des Afghanistan-Einsatzes sieht blamabel schlecht aus. Die paschtunisch besiedelten Grenzgebiete, die schon in der Vergangenheit von keiner afghanischen Zentralregierung, aber auch nicht von den über längere Zeit aktiven Besatzungs- und Schutzmächten, hinreichend kontrolliert werden konnten, sind auch seit dem Sturz der Taliban-Regierung unverändert Operationsgebiet unterschiedlicher, überwiegend als terroristisch eingeschätzten Widerstandsgruppen mit teils nationaler,

teils internationaler Agenda, die überwiegend diesseits und jenseits der afghanisch-pakistanischen Grenze agieren. Der Gefahrenschwerpunkt aus der Perspektive des von den USA und ihren Verbündeten, auch unter der neuen Obama-Administration zumindest in den vorderasiatischen Konfliktgebieten weitergeführten „Kriegs gegen den Terrorismus“ hat sich dabei deutlich auf die pakistanische Seite verlagert.

Die ernüchternde Lagebeschreibung ist nicht auf den üblich kritischen Einwurf der politischen Linken zurückzuführen. Vielmehr kommen auch die Militärs der NATO sowie die Regierungen in Washington, London und Berlin nicht mehr an der verschlechterten Sicherheitslage in vielen Landesteilen und den ernüchternden Aufbauern vorüber. Es ist daher kein Zufall, dass Verteidigungsminister Freiherr zu Guttenberg nach dem desaströsen Umgang mit dem Angriff auf den Tanklaster zuletzt gleich an zwei Punkten die Flucht nach vorn angetreten hat.

**Einschätzung des Militäreinsatzes:** In der deutschen Debatte haben das Kanzleramt zusammen mit dem Außen- und Verteidigungsministerium lange das Bild gezeichnet, wonach die Bundeswehr eher als bewaffnetes THW zum Wiederaufbau denn als Armee im Kampfeinsatz unterwegs ist. Guttenberg hingegen spricht von „fraglos kriegsähnlichen Zuständen“ bzw. im Sinne des Völkerrechts von „nicht internationalen bewaffneten Konflikten“, was landläufig eben als Krieg betrachtet wird. Nicht zuletzt der Luftschlag von Kundus Anfang September, bei dem zahlreiche Zivilisten getötet wurden, hat die tödlichen

Foto: www.fotolia.com, © TheGame u. Julija Sapic



Folgen von Militäreinsätzen verdeutlicht. Die letzten Monate waren für die deutsche Politik wie für die Bevölkerung daher so etwas wie eine radikale Konfrontation mit der afghanischen Realität von bewaffneten Einsätzen als Mittel der Politik. Das wenig kenntnisreiche Abnicken eines Mandates mit solch weit reichenden Kompetenzen und Folgen wird im Nachhinein manch Abgeordneten die Verantwortung vor Augen geführt haben, die die Zustimmung zu internationalen Bundeswehreinsätzen mit sich bringt.

**Ziel des Einsatzes:** Neben dem Vertreiben der Taliban aus der Regierung herrschte lange Zeit eine ziemliche Unklarheit über die Einsatzziele – die Liste reichte vom „Mädchen den Schulbesuch ermöglichen“, über „Freiheit und Menschenrechte verteidigen“, über quasi „blühenden Landschaften“ bin hin zu „Terroristennester ausheben“. Anknüpfend an Clausewitz ist „Krieg ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“, doch schon an dieser Stelle wird das Dilemma deutlich. Wer genau ist eigentlich der Gegner, was soll erreicht werden? Auch an dieser Stelle präzisiert der Verteidigungsminister nun das Ziel, wonach es in Afghanistan wohl nie eine Demokratie nach westlichem Vorbild geben werde. Angesichts der ökonomischen und politischen Ausgangslage (Afghanistan er-

zielt laut UNDP-Angaben ein Pro-Kopf-Einkommen von 1050 Dollar im Jahr und die Lebenserwartung liegt knapp 44 Jahren) ist die Unmöglichkeit der Demokratie nach westlichem Vorbild an sich eine banale Feststellung. Dennoch ist gerade in Deutschland – mehr von politischer Seite und deutlich weniger von der Bundeswehr – lange Zeit ein Traumschloss des bald prosperierenden Afghanistans gezeichnet worden. Tatsächlich ging es militärstrategisch für die Truppensteller vor allem darum, eine erneute von Afghanistan

ausgehende Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auszuschalten, um das Land und deren Bevölkerung selbst ging es hingegen kaum.

## Politische Linke – zwischen allgemeinem Desinteresse und Bewertungsunterschieden der Experten

Die politische Linke steht dem Afghanistan-Einsatz insgesamt recht hilflos gegenüber. Zwar wurde vielfach der berühmte Satz „Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt“ kritisch aufgegriffen, aber die an sich linke Kernkompetenz des Internationalismus erweist sich an diesem Punkt als Leerstelle. Es ist nicht gelungen, eine Antwort darauf zu finden, wie die Sicherheit und vor allem die Lebensperspektiven der afghanischen Bevölkerung geschützt bzw. entwickelt werden können ohne eine militärische Intervention vorauszusetzen. Eine Mischung aus grundsätzlicher Ablehnung des Militäreinsatzes und Desinteresse gegenüber der innenpolitischen Lage bestimmt die zögerliche linke Afghanistanpolitikdebatte in Deutschland. Afghanistan ist im Kern ein exklusives Expertenthema für die jeweiligen Facharbeitskreise der Parteien, der Friedensbewegung und dem kleinen Kreis der entwicklungspolitischen NGOs.

Auch innerhalb dieser Expertenkreise bestehen zudem an zentralen Punkten unterschiedliche Einschätzungen:

- Befürwortung oder Ablehnung der militärischen Intervention gegen die Taliban einschließlich der künftig anstehenden Entscheidungen über Truppengröße und Abzugsdaten?
- Zivil-militärische Zusammenarbeit – ein nur aus dem Gleichgewicht geratenes Konzept der sicherheitspolitischen Stabilisierung und des zivilen Wiederaufbaus oder der Missbrauch des Zivilen im Rahmen einer militärischen Konzeption?

Um den schwierigen Umgang der politischen Linken in Deutschland zu verstehen, ist zunächst ein kurzer Rückblick auf die außen- und verteidigungspolitische Konzeption am Beispiel der Sozialdemokratie in den letzten 20 Jahren hilfreich. Noch auf dem Münsteraner Parteitag 1988 gelang es sozialdemokratischen Linken, einen Beschluss durchzusetzen, der jeglichen Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO als verfassungsrechtlich nicht zulässig ablehnte. Ausdrücklich eingeschlossen waren von diesem Beschluss auch Blauhelm-Einsätze. Drei Jahre später öffnete sich die SPD programmatisch für friedenserhaltende Blauhelme, lehnte aber kämpfende Grauhelme strikt ab. Ende der 1990er Jahre beteiligte sich dann die rot-grüne Bundesregierung an dem völkerrechtswidrigen Angriff gegen Jugoslawien, der innerparteilich zwar auf einigen Widerstand stieß, aber nicht verhindert werden konnte. Ab dem Jahr 2001 erfolgte dann im Bundestag die Zustimmung zur Operation Enduring Freedom sowie zum ISAF-Einsatz mit allmählich wachsenden Truppenkontingenten. Rückblickend war während der sozialdemokratischen Regierungszeit eine innerparteiliche Debatte über die tatsächlich geänderte Sicherheitslage und die daraus abzuleitenden Konsequenzen jenseits der Regierungsvorgabe nicht möglich. Zusammengefasst: Realpolitisch wurde aus

dem helfenden Sanitäter in Uniform über den Blauhelm schließlich ein robuster Kampfeinsatz. Aus der Bundeswehr, die bis 1990 noch auf die Panzerschlacht in der norddeutschen Tiefebene ausgerichtet war, wurde eine stark professionalisierte Armee, die am Boden, auf dem Wasser und in der Luft an zahlreichen Einsätzen rund um den Globus beteiligt ist. In der SPD wurde diese Veränderung programmatisch nie aufgearbeitet.

Mit diesem Heftschwerpunkt will spw einen Beitrag für die dringend notwendige Debatte leisten. Die Bandbreite der Sichtweisen der AutorInnen spiegelt dabei die angesprochene Vielstimmigkeit innerhalb der politischen Linken wider. Es geht uns darum, nötige gemeinsame Eckpunkte rund um die sicherheitspolitische Aufstellung zu finden. Auch wer den Militäreinsatz in Afghanistan ablehnt, muss sich sowohl mit den Folgen der Bundeswehrpräsenz als auch mit den Auswirkungen eines sofortigen Abzugs auseinandersetzen. Es stellt sich die Frage, an welchem Maßstab die Erfolge bzw. Misserfolge des bisherigen Einsatzes gemessen werden können und bei welchen erreichten Ergebnissen er somit für zielführend und damit für beendigungsfähig erklärt werden kann.

Timo Noetzel konstatiert „Deutschlands fehlende Debatte“ und verweist auf eine Reihe von Erfolgsfaktoren für die Zukunft des Einsatzes. Eine effektive afghanische Regierung als Partner der westlichen Staatengemeinschaft gehöre ebenso dazu wie die konstruktive Unterstützung von Pakistan und Iran. Das erfordere die Formulierung von klaren Zielvorgaben und die Anerkennung, dass polizeiliche Ausbildungsprogramme ohne Kampftruppen nicht denkbar seien.

Die offizielle Politik betont, dass Afghanistan nie wieder zum Ausgangspunkt für Terrorismus von Al-Qaida werden darf. Was wollen Deutschland und andere Truppensteller darüber hinaus am Hindukusch? Werner

Ruf schaut auf die geostrategische Bedeutung des Landes und betont, dass für den intervenierenden Westen auch die Kontrolle über die Transportwege für Rohstoffe und Energieträger kriegsentscheidend gewesen sei. Damit ist freilich nicht behauptet, dass tatsächlich in näherer Zeit ein Pipelineprojekt realisiert wird, aber zu einer Einschätzung der Interessen gehören zwingend auch die ökonomischen und energiepolitischen Überlegungen rund um Afghanistan und seinen direkten Nachbarn wie Pakistan, Iran und China.

Der weit verbreiteten Unkenntnis über die innenpolitische Situation begegnen in diesem Heft zwei Autoren. Thomas Gebauer von Medico International zieht eine kritische Bilanz der zivil-militärischen Zusammenarbeit, grenzt die Möglichkeiten von Hilfsorganisationen ein und plädiert für den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und eine Stärkung der ökonomischen Basis als unverzichtbare Voraussetzungen für eine Entwicklung des Landes. Marc Thörner, Journalist und Gewinner des „Otto Brenner Preises für Kritischen Journalismus“, geht auf die Provinzwiederaufbauteams (PRTs) ein und beschreibt die Widersprüchlichkeit von Kooperationen mit Warlords, die sich zunehmend als Hindernis für die Stabilisierung erweisen.

Auch an anderer Stelle ergeben sich Probleme: Die Ausbildung der afghanischen Polizei wird als ein wichtiger Beitrag deutscher und europäischer Aufbauhilfe betrachtet. Im aktuellen Interview außerhalb dieses Schwerpunktes geht Wolfgang Gunkel (Innenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion) auf die Praxis dieser Ausbildung ein und stellt fest, dass diese Polizeiausbildung am ehesten mit einer Schnellschulung paramilitärischer Einheiten zu vergleichen ist.

Das Interview mit Lars Klingbeil, lange Jahre verantwortlich für internationale Politik im Juso-Bundesvorstand und seit Herbst 2009 Mitglied im Verteidigungsausschuss, gibt Auf-

schluss über die innerparteiliche Diskussion, die Möglichkeiten des Bundestages bei der Steuerung der Bundeswehr und die Ziele des Untersuchungsausschusses in Sachen Kundus.

Ute Finckh kritisiert mit Blick auf das Missverhältnis zwischen Mitteln für den zivilen Aufbau und für das Militär, dass es nicht um die militärische Absicherung wirtschaftlicher, sozialer und demokratischer Entwicklung, sondern um das Erkaufen fehlender militärischer Erfolge mit der Entwicklungshilfe gehe. Auf diese Weise fließe ein Großteil der Hilfe an den ruhigen Regionen vorbei und gewaltsamer Aufstand werde zusätzlich belohnt. Bundesregierung und die EU verfügten nicht über geeignete Instrumente zur Förderung von Frieden, Staatsaufbau und menschlicher Sicherheit in Krisenregionen. Die SPD müsse sich nach den Prioritäten ihrer Politik fragen lassen, da dieser Mangel schon 2001 offensichtlich war.

## Ausblick auf die weitere Debatte

Die deutliche Ablehnung des Bundeswehreininsatzes in der deutschen Bevölkerung hat ihre Ursache sicher in der Erfahrung der Schrecken von zwei Weltkriegen, des Militarismus und des Rüstungswettlaufs im Kalten Krieg. Grundsätzlich ist die Forderung einer friedlichen Lösung von Konflikten mit Hilfe von Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung für die Linke handlungsleitend. Eine solche Vorstellung ist nicht nur Bestandteil einer pazifistischen bzw. antimilitaristischen Grundorientierung. Vielmehr geht es darum, dass der Einsatz von militärischer Gewalt zur Lösung politischer Konflikte strukturell ungeeignet ist. Die Debatte, ob und unter welchen Bedingungen Militär nach dem Ausschöpfen ziviler Mittel eingesetzt wird, ist in der Linken lange kontrovers diskutiert worden. Der Einsatz von Militär kann nur aus der Analyse des konkreten Einzelfalls heraus entschieden werden und muss unter äußerst restriktiven Voraussetzungen erfolgen. Der aktuelle Unmut gegenüber Afghanistan entzündet sich daran, dass das Prin-



zip „Zivil vor Militärisch“ im „Krieg gegen der Terror“ verletzt wurde und als weiteres Glied in der Kette eine schleichende Militarisierung der Politik betrachtet wird.

Der fest angekündigte Rückzug der NATO-Länder Kanada und Niederlande macht deutlich, dass der Militäreinsatz am Hindukusch nicht zeitlich unbegrenzt stattfinden wird. Auf welche Schwerpunkte muss sich politisches Handeln jetzt konzentrieren?

Die politische Linke ist gut beraten, sich nicht in das Schneckenhaus nationaler Politik zurückzuziehen. Genauer hinschauen lautet die Lehre aus der an zu vielen Punkten ernüchternden Bilanz. Es ist gerade die Chance und historische Aufgabe, die sozialen, ökonomischen und politischen Interessen der afghanischen Bevölkerung aufzugreifen und zu thematisieren. Die militärische Verteidigung deutscher Sicherheitsinteressen mag legitim sein oder auch nicht, die Interessen der afghanischen Bevölkerung sind dies ohne jeden Zweifel.

Was braucht es dazu? Oberster Leitlinie muss eine zivile Perspektive sein. Notwendig sind der Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen und die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit. Es geht um die Verbesserung der Sicherheit für die Bevölkerung durch Stärkung der Fähigkeiten und Verlässlichkeit der afghanischen Armee und Polizei. All das ist nicht ohne ein ökonomisches Fundament denkbar. In erster Linie geht es daher um Perspektiven für die Landwirtschaft und lokale Wirtschaft jenseits der Drogenökonomie. Ohne effektive Investitionsprogramme, die z.B. das lokale Handwerk fördern, fehlen die notwendigen Beschäftigungs- und Lebensperspektiven als Alternative zur Kriegsökonomie. Statt einer gescheiterten zivil-militärischen Strategie muss die massive Umwidmung von Mitteln für militärische Zwecke in Gesundheits-, Bildungs- und Beschäftigungsprogramme eingeleitet werden.

Frieden wird nicht ohne eine Aussöhnung der Konfliktparteien in und um Afghanistan möglich sein. Ohne eine Lösung der pakistanischen Staatskrise und langfristig ohne eine grundlegende Entschärfung des indisch-pakistanischen Konflikts um Kaschmir kann Afghanistan nicht zur Ruhe kommen. Darauf aufbauend braucht es ein tragfähiges und realistisches Abzugskonzept für die Bundeswehr.

Zentral ist die Einsicht, dass die Taliban oder zumindest die als „gemäßigt“ eingestuften Teile von ihnen zu den bei den Anstrengungen zur politischen Stabilisierung Afghanistans zu berücksichtigenden Akteuren gehören. Ein solcher „politischer Strategiewechsel“ gründet auf der Einsicht, dass die Taliban weder militärisch final zu besiegen sind noch dass mit einer solchen Strategie die „Köpfe und Herzen“ der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen wären.

Nötig ist auch eine neue rechtspolitische Bewertung von Bundeswehreinsätzen jenseits der Nato-Grenzen. Dieter Deisenroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, hat kürzlich in einem Beitrag in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* auf die grundgesetzlichen Beschränkungen hingewiesen und eine rechtspolitische Debatte angemahnt.

Der SPD wie der politischen Linken insgesamt würde es gut tun, sich tatsächlich der Zukunft Afghanistans anzunehmen. Bislang steht das Land zu sehr in der Ecke des politischen Desinteresses. Afghanistan muss aus dieser Ecke herausgeholt werden, erst so kann die Dominanz des Militärischen überwunden werden. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

☞ Cordula Drautz, Politikwissenschaftlerin, lebt in Berlin und ist Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

## Eine neue Strategie für Afghanistan? Deutschlands fehlende Debatte

von Timo Noetzel

Seit Monaten wird in der Nato intensiv über die Zukunft des Afghanistaneinsatzes diskutiert. Welche Strategie verfolgt das Bündnis am Hindukusch? Ist ein Richtungswechsel notwendig? US-Präsident Barack Obama hat nun im Dezember 2009 an der Militärakademie in West Point die neue Strategie der USA für Afghanistan vorgestellt. Die Bundesregierung tut sich schwer, hierzu eindeutig Stellung zu beziehen – und bislang ist es der Opposition nicht gelungen, eine eigene Position zu entwickeln.

Dabei ist die Lage in Afghanistan kritisch. Die International Security Assistance Force (ISAF)- Mission der NATO steht am Scheideweg. Al Qaida und Taliban-Kräfte haben in vielen Teilen des Landes die Initiative gewonnen, die Sicherheitslage hat sich kontinuierlich verschlechtert. Zusätzlich bröckelt nach den massiven Wahlfälschungen bei den afghanischen Präsidentschaftswahlen 2009 in allen NATO-Staaten verstärkt die Unterstützung für den Einsatz. Die Tatsache, dass ISAF eine afghanische Regierung unterstützt, deren Legitimität in Frage steht, hat den Forderungen nach einer Exit-Strategie des westlichen Bündnisses weiter Auftrieb verliehen.<sup>1</sup> Schließlich ist zuletzt immer deutlicher geworden, dass die eigentliche Gefahr für Stabilität in der Region und die Sicherheit des Westens vom benachbarten Pakistan ausgeht. Die Geduld mit dem Einsatz in Afghanistan schwindet.

### Die US-Strategiedebatte

US-Präsident Barack Obama hat nicht zuletzt durch die große Aufmerksamkeit, die

er dem Krieg widmet, und die Bedeutung für die nationale Sicherheit, die er ihm beimisst, sein politisches Schicksal mit Afghanistan verknüpft. Er hat mit General Stanley McChrystal einen neuen Befehlshaber für den Einsatz ernannt und einen umfassenden Strategieüberprüfungsprozess angeordnet. Nach monatelangen Debatten hat Obama die Debatte zugunsten des von McChrystal präferierten *Counterinsurgency*-Ansatzes entschieden; mit der einen – bedeutenden – Abweichung von McChrystals ursprünglichen Überlegungen,<sup>2</sup> dass im Sommer 2011 der Abzug der amerikanischen Truppen beginnen soll.<sup>3</sup> Grundlage dieses Ansatzes ist die Bereitschaft zu einer massiven Verstärkung der zivilen und militärischen Ressourcen für den Einsatz. Die Schwäche der afghanischen Regierung wird als das zentrale Problem identifiziert und ISAF darauf ausgerichtet, „good governance“-Kapazitäten zu stärken. Das Militär soll sich operativ darauf konzentrieren, die Bevölkerung zu schützen und von den Aufständischen zu trennen.<sup>4</sup>

Die neue Strategie umfasst drei grundlegende Elemente. Erstens hat Präsident Obama angeordnet, innerhalb von etwa einem halben Jahr 30.000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan zu entsenden (*surge*), um dem von den Taliban angeführten Aufstand militärisch begegnen zu können und mittels drastisch verstärkter Ausbildung von Sicherheitskräften die Kapazitäten der afghanischen Armee und Polizei innerhalb der nächsten Jahre massiv zu erhöhen. Zweitens unterstützen die USA eine

<sup>2</sup> Vgl. COMISAF's Initial Assessment, 30. August 2009.

<sup>3</sup> Vgl. Rede von US-Präsident Obama zum weiteren Weg in Afghanistan und Pakistan vom 1. Dezember 2009, <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-address-nation-way-forward-afghanistan-and-pakistan> (eingesehen am 9. Februar 2010).

<sup>4</sup> Vgl. COMISAF's Initial Assessment, 30. August 2009, S. 1-3.

<sup>1</sup> Vgl. Thomas Ruttig: Afghanistans Wahlkrise. Die gefälschte Präsidentschaftswahl und Strategien für „danach“, SWP-Aktuell 56/Okttober 2009, S. 7f.

sogenannte „civilian surge“<sup>5</sup>, also eine weitreichende Aufstockung zivilen Personals und entsprechender Mittel zur Unterstützung der afghanischen Regierung, insbesondere zur Stärkung von Kapazitäten der Regierungsführung. Drittens sehen die Vereinigten Staaten den Erfolg in Afghanistan als untrennbar mit der Lage in Pakistan verknüpft und streben eine umfassende Partnerschaft mit dem Land an, die sich nicht nur auf den Sicherheitsbereich beschränkt, sondern auch massive wirtschaftliche Unterstützung umfasst.

Trotz pragmatischer Ziele und besserer Ressourcenausstattung hängt der Erfolg allerdings auch von einer Reihe von Faktoren ab, die nicht kontrollierbar sind. Abzuwarten bleibt, ob die afghanische Regierung tatsächlich zu einem effektiven Partner der westlichen Staatengemeinschaft wird – sowohl bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung als auch in Fragen der Sicherheit. Gleiches gilt für die unsichere Rolle von Nachbarstaaten wie Pakistan oder auch Iran, ohne deren konstruktive Unterstützung kein umfassender Erfolg denkbar ist. All diese Herausforderungen hat die afghanische Regierung zumindest offiziell anerkannt.<sup>6</sup> Nicht zuletzt stellt sich aber auch die Frage, ob die Bündnispartner politisch und institutionell in der Lage sind, über einen längeren Zeitraum eine *Counterinsurgency*-Operation in Afghanistan durchzuführen. *Counterinsurgency* ist insbesondere in der Bundesrepublik ein umstrittenes Thema. Im Kern geht es darum, die Aufständischen von der Bevölkerung zu trennen und somit eng koordinierten zivilen Maßnahmen einen sicheren Raum zu geben.<sup>7</sup> Die erheblichen deutschen Vorbehalte gegen dieses Konzept sind zum einen in dem entschiedenen Vorgehen gegen zentrale Personen und

Kräfte des Widerstandes, zum anderen in der geforderten Integration von zivilen und militärischen Mitteln begründet. Bleibt in der jetzigen Lage die Unterstützung der NATO-Partner für die US-Strategie aus, wird ein nachhaltiger Aufbau rudimentärer staatlicher Strukturen, die grundlegende Bedürfnisse der afghanischen Bevölkerung befriedigen und eine Rückkehr der radikal-islamischen Taliban verhindern können, unerreichbar bleiben.

### Die deutsche Reaktion

Eine adäquate deutsche Reaktion – gleich ob befürwortend oder ablehnend – auf den amerikanischen Strategieentwurf ist bislang ausgeblieben. Im Wesentlichen hat die innerdeutsche Debatte sich auf konsensfähige Allgemeinplätze konzentriert: Deutschland fordert mehr zivilen Aufbau und eine Konzentration der Anstrengungen auf die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte. Zudem hat in der deutschen Debatte die Überzeugung Eingang gefunden, dass der ISAF-Einsatz in absehbarer Zeit zu Ende gehen muss.

Konkret hat die Bundesregierung infolge der Afghanistan-Konferenz in London beschlossen, die Höchstgrenze des deutschen Kontingents auf 5.350 Soldaten anzuheben. Ziel ist nun die in London verabredete „Übergabe in Verantwortung“. Schon Anfang 2011 sollen erste Provinzen im Norden durch afghanische Sicherheitskräfte gesichert werden. Bis Ende 2014 soll die afghanische Regierung im ganzen Land selber für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen können. Darüber hinaus soll das zivile Engagement verstärkt werden.

Ignoriert worden ist in der innerdeutschen Debatte im Wesentlichen die schleichende „Amerikanisierung“ der gesamten ISAF-Operation, die zunehmend auch den offiziell unter deutscher Verantwortung stehenden Norden Afghanistans erfasst. Angesichts von signifikanten Truppenverlegungen der US-Streitkräfte in den deutschen Verantwortungsbereich

5 Civilians to Join Afghan Buildup, in: The Washington Post, 19. März 2009.

6 Vgl. Rede des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai auf der 46. Münchener Sicherheitskonferenz am 7. Februar 2010, <http://www.security-conference.de/Karzai-Hamid.461.0.html> (eingesehen am 9. Februar 2010).

7 Vgl. Timo Noetzel/Martin Zapfe: Aufstands bekämpfung als Auftrag. Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie 13/ Mai 2008, S. 9–14.

der neun Nordprovinzen stellt sich die Frage nach dem zukünftigen deutschen Einfluss auf die Entwicklung vor Ort.<sup>8</sup>

## Die SPD und Afghanistan

Gerade in der Opposition braucht die SPD eine eigene Position, will sie in der Debatte wahrgenommen werden. Die Regierung beruft sich auf bündnispolitische Verpflichtungen, und die Linkspartei fordert den Rückzug aus Afghanistan. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel hat die Position der Sozialdemokratie im Wesentlichen an zwei Forderungen festgemacht: erstens ein eindeutiges Datum für den Beginn beziehungsweise ein zeitlicher „Korridor“ für den Abzug;<sup>9</sup> zweitens keine zusätzlichen Kampftruppen.<sup>10</sup> Blickt man auf die Debatte der letzten Wochen zurück, dann hat diese Positionierung immerhin das Resultat zur Folge gehabt, dass Regierung und SPD sich aufeinander zu bewegt haben und somit letztlich der traditionelle parteiübergreifende Konsens in Fragen der Auslandseinsätze der Bundeswehr wohl noch einmal aufrechterhalten werden kann. Die Ergebnisse: eine verhältnismäßig geringe Aufstockung des Kontingentes für den Einsatz, eine Verdoppelung der finanziellen Hilfe sowie die unverbindliche Zielvorgabe, die afghanischen Truppen bis Ende 2014 weitgehend aufzubauen und auszubilden. Gleichwohl wurde der von der SPD-Führung geforderte verbindliche Abzugstermin bzw. Abzugskorridor aller deutschen Soldaten von der Regierung abgelehnt.

Allerdings ist die Position der SPD in einigen Punkten widersprüchlich geblieben. Erstens: Wer verstärkte Ausbildungsmaßnahmen für afghanische Sicherheitskräfte fordert und im

gleichen Atemzug „Kampftruppen“ ablehnt, redet von der Quadratur des Kreises. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Die Befürworter von Ausbildungsprogrammen sollten sich vergegenwärtigen, dass nachhaltige Ausbildung die Bereitschaft zu gemeinsamen Einsätzen und gemeinsamem Kampf bedingt, denn die afghanischen Sicherheitskräfte werden auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, eigenständig erfolgreich zu operieren. Kurz gesagt: Für Ausbildungsprogramme braucht es „Kampftruppen“. Zweitens ist die Benennung eines konkreten Abzugsdatums wenig hilfreich, es sei denn, man bringt die Bereitschaft auf, den Einsatz zum entsprechenden Datum auch wirklich abzubrechen – ohne Rücksicht auf die Begebenheiten vor Ort. In den Niederlanden und in Kanada sind in den vergangenen Jahren vergleichbare Entscheidungen getroffen worden. Innerhalb einer Bündnisoperation wie ISAF in Afghanistan bedeutet dies dann aber auch immer, sich der gemeinsamen Verantwortung zu entziehen. Darüber hinaus beinhaltet ein benannter Zeitraum für den Abzug auch immer eine indirekte Absage an oft geforderte qualitative Kriterien (*benchmarks*),<sup>11</sup> was zu welchem Zeitpunkt eigentlich erreicht sein soll. Denn was passiert, wenn in dem benannten Zeitraum die definierten Ziele nicht erreicht sind? Zudem wird die Nennung eines Zeitraums unmittelbar eine Erosion von Loyalität im Einsatzland nach sich ziehen, denn die einheimische Bevölkerung wird sich umorientieren und auf den Abzug einstellen müssen – ob sie die Taliban nun unterstützt oder nicht.

Bemerkenswert in der SPD-internen Diskussion war eine gemeinsame Stellungnahme von Niels Annen und Lars Klingbeil, die nahezu alle kritischen Punkte der deutschen Afghanistan-Debatte ansprach. Erfolg in Afghanistan könne nicht mit militärischen Mitteln allein herbeigeführt werden. Ohne Militär ginge es

8 Vgl. Bis zu 2500 zusätzliche Soldaten nach Kundus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Januar 2010.

9 Vgl. SPD will raus aus Afghanistan – auf Raten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Januar 2010.

10 Vgl. Sigmar Gabriel/Frank-Walter Steinmeier: Stärkung des zivilen Elements und des wirtschaftlichen Aufbaus – Stärkung der afghanischen Sicherheitskräfte. Zur Dauer und Perspektive des deutschen Afghanistan-Engagements, [http://www.spd.de/de/pdf/100125\\_Afghanistanpapier.pdf](http://www.spd.de/de/pdf/100125_Afghanistanpapier.pdf) (eingesehen am 9. Februar 2010), S. 12.

11 Vgl. Gabriel/Steinmeier: Zur Dauer und Perspektive des deutschen Afghanistan-Engagements, S. 13.

jedoch ebenso wenig.<sup>12</sup> Dass der zivile Aufbau gestärkt werden müsse, ist zum parteiübergreifenden Mantra der deutschen Afghanistanpolitik geworden. Doch in der Praxis ist davon wenig zu sehen. Das deutsche zivile Engagement im Norden Afghanistans steht in scharfem Kontrast zu der hochtrabenden Rhetorik der Bundesregierung, die sich gegen eine Überbetonung des Militärischen und für einen zivilen Schwerpunkt ausspricht. Die Wirklichkeit sieht anders aus: etwa ein Prozent des deutschen Personals in Afghanistans Norden ist zivil, mehr als 98 Prozent werden mit der jetzigen „zivilen“ Schwerpunktsetzung Uniform tragen. Und das Entwicklungshilfeministerium hat sich vollständig von seiner vormals eigenen Linie verabschiedet, ohne dass klar wird, welche Politik nun an deren Stelle getreten ist. Während in der Debatte so häufig vom Primat ziviler Instrumente die Rede ist, ist die Einsatzrealität vor allem von der Bundeswehr geprägt.<sup>13</sup>

## Fazit

Die SPD steht vor der Herausforderung, in der Opposition eine Afghanistan-Politik zu formulieren, die ganz unterschiedlichen Ansprüchen gerecht wird. Die Sozialdemokratie kann keine fundamentale Abkehr von ihrer Afghanistan-Politik der vergangenen acht Jahre vollziehen, ohne unglaublich zu werden. Darüber hinaus müssen die langfristigen Auswirkungen eines „Scheiterns“ in Afghanistan im Auge behalten werden. So stellt sich beispielsweise die Frage: Könnte sich eine Niederlage in Afghanistan negativ auf die Bereitschaft westlicher Demokratien, Streitkräfte im Rahmen von VN-Friedensmissionen einzusetzen, auswirken? Die Stärkung der Vereinten Nationen war und ist schließlich ein Kernanliegen sozialdemokratischer Außen- und



Foto: Christian Kiel

Sicherheitspolitik. Gleichzeitig aber kommen Regierung wie Opposition nicht darum herum, der schwindenden Unterstützung für den Afghanistan-Einsatz in der deutschen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Der Afghanistan-Einsatz kann nicht endlos weitergehen. Die Antwort liegt in der Formulierung und Definition von zivilen wie militärischen Zeitlinien und Kriterien, anhand derer die Opposition die Afghanistan-Politik der Bundesregierung messen sollte. Konkret: Ist 2010 die Sicherheitsverantwortung für eine der neun Nordprovinzen erfolgreich an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben worden? Wie hat sich die Sicherheitslage in der umkämpften Provinz Kundus entwickelt?

Die Kunst wird es letztlich sein, den Afghanistan-Einsatz so früh wie möglich zu einem Ende zu bringen, ohne dabei in eine Politik der Verantwortungslosigkeit abzugleiten. ■

<sup>12</sup> Vgl. Niels Annen/Lars Klingbeil: Wie weiter in Afghanistan? Ein Diskussionsbeitrag, [http://lars-klingbeil.de/imperia/md/content/bezirknord-niedersachsen/larsklingbeil/pdf/afghanistan\\_papier\\_annen\\_klingbeil.pdf](http://lars-klingbeil.de/imperia/md/content/bezirknord-niedersachsen/larsklingbeil/pdf/afghanistan_papier_annen_klingbeil.pdf) (eingesehen am 9. Februar 2010), S. 4.

<sup>13</sup> Vgl. Timo Noetzel/Thomas Rid: Mehr Köche als Diplomaten, in: Financial Times Deutschland, 5. Februar 2010.

☞ Dr. Timo Noetzel ist Leiter der Forschungsgruppe „Konfliktgeneratoren“ im Exzellenzcluster, Universität Konstanz. Von 2006 bis 2008 war er Transatlantic Postdoc Fellow für Internationale Beziehungen und Sicherheit an der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin und am Chatham House, London.

## Blühende Landschaften am Hindukusch?

Nur ein konzeptioneller Neuanfang könnte Krieg und Elend überwinden

von Thomas Gebauer

Neujahrsansprachen, das erfahren wir derzeit, müssen nicht substanzlos sein. Die Kritik der Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland am Krieg in Afghanistan hat das deutlich gemacht. Angesichts der katastrophalen Bilanz des derzeitigen Militäreinsatzes in Afghanistan müsse nach anderen Formen der Konfliktlösung gesucht werden, verlangte Margot Käßmann, und erntet damit erwartungsgemäß nicht nur Zustimmung. Die Argumente, die ihr von einzelnen Politikern aus den Reihen der CDU, SPD und der Grünen entgegenschlugen, aber lassen erkennen, wie viel Ideologie – und bisweilen Unkenntnis – noch immer im Spiele ist.

Mit großem Kaliber wurde der Bischöfin geantwortet: Wer den Krieg in Afghanistan in Frage stelle, verrate die Sache der Menschenrechte. Ohne Griff zu den Waffen drohe das Land am Hindukusch in einem blutigen Bürgerkrieg zu versinken. Alleine eine starke militärische Präsenz könne dafür garantieren, dass Entwicklung und Demokratie in gang komme. Dabei müsse auch Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden.

Ob Philipp Missfelder, Ralf Fücks oder Hans-Ulrich Klose: sie alle ließen in ihren Reaktionen auf Margot Käßmann auf bemerkenswerter Weise das außer Acht, was Afghanistan-KennerInnen, WissenschaftlerInnen, internationale Menschenrechts- und Hilfsorganisationen seit langem schon vorbringen. Nämlich, dass all die schönen Worte, die sich um die Idee einer „Responsibility to Protect“ ranken, solange höchst fragwürdig bleiben, wie nicht klar ist, wessen Interessen dabei eigentlich geschützt werden sollen. Geht es um die Sicherheit Deutschlands, die am Hindukusch verteidigt wird, oder um die Interessen der afghanischen

Bevölkerung? Aus afghanischer Perspektive aber wird deutlich, wie dringend notwendig eine radikale Umkehr in der bisherigen internationalen Afghanistanpolitik ist.

### Erschütternde Bilanz

Nicht Frieden steht heute, acht Jahre nach Beginn des internationalen Einsatzes in Afghanistan auf der Tagesordnung, sondern ein immer heftiger geführter Krieg, der inzwischen auch die Regionen des Landes erreicht hat, die lange Zeit als sicher gegolten haben. Auch Kunduz im Norden, die Vorzeigeregion des deutschen Engagements, zählt unterdessen zu den instabilen Landesteilen.

Trotz der vielen Milliarden, die der Einsatz bislang verschlungen hat, ist Afghanistan heute ein durch und durch unsicherer Ort. Auf absurde Weise leiden darunter vor allem diejenigen, in deren Namen die Intervention 2001 stattgefunden haben soll. Selbst die wenigen Erfolge, die beispielsweise in der Gesundheitsversorgung in den zurückliegenden Jahren erzielt wurden, sind wieder bedroht. Vielerorts hat sich die Sicherheitslage derart verschlechtert, dass sich die Menschen nicht einmal mehr trauen, Krankenhäuser aufzusuchen, geschweige denn, eigene Rechte geltend zu machen. Vor allem in den ländlichen Gebieten Afghanistans, dort wo die Menschen so dringend Unterstützung benötigten, sind viele Hilfe- und Aufbauprojekte wieder zum Erliegen gekommen.

Denn auch die HelferInnen stehen verstärkt unter Druck, nicht zuletzt die afghanischen MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen. Sie sorgen sich um ihre Sicherheit, weil schon der Verdacht, mit einer ausländischen Organisation im Kontakt zu stehen, Unheil heraufbe-





Foto: www.fotolia.com, © Pascal Eisenschmidt

schwören kann. Wer bei Straßensperren der Opposition mit einer falschen Visitenkarte angetroffen wird, muss um sein Leben fürchten.

172 Übergriffe auf MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen zählte ANSO, das regierungsunabhängige „Afghanistan NGO Safety Office“, im letzten Jahr in Afghanistan. 19 AufbauhelferInnen, allesamt Afghanen, kamen dabei ums Leben. Zunehmend richten sich die Anschläge der bewaffneten Opposition auch auf das Personal von Krankenhäusern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Ganz offenbar ist das Ziel der internationalen Schutztruppen, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau des Landes zu schaffen, gescheitert. Längst haben die Hilfsorganisationen begonnen, die Nähe zu den ausländischen Soldaten zu meiden, weil deren Präsenz keineswegs ein Mehr an Schutz bringt, sondern ein zusätzliches Risiko bedeutet. Was ist geschehen?

### Die Militarisierung der Hilfe

Die prekärer gewordene Sicherheitslage haben auch die afghanischen Partner von medico international leidvoll erfahren müssen. Acht Mitarbeiter der Minenräumorganisation „Mine Dog Detection Center“ (MDC) sind in den letzten zwei Jahren bei Überfällen ums Leben gekommen; weitere 80 MitarbeiterInnen wurden entführt und kamen erst nach langwierigen Verhandlungen wieder frei. Fahrzeuge und Geräte im Wert von 500.000 Euro gingen verloren. Vor allem in den Südpunkten mussten die Minenräumaktivitäten eingestellt werden. Damit wurde das beeinträchtigt, was vielerorts die Voraussetzung für Entwicklung ist. Ohne die Beseitigung all der explosiven Kriegshinterlassenschaften aus 30 Jahren Krieg gelingt es weder, Land wieder für die Agrarwirtschaft verfügbar zu machen, noch Kindern einen sicheren Weg zur Schule zu ermöglichen. ►

Doch die Gefahren, denen sich die Minenräumer ausgesetzt sehen, könnten künftig noch größer werden. Kürzlich lobte das US-State Department in einem Internetbeitrag humanitäres Minenräumen, freilich nicht als Voraussetzung für Entwicklung, sondern als probates Mittel der Aufstandsbekämpfung. Minenräumer bezögen ein Gehalt, weshalb sie weniger anfällig seien, sich der bewaffneten Opposition anzuschließen.

Das mag so sein, und doch wird zugleich deutlich, wie heute in Afghanistan humanitäre und entwicklungspolitische Vorhaben von der Dynamik des Krieges erfasst und strategischen Zielen untergeordnet werden. Der Bau von Schulen und Krankenstationen, das Räumen von Minen, die Förderung landwirtschaftlicher Alternativen zum Drogenanbau – all das muss nicht mehr nur eigenständige Ziele verfolgen, sondern droht zu einem Teil von Counterinsurgency zu werden. Unverblümt heißt es im „Commanders’ Guide to Money as a Weapon System“, einem Field Manual der US-Armee, dass Hilfe eine „nicht-tödliche Waffe“ sei, die gezielt einzusetzen ist, um den Kampf gegen Aufständische zu effektiveren.

Die Folgen sind schwerwiegend: einerseits gerät eine derart militarisierte Hilfe selbstverständlich auch ins Visier eines Gegners, andererseits werden Entscheidungen über das Zustandekommen von Hilfe mehr und mehr an militärstrategischen Überlegungen der Geber ausgerichtet, statt die Bedürfnisse der Empfänger in den Mittelpunkt zu stellen. Genau das ist heute in Afghanistan zu beobachten. Das Gros der Hilfe fließt in Landesteile, die von strategischem Interesse sind, während vergleichsweise ruhige Provinzen, wie das Hazarajat, wo doch eigentlich ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau bestünde, weniger von Hilfen profitieren.

Angesichts der Armut, die in Afghanistan herrscht, gibt es zu einer Hilfe von außen oftmals keine Alternative. Dass sie dennoch vie-

lerorts nicht mehr geleistet wird bzw. werden kann, ist nicht zuletzt die Folge ihrer Instrumentalisierung für militärische Zwecke.

Wer sich den Blick von legitimatorischen Euphemismen nicht verstellen lässt, entdeckt im Militäreinsatz in Afghanistan eine bemerkenswerte Umkehrung dessen, was all die Jahre öffentlich bekundet wurde. Die Entsendung von Truppen dient nicht mehr dazu, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau zu schaffen, vielmehr sind es die zivilen Maßnahmen, die einen Beitrag zur Absicherung und Effektivierung des militärischen Handelns zu leisten haben.

Und das ist der Grund für die Kritik von Hilfsorganisationen an den sicherheitspolitischen Konzepten, die den Afghanistan-Einsatz leiten, heißen sie nun „Comprehensive Approach“ wie im NATO-Jargon, oder „Vernetzte Sicherheit“, wie in Deutschland. Die zivil-militärische Zusammenarbeit, die darin verlangt wird, ist keine Kooperation unter gleichen, sondern bedeutet eine Einbettung von Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe in militärisches Handeln.

## Grundsätzlich unterschiedliche Mandate

Seit langem schon warnen internationale tätige Hilfswerke, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und nicht zuletzt die Organisationen der afghanischen Zivilgesellschaft vor einer Militarisierung von Hilfe. Denn es ist die zunehmende Verwischung der Grenze zwischen militärischem und zivilem Handeln, die in Afghanistan die Arbeit von NGOs erschwert hat, Helfer dem Verdacht aussetzte, Parteigänger von Militärs zu sein und schließlich dazu führt, dass die Arbeit von Hilfsorganisationen in den Strudel des militärischen Scheiterns hineingezogen wird.

VENRO, der Dachverband der deutschen entwicklungspolitischen NGOs, hat seine Kritik an den verschiedenen Konzepten zivil-militä-

rischer Zusammenarbeit mit jeweils eigenen Positionspapieren begründet (vgl. Streitkräfte als humanitärer Helfer? (Mai 2003), Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan (Januar 2009)). Wenn Soldaten sich im Rahmen von militärischen CIMIC („Civil-military Cooperation“)-Aktivitäten als Aufbauhelfer gerieren, dann geht es ihnen vielleicht auch um Wiederaufbau, vor allem aber um die Erhöhung des eigenen Schutzes im Einsatzgebiet. CIMIC-Maßnahmen sollen nicht den militärischen Einsatz zivilisieren, sondern seine Wirksamkeit durch Image-Aufbesserung, die Vergrößerung des Aktionsradius sowie einen leichteren Zugang zu Informationen für Lageberichte steigern. Auch die von der ISAF eingerichteten Provincial Reconstruction Teams (PRTs), in denen zivile Aufbauhelfer systematisch mit militärischen Kräften zusammenarbeiten, entpuppen sich aus entwicklungspolitischer Perspektive als höchst fragwürdig. 26 PRTs gibt es zurzeit: zwei davon in deutscher Verantwortung.

Hilfsorganisationen kritisieren PRTs, weil sie zu teuer und ineffizient sind, vor allem aber, weil sie fundamentale entwicklungspolitische Grundsätze auf den Kopf stellen. Statt partizipative Planungsprozesse zu befördern setzen sie auf einen Top-Down-Ansatz, um rasche Erfolge vorweisen zu können. Solche „Quick Impact“-Projekte, die nicht zuletzt den Militäreinsatz in der heimischen Öffentlichkeit legitimieren sollen, führen fast automatisch zur Herausbildung von Parallelstrukturen. Nicht mit den Menschen wird der Wiederaufbau vorangetrieben, sondern für sie. Die Folge ist nicht die Förderung funktionsfähiger afghanischer Verwaltungsstrukturen (ein immer wieder genanntes Ziel), sondern gerade deren Schwächung.

Deutlich wird, dass es grundsätzlich unterschiedliche Mandate sind, die Militärs- und Hilfsorganisationen haben. Der Sicherheitsbegriff, der Hilfsorganisationen leitet, steht nicht im Kontext eines militärischen Handelns, der Präsenz in der Fläche, der Bekämpfung von

Aufständischen, sondern orientiert sich am Begriff der „human security“, der sich um die Verwirklichung universeller Menschenrechte dreht. Für Hilfsorganisationen bedeutet Sicherheit ein Bemühen um Schutz vor Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit, politischer Willkür – mithin ein ziviles Handeln, das nicht von partikularen Interessen geleitet wird, wie sie in der oft zitierten Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck: „Die Sicherheit Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ zum Ausdruck kommt. Übrigens: auch die neue Bundesregierung begründet den Einsatz der Bundeswehr gleichermaßen: man sei solange vor Ort, bis von Afghanistan keine Gefahr mehr für Deutschland und die internationale Sicherheit ausgehe.

Zwangsläufig resultiert aus einer solchen Sicht eine Dominanz des Militärischen, und nicht von ungefähr drehen sich die Debatten der deutschen Öffentlichkeit auch um dieses Thema. Es geht um die Sinnfälligkeit der Entsendung von Truppen, Tornados oder AWACS, Sicherheitskonzepte werden erörtert, die Traumatisierung der Soldaten beklagt, die Angemessenheit von Bombardements diskutiert, – all das fraglos von immenser Bedeutung, aber eben doch geeignet, die Nöte der Afghaninnen und Afghanen aus dem Blick zu verlieren.

### Die afghanische Perspektive

Spricht man dagegen mit den Leuten in Afghanistan, stehen andere Sorgen im Vordergrund. Das, was die afghanische Gesellschaft zuallererst bedrückt, ist der Mangel an Zuversicht, der letztlich die gesamte afghanische Gesellschaft erfasst hat. Es mangelt an Vertrauen in die Regierung Karsai, dass sie die grassierende Armut, die fehlende Rechtsstaatlichkeit und das Problem ineffizienter staatlicher Strukturen in den Griff bekommt. Erst an fünfter oder sechster Stelle kommt das Gespräch auf den Krieg. Nimmt man die Sorgen der afghanischen Bevölkerung zum Maßstab, ist die Bilanz des internationalen En-

gements in Afghanistan allerdings niederschmetternd.

Afghanistan ist noch immer eines der ärmsten Länder der Welt. Im „Human Development Index“ des UN-Entwicklungsprogramms rangiert es auf Platz 181. Die Lebenserwartung der Menschen liegt bei 43 Jahren, und in vielen Regionen ist die Müttersterblichkeit die höchste der Welt. 50-70 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung haben keine Arbeit.

Von blühenden Landschaften, die den Menschen am Hindukusch mit der Ankunft der fremden Soldaten in Aussicht gestellt wurden, keine Spur. Was Wunder, dass die Zustimmung der afghanischen Bevölkerung zur Präsenz von ausländischen Soldaten sinkt. Lag sie 2007 noch bei 67 Prozent, ist sie 2008 auf 59 Prozent gesunken. Das ist zwar noch immer eine Mehrheit, doch ist es unterdessen auch eine Mehrheit, die sich unzufrieden mit der Art des internationalen Engagements äußert. Viele fürchten die Rückkehr der Taliban, sind aber zugleich enttäuscht mit dem, was ihnen die Intervention bislang gebracht hat. 70 Prozent der Befragten einer gerade veröffentlichten Studie von Oxfam nennen Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt in ihrem Land. An zweiter Stelle die schwache afghanische Regierung sowie Korruption. Die Taliban und die Einmischung von Nachbarstaaten werden als die dritt- und viertwichtigsten Ursachen angesehen.

So absurd es klingt: die Bundeswehr führt in Afghanistan heute Krieg, weil die Chance auf Schaffung von Frieden verspielt wurde. Ob die Chance noch einmal wiederkommen wird, das muss sich noch zeigen. Ohne eine grundlegende Korrektur der bisherigen Afghanistan-Politik jedenfalls wird sie nicht kommen. Frieden, das ist die Lektion, die aus Afghanistan zu lernen ist, basiert nicht auf militärischer Stärke, sondern auf dem Vertrauen der Menschen und einem glaubhaften Bemühen um soziale Gerechtigkeit.

## Der Beitrag von Hilfsorganisationen

Die Rolle, die Hilfsorganisationen unter Umständen, wie sie in Afghanistan herrschen, ausüben können, ist begrenzt. NGOs können einen Beitrag zur sozialen Entwicklung leisten, Friedensbemühungen fördern und Prozesse der Demokratisierung unterstützen, sie können aber nicht das ersetzen, was in Afghanistan so dringend gebraucht wird: funktionierende staatliche Institutionen, die den Rechten und Erwartungen der Bevölkerung auch entsprechen können. Ein verlässliches Rechtswesen, ein Ende von Korruption und Willkür.

All das aber ist nur zu erreichen, wenn sich das internationale Engagement zu einem konzeptionellen Neubeginn durchringt. Mit ein paar Millionen mehr fürs Zivile ist das nicht getan. Das, was bisher nur zur Rechtfertigung militärischer Ziele herhalten musste, muss zum tragenden Konzept werden. Statt Aufstandsbekämpfung ist zivile Konfliktlösung gefragt. Und dass eine solche Alternative kein Wunschdenken sein muss, zeigen Studien von NGOs, mit denen die Wirksamkeit kommunaler Friedensarbeit in Afghanistan nachgewiesen wurde. Entwicklung muss dort gefördert werden, wo sie entsteht. Auf regionaler und lokaler Ebene und mit allen Kräften, die vor Ort eine Rolle spielen. Nur wenn es gelingt, im Konsens getragene Gemeinde- und Provinzverwaltungen aufzubauen, werden auch Wirtschafts- und Sozialprogramme fruchten und der Frieden hat eine Chance.

## Strategie

Es ist höchste Zeit, eine solche Strategie zu erarbeiten. Zumal von einer Strategie bislang eigentlich nicht die Rede sein kann. Mädchen den Schulbesuch zu ermöglichen, ist ohne Frage ein wunderbares Ziel. Aber ausgerechnet mit staatsfeindlichen Warlords und mafiösen Drogenbaronen jenen Staat aufzubauen zu wollen, der dafür dauerhaft garantieren soll, zeugt schon von einiger Verwirrung. Vorrang für Zi-

vil hat solange keine Chance, wie militärische Überlegungen dagegen stehen.

Weil mit Kriegsherren kein Staat zu machen ist, muss deren Macht gebrochen werden. Stattdessen gilt es, eine leistungsfähige Staatlichkeit aufzubauen, die vor allem den Bewohnern der ländlichen Gebiete spürbare soziale und wirtschaftliche Verbesserungen bringt. Nur wenn die grassierende Korruption, der Mangel an verlässlichen Verwaltungen, aber auch das Missmanagement der internationalen Hilfe ein Ende finden, werden sich die Menschen nicht mehr enttäuscht von der Kabuler Regierung und ihren internationalen Verbündeten abwenden.

Vorrang für Zivil aber heißt auch, jene Schattenwirtschaft zu durchbrechen, die die Gewalt mit in Gang hält. Ohne den Schutz der afghanischen Wirtschaft ist die Bekämpfung der Drogenökonomie nicht möglich. Gefragt ist ein Bündel von Maßnahmen (beispielsweise die Subventionierung des Weizenabbaus), die den Wirtschaftsaufbau nicht dem Marktgeschehen überlassen. Es ist hanebüchener Unsinn, wenn schon die Einrichtung einer Handelskammer, von der deutschen Entwicklungshilfe betrieben, den USA als Ausweis sozialistischer Umtriebe gilt.

Vor allem aber müssen die UN handeln: Sie müssen einsehen, dass es falsch gewesen ist, der NATO das Mandat für den Militäreinsatz zu übertragen. Es ist höchste Zeit, endlich all jene mit an den Tisch zu holen, die 2001 auf dem Petersberg ausgeschlossen waren: die Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft, die Frauenorganisationen, die Anrainerstaaten und andere wichtige Akteure wie Russland und China. Solange es nicht wirklich um die Menschen in Afghanistan geht, bleibt auch der Verweis auf die Verantwortung, die man ihnen gegenüber habe, nur leeres Gerede. ■

→ Thomas Gebauer ist Geschäftsführer von medico international e. V.

## PapyRossa Verlag



**Gerhard Feldbauer: Der Heilige Vater** – Benedikt XVI.: Ein Papst und seine Tradition; 209 Seiten; EUR 14,90

Seligsprechung von Anhängern Francos, Rehabilitierung der Piusbrüder, Unterstützung für Berlusconi: Benedikt XVI. steht für eine altbewährte Tradition der Kurie und setzt die anti-moderne Offensive seines Vorgängers fort.



**Eric Hobsbawm: Zwischenwelten und Übergangszeiten** – Interventionen und Wortmeldungen Hardcover; 2., verb. Auflage; 240 Seiten; EUR 18,00

Als Historiker und politisch engagierter Zeitgenosse nimmt Eric Hobsbawm Stellung zu den weltpolitischen Umbrüchen der Gegenwart, zur Krise des Kapitalismus und zu Perspektiven für die Zukunft.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de  
www.papyrossa.de

## Wende am Hindukusch?

# Eine neue Afghanistan-Strategie lässt auch nach der Londoner Konferenz noch auf sich warten

von Marc Thörner

Hunderte zusätzlicher Soldaten, mehr Polizisten vor Ort, Ausstiegsprogramme für Mitläufer der Taliban. Laut Bundesregierung sind dies die Hauptpunkte einer neuen Afghanistan-Strategie. Doch was daran ist wirklich neu?

Grundlage des militärischen Engagements der ISAF-Staaten am Hindukusch ist die Idee vom bewaffneten Aufbau, das zivilmilitärische Konzept. Provinzwiederaufbauteams (PRTs) konzipieren Hilfsprogramme. Sie sollen ein „sicheres Umfeld“ schaffen, in dem zivile Projekte gedeihen können oder die Soldaten selber Brücken, Straßen oder Brunnen anlegen.

Deutsche Außen- und Verteidigungspolitik bezeichnen das PRT als modern und bahnbrechend, weil es die Militärs zu – wenn auch bewaffneten – Helfern mache.

Tatsächlich ist die Kombination von militärischem Schutz und Aufbaumaßnahmen nichts Neues.

### Die Wurzeln des zivilmilitärischen Konzepts

Bürgerkrieg, ein schwacher Zentralstaat mit lediglich protokollarischen Vollmachten, Warlords, die das Land beherrschen, fanatische, religiös motivierte Aufständische – das Marokko des Jahres 1912 gleicht Afghanistan in vielen Aspekten. Auch die „ISAF“ der damaligen Zeit, die französische Armee, die nach dem Abschluss europäischer Konferenzen in dem anarchischen Gebiet unweit Europas Ruhe, Frieden und einen funktionierenden Zentralstaat garantieren sollte, stand vor ähnlichen Aufgaben. Und wie die ISAF heute, verfügte sie über eng begrenzte Ressourcen.

Der „General McChrystal“ dieser Zeit, der erste französische Resident, General Lyautey, stützte sein Konzept auf zwei Säulen. Erstens: den Aufbau eines neuen marokkanischen Staates, der alle Aspekte einer angestammten Tradition beinhalten sollte. Nur so, dies seine Überlegung, wäre es Frankreich möglich, von einer Bevölkerung als Schutzherr akzeptiert zu werden, die bisher keine Erfahrung mit säkularen, geschweige denn demokratischen Ideen hatte. Die Macht des Sultans musste wiederhergestellt beziehungsweise überhaupt erst aufgebaut werden, da in Marokko über Jahrhunderte vor allem lokale Kriegsherren regiert hatten. Mit anderen Worten: Im 20. Jahrhundert galt es, einen Staat aufzubauen, der den Prinzipien des 20. Jahrhunderts widerspricht, ein funktionierendes islamisches Kalifat samt „Führer der Gläubigen“ und Scharia-Rechtsordnung für dessen Untertanen, einen Staat, der seines archaischen Zuschnitts wegen langfristig auf Frankreich angewiesen bleiben würde. Das erwies sich als nicht einfach, denn auch in Marokko fraß die Säure der Moderne bereits die Fundamente an; religiöse Eiferer wetteten gegen das Protektorat der Ungläubigen; begabte einheimische Intellektuelle forderten Parlamentarismus und Meinungsfreiheit. Um der Aufstandsbewegung vom Norden bis zum Süden das Wasser abzugraben, galt es aufzubauen, dem von Stammeswirren und Bürgerkrieg verelendeten Land Wohlstand und Sicherheit zu geben, für alle sichtbar und in kurzer Zeit – Herzen und Köpfe der Menschen zu gewinnen, statt sie den Aufständischen zu überlassen.

Zu diesem Zweck erfand General Lyautey den „zivilmilitärischen Aufbau“ und auch den



inzwischen von den US-Militärs gern verwendeten Vergleich: „Wie ein Ölfleck“ dehnten stabile Regionen sich aus, verschmolzen miteinander, Felder erblühten, Städte wuchsen, Handel und Handwerk wurden mit neuer Energie erfüllt, Moscheen und Medinas wurden renoviert, mittelalterliche Stadtmauern neu verputzt. Die Fremdenlegion sprengte Tunnel in den Fels, trassierte Straßen, die sich im Hohen Atlas bald auch durch die unwegsamsten Berge schlängelten, und schloss den stets unsicheren, unkontrollierten Süden erstmals ans Machtsystem des Sultans an. Militärs waren nicht mehr Militärs allein, sondern auch Landräte, Architekten, Ingenieure, Agrarwissenschaftler. Die Idee des Provinzwiederaufbauteams, des PRT war geboren.

„Ah! Sich abends hinzulegen und (...) (zu lesen), dass eine Aufklärungspatrouille ihr Ziel erreicht hat“, so brachte Lyautey sein Credo zu Papier, »dass zwei (verlassene) Dörfer sich wieder bevölkert haben, dass unerwartet 6000 Francs an Steuern eingegangen sind, dass das Experiment, Kartoffeln anzubauen, gelungen ist, dass sich ein neuer Geschäftsmann niedergelassen hat, dass ein Markt wieder eröffnet worden ist – welche einen guten Schlaf gibt das!“

### Warlords als Partner

Frankreichs Mittel an Menschen und Material blieben während zweier Weltkriege höchst begrenzt. Um den zivilmilitärischen Aufbau zwischen 1912 und 1956 durchführen zu können, verfügte man nicht über Hunderttausende von Truppen. Man bedurfte daher der Hilfe lokaler Machthaber.

Das waren vor allem die „großen Caid“, die Kriegsherren, die – hinter der bloß nominellen Obermacht des Sultans – mit ihren Stammesmilizen das flache Land seit Generationen beherrschen. Die Wächter der Gebirgspässe: der Goundaffi, der M'touggi und an erster Stelle: der Glaoui, vom Hohen Atlas bis zur Sahara der Herr des marokkanischen Südens.

Schon kurz nachdem der neue Resident in Marrakesch einmarschiert war, ließ er die besiegten Stammesführer zu sich rufen. „(Das Land) muss wiederaufgebaut werden. Helft mir bei dieser Aufgabe. Ihr werdet es nicht zu bereuen haben.“ Die Chronik verzeichnet „zustimmendes Gemurmel“ bei den versammelten Warlords.

Der Glaoui öffnete der französischen Armee seine Wege. Zügig marschierten die blauen Kolonnen an Marrakesch vorbei der Wüste zu.

Der große Warlord, der Herr des Hohen Atlas, vorher ein klassischer Lokalfürst, der ein Konglomerat von Stämmen kontrollierte, wuchs unter der Ägide Frankreichs zu einem lokalen Potentaten, der sich um die traditionellen Stammessitten nicht mehr zu scheren brauchte.

Doch gerade den Zentralstaat zu schwächen, die völkerrechtlich verbrieftete Macht des Sultans nur so weit zu stützen, wie er die Anordnungen des französischen Protektorats umsetzte, mithilfe der Lokalfürsten den Staatsschef unter Druck setzen zu können – darin bestand Frankreichs langfristige Strategie.

Zwischen dieser und der afghanischen Szenerie von heute fallen mehrere Parallelen auf.

**Erstens:** Das „Nation Building“, der Aufbau eines modernen Rechtsstaates, wie er bei der Bonner Petersberg-Konferenz konzipiert worden war, steht aus Sicht der Afghanistan-Gebirgsländer längst nicht mehr im Vordergrund.

Eher geht es darum, Strukturen zu stärken, die sich bei der vermeintlich „traditionell orientierten afghanischen Bevölkerung“ durchsetzen lassen. Bereits Ende 2007 schien das Paradigma sich vom Nation Building weg zu bewegen, hin zur Stabilisierung eines fundamentalistisch orientierten Systems.

Als im Januar 2008 Pervez Kambaksh, ein Student aus Mazar-e Sharif, dem Sitz des

Foto: www.photocase.de, © Holly Day



deutsch geführten Regionalkommandos Nord, wegen angeblicher Gotteslästerung – tatsächlich aber aufgrund einer politischen Intrige – zum Tod verurteilt wurde, verurteilten deutsche Politiker wie Niels Annen (SPD), Mitglied im Auswärtigen Bundestagsausschuss, zwar die Einschränkung der Meinungsfreiheit, forderten andererseits aber Verständnis für das andersgeartete Recht Afghanistans, das ja immerhin eine „islamische Republik“ sei.

Und Anfang 2009 war ein System, das sich an internationalen Standards orientierte, offenbar auch im Berliner Bendorblock nicht mehr die Zielvorgabe.

„Wir müssen aufpassen“, so damals Thomas Kossendey (CDU), parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, „dass wir den Afghanen nicht etwas überstülpen, was weder zu deren Kultur, noch zu deren Religion passt. Wir haben in der Region ja durchaus andere Länder – Saudi Arabien –, die Rechtssysteme haben, die mit unseren nicht vergleichbar sind. Und ich glaube nicht, dass es Aufgabe von ISAF ist, hier Vormund zu spielen.“

Dazu passte Präsident Karzais Annäherung an fundamentalistisch-wahabistische Kräfte, die ihm die Unterstützung breiter Warlord-Kreise sichern sollte. Auf Drängen des von Saudi Arabien gestützten Oberrichters Shinwari bestätigte er eine Reihe von Juristen auf ihren Posten, die entweder bereits unter den Taliban im Amt gewesen oder der Gruppe wahabistisch orientierter Mudschaheddin entstammten.

**Zweitens** driftet das Land immer weiter auseinander. Wie in Marokko unter dem französischen Protektorat,

beginnt sich in einem Teil Afghanistans eine Gegenmacht zu etablieren. Im Norden bauen die Warlords der ehemaligen Nordallianz, der Tadschikenführer und Gouverneur von Balkh, Mohammed Atta, und der Usbekengeneral Dostum ihre parallelen Machtsysteme zusehends aus.

Der ISAF gelten sie als wichtige Stabilisatoren, mit deren Hilfe man vermeintlich kräftensparend eigene Interessen durchsetzen kann.

## Die Wurzeln der Aufstandsbekämpfung

2006 und 2009 veröffentlichte das US-Verteidigungsministerium Feldhandbücher, in denen es der Armee die „neue Strategie“ der Aufstandsbekämpfung vorgab. Zeitgleich publizierte auch die französische Armee Überlegungen, wie die Situation in Afghanistan am besten unter Kontrolle zu bekommen sei. Darin spielen viele historische Vorbilder eine Rolle, vor allem aber die Techniken, die die französische Armee im Indochina- und Algerienkrieg verwandt hat, um Aufständische von der Zivilbevölkerung zu trennen. Eine Zusammenfassung findet sich in *La Guerre Moder-*

ne, verfasst von Roger Trinquier, der Ende der 1950er während der „Schlacht um Algier“ dem französischen Fallschirmjägergeneral Massu zugeteilt war,

Um eine rebellische Region unter Kontrolle zu bringen, so Trinquiers Eingangsüberlegung, reicht es nicht, sie militärisch zu besetzen, denn Befestigungen, Stützpunkte und Außenposten werden immer einen defensiven Charakter tragen, werden sich immer inmitten einer Bevölkerung befinden, die der autochthonen Aufstandsbewegung Informationen über die fremden Soldaten gibt. Die Aufständischen werden sich, wie Mao Zedong sagt, wie ein Fisch im Wasser bewegen. Infolgedessen muss man sie ins Trockene bringen. Es kommt darauf an, die Bevölkerung zu gewinnen, ihre Herzen, ihre Köpfe. Man muss ihr zeigen, dass die Kooperation mit den Besatzern beziehungsweise der von ihnen gestützten Regierung ihnen mehr Vorteile bringt als der Aufstand.

Nach einer ersten, rein militärischen Phase, in der man den Gegner physisch vernichtet oder vertreibt, macht man sich ans Halten des eroberten Terrains. Dann gibt man dem „Halten“ eine Tiefen-Dimension. Zu diesem Zweck schafft man in Stadt und Land eine „zivile Organisation“. Man schafft sie. Unter allen Umständen. Notfalls auch durch Zwang. Als Leiter dieser Organisation bieten sich traditionelle Autoritäten an: Honoratioren, Stammeschefs, jeder junge Mann, der ehrgeizig ist und sich durch diese Zusammenarbeit ein Vorwärtsskommen verspricht: mehr Geld, Vorteile für sich und seine Familie. Kooperieren die Honoratioren nicht freiwillig, bringt man sie mit Zwang dazu, was in der Regel allerdings nicht nötig ist. Der Mensch an sich ist ehrgeizig. Jeden dieser Leiter macht man zum Verantwortlichen eines genau umrissenen Sektors in der Stadt oder auf dem Land, eines Viertels, eines Dorfes, einer Gruppe von Häusern. Einige dieser Chefs werden zu Anführern einer Miliz, mit der die Bevölkerung sich selbst gegen die Aufständischen verteidigt.

Jetzt beginnt die Aufbauphase: Offiziere für Zivilangelegenheiten – in Algerien SAR oder SAU („Section de l'Administration Rurale“/„Section de l'Administration Urbaine“) genannt – schwärmen aus, um die Bevölkerung für ihre Kooperation zu belohnen. Sie lancieren zivilmilitärische Projekte, vernetzen Investoren aus dem Mutterland mit den „Chefs“, planen den Bau von Schulen, Straßen, Brunnen ... die Menschen müssen sehen: „Regierung“ und Besatzung bringen das Land voran. Der Aufstand hingegen bringt nur Tod und Elend.

In den US-Feldhandbüchern heißt dieses Konzept Clear-Hold-Build. In dem Ende 2006 unter der Ägide von General Petraeus veröffentlichten ‚Counterinsurgency‘ wird den PRTs eine klare Rolle zugewiesen: Die „Herzen und Köpfe“ der Bevölkerung im Sinne der US-Armee zu gewinnen.

Seit Januar 2009 führt die US-Armee in der Provinz Wardak, südlich von Kabul, Experimente mit Stammesmilizen und der von Trinquier geforderten „zivilen Organisation“ durch.

### Ausstiegsprogramme für Taliban?

Deutsche Politiker behaupten, das deutsche PRT-Programm unterscheide sich vom US-amerikanischen unter anderem durch die zivilmilitärische Doppelspitze: Ein Diplomat und ein Oberst führen das PRT gemeinsam.

Doch diese Abweichung wird praktisch wieder dadurch nivelliert, dass die USA mit ihrem Ansatz das Geschehen auf dem ganzen afghanischen Territorium dominiert und NATO-Partnern wie Deutschland Aufgaben zuweist oder für ihre Operationen zusehends nur noch als logistische Hilfesteller nutzt.

Die PRTs – so hat sich insbesondere in Nordafghanistan erwiesen – können nur arbeiten, wenn sie sich auf die örtlichen Autoritäten stützen, also Warlords. Diese Provinzherrscher

verstehen die Hilfsangebote geschickt auszunutzen, infiltrieren ganze Kohorten ihrer ehemaligen Milizen in die neue Polizeiausbildung. In Balkh zum Beispiel unterstehen Polizei und Inlandsgeheimdienst (NDS) nur nominell der Zentralmacht in Kabul. Tatsächlich behält der Warlord und Provinzgouverneur Atta sich die Besetzung aller wichtigen Posten vor. Den Drogenhandel, der ihm seinen Einfluss sichert, wickelt er mithilfe einer Polizei ab, die weniger Polizei ist, als Teil seines mafiosen Netzwerks.

Außerdem häufen sich Hinweise darauf, dass die von Deutschen ausgebildeten Polizisten, schwere Menschenrechtsverletzungen im Auftrag ihrer alten Herren begehen. Repräsentanten der paschtunischen Minderheit im Norden werfen Polizei und Geheimdienst Gouverneur Attas vor, zwischen 2008 und 2009 24 missliebige Paschtunenführer liquidiert zu haben.

In der Nachbarprovinz Sar-e Pol, ebenfalls unter dem deutsch geführten Regionalkommando Nord, klagen Angehörige der paschtunischen Minderheit ebenfalls über gezielte Morde, Vertreibungen und Landraub durch Kommandeure der Jonbehs-Miliz des dort noch immer mächtigen Usbekengenerals Dostum.

Viele Paschtunen schließen sich in Nordafghanistan vor allem aus diesen Gründen den Taliban an.

Ausstiegsprogramme müssten darauf angelegt sein, diese Beraubten zu entschädigen. Wenn die Abfindungen ein gewisses Maß übersteigen, dürften sie automatisch die Interessen der tadschikischen und usbekischen Warlords im Norden beeinträchtigen. Ohne die Hilfe dieser Warlords können die PRTs aber, so wie sie bisher aufgestellt sind, nicht arbeiten.

## DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

### 283 Klimapolitik

L.LOHMANN: Kohlenstoffmärkte und Finanzmärkte  
U.RÖHR: Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik  
M.BOYER: Saatgut, Klimawandel und bäuerlicher Widerstand

### Krisenantworten 1929/30

B.RÖTTGER: Krisen des Kapitalismus – historische Perspektiven  
J.ROESLER: Great Depression, New Deal und Mixed Economy  
K.PRIESTER: Italienischer Faschismus im Spannungsfeld zwischen Reaktion und Moderne  
Wacquant-Debatte: Bestrafte Armut (3):  
E.RIEDMANN, M.VALVERDE

### 284 Gewerkschaftsmacht. In der Krise

W.F.HAUG: Gewerkschaften im Hightech-Kapitalismus vor der Hegemoniefrage  
M.CANDEIAS & B.RÖTTGER: Ausgebremste Erneuerung?  
C.SCHMALSTIEG: Organisation Prekärer in den USA  
R.BERGER & M.MEYER: Im Jahr eins nach Lehman: From bad to worse?  
\*\*\*  
J.GAINES: Filmgeschichte als Kritik feministischer Filmtheorie  
G.BAUER: Literarische Erkenntnishilfen. Wissenschaftsprosa des Autors Karl Marx  
M.NAUMANN: Lehrjahre in Leipzig

Einzelheft 12 € ; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de  
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin  
Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o Elske Bechthold  
Kanalweg 60 · 76149 Karlsruhe  
Tel: +49-(0)721-7501-438 · argument@inkrit.org

Und es ist nicht auszuschließen, dass die Zusammenarbeit zwischen ISAF-Militärs und Warlords noch ausgebaut wird. Das jedenfalls fordert ein Praktiker, Marc Lindemann, der als Nachrichtenoffizier der Bundeswehr, der bis 2009 im PRT von Kundus stationiert war, in seiner Anfang 2010 veröffentlichten Analyse „Unter Beschuss. Warum Deutschland in Afghanistan scheitert“. Die kolonialen Ursprünge der Aufstandsbekämpfung sind Lindemann offenbar vertraut. „Die Franzosen“, schreibt er, „verfügen auf diesem Gebiet über einen reichhaltigen Erfahrungsschatz aufgrund ihrer Afrika-Politik (...) Ein Teil der Lösung des Problems könnte bei den ehemaligen Warlords liegen. (...) Diese Kriegsfürsten gilt es nach einem Prinzip des Gleichgewichts und der politischen Lenkbarkeit auszuwählen, um ihnen dann die Stabilisierung eines gewissen Gebiets zu übertragen, Demokratieverständnis und Good Governance können dabei nicht im Vordergrund stehen.“ Als einen aussichtsreichen Partner nennt Lindemann Usbekengeneral Dostum. „Nach unseren moralischen Vorstellungen müssten wir den Mann eigentlich vor ein Gericht bringen. Dazu wird es aber nicht kommen. Sein Vorteil ist, dass er kein religiöser Fanatiker ist, sondern als eine Person gilt, die weltlichen Freuden durchaus zugetan ist. Wenn es also gelänge, einen Machthaber wie Dostum unter westlicher Kontrolle zu halten, und ihm die Sicherheit des eines vorher verabredeten Gebiets zu übertragen, könnte man dort Stabilität erreichen, ohne eigene Truppen einsetzen zu müssen.“

**Fazit:** Eine wirklich neue Strategie ist nicht erkennbar. Erfolg könnte sie nur dann versprechen, wenn die zuvor beschriebenen Widersprüche zwischen Warlord- und Bevölkerungsinteressen aufgelöst würden.

Dazu müsste der Begriff des Feindes neu definiert, die Strukturen der Kriegsherren müssten zerschlagen werden. Die Voraussetzungen dafür sind deshalb gut, weil die des-

potischen Lokalherrscher bei der Bevölkerung unpopulär, ja sogar verhasst sind.

Anzunehmen, sie besäßen außer ihrer mafios organisierten Macht auch noch Macht über die Herzen und Köpfe, wäre ein Denkfehler – ebenso wie die Gleichsetzung einer wahabitischen Gesellschaftsordnung mit der vermeintlichen afghanischen Kultur. Religiös gesehen ist die afghanische Kultur vom eher weitherzigen Sufismus beeinflusst, und bevor Saudi Arabien, die USA und Pakistan zum Kampf gegen die Sowjetunion den Wahabismus in die Region exportierten, herrschte ein anderes Rechtssystem als heute. (Das letzte Todesurteil wegen Gotteslästerung war in den 1920er Jahren gefällt worden.)

Sieht man die Warlords nicht länger als Verbündete, sondern begreift sie als Gefahr, könnte der Zentralstaat gestärkt und von der Abhängigkeit durch die alten Mudschaheddin-Kämpen befreit werden. Vorausgesetzt, die US-amerikanischen Strategen, von denen alles abhängt, wollen das.

Nicht unwahrscheinlich ist, dass ihnen ein „Teile und Herrsche“-Konzept vorschwebt – mit einer Vielzahl lokaler Machtzentren, die sich im Sinne langfristiger geostrategischer Interessen gegen die Zentralregierung und gegeneinander ausspielen lassen. ■

☞ Marc Thörner, Jahrgang 1964, seit 1994 freier Journalist mit Spezialgebiet islamische Länder. Berichtet, vor allem im Auftrag des ARD-Hörfunks, aus Nordafrika, den Golfstaaten, dem Irak, Pakistan und Afghanistan. 2009 mit dem Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus ausgezeichnet. Ende Februar erscheint sein Buch „Afghanistan-Code. Eine Reportage über Krieg, Fundamentalismus und Demokratie“, Nautilus-Verlag Hamburg.

## Afghanistan im Fadenkreuz der Geostrategie

von Werner Ruf

Allein die Lage Afghanistans macht dieses Land in der sich herausbildenden multipolaren Struktur des internationalen Systems zu einem zentralen Ort, grenzt es doch an die ehemaligen südlichen Republiken der Sowjet-Union, in denen der Islam für die Herrschenden wir für die oppositionellen Kräfte ein immer wichtiger werdender Legitimationsfaktor wird. Zugleich grenzt es im Westen an den Iran, das einzige Land des „*Greater Middle East*“, das sich dem westlichen und US-amerikanischen Einfluss zu entziehen versucht. Im Nordosten hat es eine wenn auch sehr kleine gemeinsame Grenze mit China, der aufsteigenden neuen Großmacht. Das Land liegt damit im Zentrum der Interessen Chinas, Indiens, aber auch des Nachbarn Iran und Saudi-Arabien, das als Ölmacht wie auch ideologisch spätestens seit der Unterstützung der damals Freiheitskämpfer genannten islamistischen Krieger gegen die Sowjetunion in den 80er Jahren eine zentrale Rolle spielte. Als Nachbar Pakistans ist es, auch aufgrund der beiden Ländern gemeinsamen paschtunischen Bevölkerung und der Unterstützung islamistischer Militanz in Kaschmir durch den pakistanischen Geheimdienst ISI mit dem pakistanisch-indischen Konflikt verbunden. Afghanistan ist unmittelbarer Nachbar der Atomwaffenstaaten Russland und China, aber auch der Atomwaffen besitzenden Staaten Indien und Pakistan, die dem Atomwaffensperrvertrag NPT nicht beigetreten sind und des Iran, der zwar NPT-Mitglied ist, dem jedoch ein Atomwaffenprogramm nachgesagt wird.

### Energiesicherheit rückt in den Vordergrund

Wichtiger aber ist: Seit *peak oil*, der Höhepunkt der Öl- und Gasförderung erreicht wenn nicht gar überschritten zu sein scheint, wachsen einerseits zwar die Bemühungen

um alternative Energien, andererseits sind Öl und Gas für viele Wirtschaftsbereiche noch immer unersetzbar, so dass die Energiesicherung immer massiver in den Vordergrund staatlicher Interessen gerät. Und hierbei geht es nicht nur um die Sicherung der Rohstoffquellen, sondern vor allem der Transportwege auf globaler Ebene: Nicht zufällig schreibt Frederick Starr, Leiter des Kaukasus-Instituts der Johns Hopkins University:

*„Wer bestimmen kann, wie die Pipeline-Karte aussieht, & wird die Zukunft eines riesigen Teiles der Welt bestimmen.“<sup>1</sup>*

Sie stehen im Zentrum der jüngsten Konflikte und Kriege: Relativ unbeachtet von der Weltöffentlichkeit riefen die USA vor genau drei Jahren, am 6. Februar 2007, ein neues Oberkommando für Afrika (*Africom*) ins Leben, dessen Hauptaufgabe die Terrorbekämpfung in Afrika sein soll. Zugleich erklärten die USA, ihre Ölimporte aus Afrika von damals 13 Prozent bis zum Jahr 2013 auf 25 Prozent steigern zu wollen. Die „terroristischen Aktivitäten“ in der Sahara (hauptsächlich Entführungen) wurden, wie man heute weiß, an der langen Leine vom algerischen Geheimdienst in Kooperation mit der CIA gesteuert.<sup>2</sup> Inzwischen wird unter Führung des algerischen Erdölkonzerns SONATRACH, immerhin der zehnt- oder elftgrößte Ölkonzern der Welt, eine über 4000 km lange Pipeline von Nigeria an die algerische Mittelmeerküste gebaut, von wo aus das dort verflüssigte Gas weltweit verschifft werden soll. Der Konflikt in Darfur und um den Sudan hat seinen

<sup>1</sup> <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kaukasus/pipeline.html>

<sup>2</sup> S. die detaillierte Arbeit von Keenan, Jeremy: *The Dark Sahara. America's War on Terror in Africa*, London and New York 2009. Schon früher dazu: Ruf, Werner: *Geopolitik und Ressourcen. Der Griff der USA nach Afrika*, in: ÖSFK/Thomas Roithner (Hrsg.): *Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen?* Wien/Berlin 2008, S. 160-173.





Hauptgrund in der Tatsache, dass der Sudan sein Öl exklusiv an China liefert.

Das von der Bush-Administration vorangetriebene Projekt des *Greater Middle East*, das zunächst im Krieg gegen den Irak und dem *regime change* in diesem Land gipfelte, ermöglichte mit dem von den USA durchgesetzten neuen Ölgesetz den internationalen Konzernen den Zugriff auf die riesigen Ölreserven dieses Landes, die bis dahin staatlicher irakischer Kontrolle unterstanden. Das einzige Land des *Greater Middle East*, der sich je nach Lesart von der Atlantikküste Afrikas bis Pakistan oder auch bis Indonesien erstreckt, das noch nicht unter zumindest indirekter Kontrolle der USA steht, ist der Iran. Das Land verfügt über rd. 10 Prozent der bekannten Ölreserven, die Erdgasvorräte werden noch weit höher geschätzt. Iran kooperiert sowohl mit den westlichen Industrieländern wie mit deren harten Konkurrenten: Allein die Verträge mit China sehen für die nächsten 25 Jahre Investitionen in Höhe von mehr als 100 Mrd. Dollar vor. Bereits abgeschlossen ist ein Vertrag zwischen der National Iranian Oil Company NIOC mit der China National Petroleum Corporation CNPC zur Erschließung des Erdgasfeldes „South Pars“, das als größtes Erdgasfeld der Welt gilt, die Exploration des Erdgas-

feldes „North Pars“ steht bevor. Mit Russland hat Iran einen Vertrag geschlossen, der den Bau einer asiatischen Pipeline zur Belieferung Indiens und Chinas vorsieht. Mit beiden Ländern hat Iran langfristige Lieferverträge abgeschlossen. Iran ist so geradezu zu einem Schlüsselstaat für die aufsteigenden Großmächte China und Indien geworden und zu einem wichtigen Partner und Konkurrenten Russlands. Guido Steinberg von der SWP sieht daher Iran als einen „heißen Kandidaten für eine geopolitische Umorientierung, also eine Abkehr vom Westen“.<sup>3</sup> Im Erdgasbereich ist Iran beteiligt an der geplanten Gründung eines sich am Vorbild der OPEC orientierenden Kartells der Erdgas produzierenden Staaten. Hierüber wird derzeit zwischen Russland, Iran, Qatar, Algerien und Venezuela verhandelt. Die mögliche Beteiligung Nigerias ist noch offen.

### Der Kampf um die Pipelines

Zugleich bleibt Iran für den Westen ein wichtiger Lieferant: So führt eine Pipeline aus dem Südiran über Täbris durch Armenien ins türkische Erzerum, von dort zum Erdölhafen Ceyhan. In Erzerum könnte sie angeschlossen werden an die geplante Riesen-Pipeline Nabucco, die von der EU gebaut werden und Erdöl und Erdgas aus dem Kaspischen Becken via Baku und Tiflis unter Vermeidung russischen und serbischen Territoriums nach Österreich und nach Tschechien pumpen soll. Gefährdet wird dieses Projekt allerdings durch eine geplante russische Pipeline, die unter dem Namen „Southstream“ („Northstream“ ist die im Bau befindliche Ostsee-Pipeline) ebenfalls von Baku über Tiflis, dann aber über russisches Territorium und durch das Schwarze Meer via Belgrad nach Wien und Prag geführt werden soll (Vgl. Karte unten).<sup>4</sup> Im Augenblick scheint das russische Projekt bessere Realisierungschancen zu haben, da Russland bereits

<sup>3</sup> Eurasisches Magazin 06/2009.

<sup>4</sup> Quelle: FAZ, 21. August 2008.

mit Italien einen Liefervertrag geschlossen hat.

An diesen gigantischen Projekten zur Energieversorgung werden beispielhaft die geostrategischen Zusammenhänge sichtbar, die die Bedeutung Georgiens in der Konfrontation zwischen NATO und Russland aufzeigen. Wäre Georgien im August 2008 bereits Mitglied der NATO gewesen, wie die USA es wollten und wollen, das Eskalationspotenzial dieses Konflikts hätte die schlimmsten Vorstellungen der Kalten Kriegszeit wahr werden lassen können.

Es mag an der Sperrigkeit der europäischen NATO-Partner und deren Eigeninteressen gelegen haben, dass die sehr frühzeitig begonnenen Bemühungen der USA, die Staaten um das Kaspische Meer in das Militärbündnis zu integrieren, nicht erfolgreich waren. So unterzeichneten die USA am Rande der Feiern zum 50. Jahrestag der NATO in Washington 1999 einseitig den so genannten GUUAM-Vertrag, ein regionales militärisches Bündnis zwischen Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien. Ziel dieses Vertrages ist es, Russland vom Zugang zu den Öl- und Gasreserven des Kaspischen Beckens auszuschließen.

Ganz offensichtlich sind unter dem freundschaftlichen Deckmantel der NATO die Interessen von deren Mitgliedern keineswegs deckungsgleich: Es war kein Zufall, dass Deutschland und Frankreich sich weigerten, der Koalition der Willigen im Krieg gegen den Irak beizutreten. Auch ist es kein Zufall, dass die EU, unmittelbar nach Gründung von Africom eine von Frankreich geführte militärische Mission in den (vormals französischen) Tschad entsandte, dessen Öl über eine Pipeline durch die ehemalige französische Kolonie Kamerun zum Golf von Guinea geführt wird.

Nach dem Überfall Georgiens auf Südossetien im August und dem massiven russischen

Gegenangriff distanzierte sich die EU deutlich von der Position der USA und versuchte durch ihre Vermittlungstätigkeit ihr Verhältnis zu ihrem derzeit wichtigsten Gaslieferanten Russland zu stabilisieren. Das zentrale Interesse der großen Mächte liegt jedoch nicht am West-, sondern am Ostufer des Kaspischen Meeres, in Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan, wo riesige Öl- und Gasvorräte lagern, die Gasreserven allein Turkmenistans gelten als die größten der Welt. Der kürzeste Weg für ihren Export führt über Afghanistan und Pakistan zum Arabischen Meer. Nach dem Rückzug und dem Kollaps der Sowjetunion begannen in den 90er Jahren Verhandlungen des US-Ölkonzerns UNOCAL als Verhandlungsführer mehrerer US-Firmen mit dem Taliban-Regime über den Bau einer Pipeline, wobei eine mögliche Route durch den Iran aus politischen Gründen zugunsten der Passage durch Pakistan verworfen wurde. Die von den Taliban geforderte Höhe der Gebühren ließ 1995 jedoch die Verhandlungen scheitern.

Laut einem Bericht der BBC hatten die USA bereits im Juli 2001 beschlossen, im Oktober Afghanistan anzugreifen. Aus dieser Perspektive muss der 11. September 2001 wie ein Geschenk des Himmels erscheinen: George W. Bush erklärte den „Krieg gegen den Terror“ und leitete die *Operation Enduring Freedom* ein. Dabei stützten sich die USA auf die Resolution 1368 des UN-Sicherheitsrats vom 12. September, in der der Terroranschlag als Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit bezeichnet und das Recht auf Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta unterstrichen worden war. Der NATO-Rat beschloss, den Anschlag als Angriffsfall auf ein Mitglied des Bündnisses nach Artikel 5 des NATO-Vertrags zu werten. *Operation Enduring Freedom* (kurz: OEF) ist jedoch nicht vom Sicherheitsrat beschlossen, auch war und ist diese Operation keine NATO-Operation, sondern wird geführt von einer Koalition der Willigen. Sie galt zunächst als Anti-Terror-Aktion mit dem Hauptziel, Bin Laden in Afghanistan

zu fassen. Signale der Taliban, ihn unter bestimmten Bedingungen an die USA auszuliefern, blieben unbeantwortet.

Das Operationsgebiet von OEF beschränkt sich keineswegs nur auf Afghanistan (und erst jüngst Pakistan), sondern umfasst auch das Horn von Afrika und die Straße von Hormuz jenen Seeweg, durch den rd. die Hälfte des weltweiten Öltransports verläuft. OEF, an der sich am Horn von Afrika auch Deutschland beteiligt, ist also sehr viel älter als das Piraterie-Problem vor der Küste Somalias. Das gerade beginnende militärische Engagement der USA im Jemen dient der Sicherung der Straße von Hormuz, verstärkt die US-Präsenz im Indischen Ozean und könnte als Aufmarschgebiet gegen den Iran genutzt werden.

### Desaster des Kriegsverlaufs

Afghanistan aber bleibt aufgrund seiner geostrategischen Lage im Zentrum der geo- und energiepolitischen Interessen, eben nicht nur der USA sondern auch Europas, Russlands, Chinas und Indiens. Dies dürfte der Grund sein, weshalb Obama schon in seinem Wahlkampf zwar einen (relativen) Rückzug aus Irak ankündigte, den Krieg in Afghanistan jedoch fortzusetzen versprach. Sein Verlauf kann nur als Desaster angesehen werden: Seit 2002 steigt die Zahl der eingesetzten westlichen Truppen kontinuierlich. Gleichzeitig steigt die Zahl der Getöteten (auf beiden Seiten) und die Zahl der Anschläge. Allein die ISAF (*International Stabilisation and Assistance Force*), wie ihr Name sagt zumindest offiziell als Stabilisierungs- und Aufbautruppe konzipiert, erhöhte ihre Truppenstärke von rd. 5000 Soldaten in 2003, als das Kommando von der NATO übernommen wurde, auf mittlerweile fast 65 000. Und die soeben abgehaltene Afghanistan-Konferenz hat eine weitere Truppenverstärkung beschlossen.

Die jüngsten Angriffe im Zentrum Kabuls (18. Januar 2010) machen deutlich, dass „die

www.marxistische-blaetter.de



#### Einzelheft:

112 Seiten, 8,50 €

Jahresabo: 45,00 €

Ermäßigt: 30,00 €

*Ältere Hefte  
schicken wir  
gerne auch  
kostenlos zu*

## Wohin treibt Europa?

Europäisiert sich die Bourgeoisie? **Beate Landefeld** | Nur Anlass für Freude in Brüssel und in Berlin? – Zum Ausgang des Ringens um die EU-Vertragsreform **Andreas Wehr** | Weiter so? **Leo Mayer** | Linker Umgang mit dem Vertrag von Lissabon **Diether Dehm & Gregor Schirmer** | Zum Charakter der EU und wie führen wir den Kampf gegen sie **Renate Münder** | Reform, Revolution – die EU, die EL und die DKP **Patrik Köbele** | Die EU nach dem Lissabon-Vertrag – Zu einigen Diskussionsfragen **Georg Polikeit** | Wie friedensfähig ist der Kapitalismus? Referat beim 16. Kasseler Friedensratsschlag, 5. und 6.12.2009 **Conrad Schuhler** | EDS-Streik – Software-Ingenieure als Barrikadenbauer **Heinz-Jürgen Krug**

#### Bestellung bei Neue Impulse Versand

Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen

Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

Taliban“ (die UN zählen rd. 2.200 aufständische Gruppen) mittlerweile in der Lage sind, verheerende Aktionen bis ins Zentrum der afghanisch - internationalen Exekutive zu tragen. Die heute Taliban genannten Aufständischen sind größtenteils selbst Produkt der gegen die Sowjetunion gerichteten *counter-insurgency*-Politik der USA und Saudi-Arabiens in den 80er Jahren. Auch in Afghanistan wurde eine Politik des *regime change* betrieben, indem der Westen auf der Petersberg-Konferenz eine Vielzahl von Kriegsherren, Kriegsverbrechern und Kriminellen zu seinen Bündnispartnern machte, die aus tribialen oder kriminellen Gründen die Taliban-Herrschaft bekämpften. Damit wurde nicht nur der Ethnisierung des Konflikts Vorschub geleistet, damit wurden auch die Hoffnungen der afghanischen Gesellschaft auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zunichte gemacht. Geradezu zwingend wurden Pfründe und Ämterschacher zur Grundlage des von außen installierten Systems.<sup>5</sup> Was als *state building* in einem zerfallenden Staat deklariert worden war, geriet zur Vernichtung von Staatlichkeit und deren Auflösung in einer Ökonomie der Korruption und des Plünderns. Die Unmöglichkeit einer Regierungsbildung nach den mehr als dubiosen Präsidentenwahlen ist nur die Oberfläche des katastrophalen Scheiterns der westlichen Politik.

Mittlerweile wurde der Krieg nach Pakistan getragen, ein Land, dessen herrschende Kräfte seit jeher korrupt aber prowestlich sind, dessen Massen in extremer Armut leben, dessen Geheimdienst gewissermaßen die Infrastruktur für die Unterstützung der islamistischen Mujaheddin im Kampf gegen die Sowjetunion war und zumindest in Teilen (vor allem in Kaschmir) immer noch ist. Pakistan hat sich, genau wie Indien, unter Duldung des Westens Atomwaffen zugelegt. In zunehmendem Maße bombardieren die USA

mittels unbemannter Drohnen vermutete Aufständische auf pakistanischem Territorium, töten Zivilisten und machen also auch dieses Land zum Kriegsgebiet. All dies trägt zur Radikalisierung der verarmten muslimischen Massen bei.

Selbst das der NATO nahe stehende Londoner *International Institut for Strategic Studies* (IISS) bleibt in einer Ende Dezember 2009 erschienen Studie mehr als skeptisch, ob die massive Aufstockung der Truppen und die Ausweitung der Kriegsführung die versprochenen Erfolge bringen wird:<sup>6</sup> Zwar wird auch dort der massive Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte gefordert, doch angesichts der herrschenden Korruption, der von Stammesführern und z. T. von früheren Kriegsherren geleiteten Einheiten könnte solche Politik zu einer noch stärkeren Fragmentierung der afghanischen Gesellschaft führen. Diese Probleme seien keineswegs gelöst. Zwar müsse vor allem der zivile Wiederaufbau vorangehen, doch angesichts der mangelnden Legitimität der Karzai-Regierung und ihrer schlechten Regierungsführung sei von dieser Regierung wohl kaum etwas zu erwarten. Eine weitere Forderung der IISS-Experten ist die Integration von Taliban-Kämpfern in den neu zu schaffenden Sicherheitsapparat. Der Erfolg dieser Maßnahme sei jedoch nicht nur eine Frage der Finanzierung, sondern auch der Ideologie: „*Der Ruf der Taliban, die Ausländer aus dem Land zu treiben, ist sehr wirkungsvoll*“. Daher rechnet auch das IISS mit weiterem Zufluss von Kämpfern aus den Stammesgebieten in Pakistan während das Problem, das den Westen nach Afghanistan führte noch immer nicht gelöst sei: Bin Laden und Zawahiri werden noch immer in Pakistan vermutet. Ob die massive Aufstockung der Truppen eine Lösung bringen kann, beurteilt selbst das IISS skeptisch.

5 S. dazu den geradezu niederschmetternden Bericht der New York Times vom 1. Januar 2009 *Bribes Corrode Afghans' Trust in Government*.

6 <http://www.iiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-15-2009/volume-15-issue-10/obamas-war-in-afghanistan/>

## Erstarken der Aufständischen, mangelnde Legitimation und Korruption, Ausweitung des Krieges

Gegenüber dieser keineswegs unkritischen Bilanz, die sich jedoch an positive Strohhalme zu klammern versucht, sieht die Wirklichkeit wesentlich düsterer aus:

- Die Kampftätigkeit der Aufständischen (so inzwischen die US-Sprachregelung) und die von ihnen kontrollierten Gebiete wachsen ständig.
- Die Autorität der voll vom Westen abhängigen Regierung und ihrer bis in die letzten Winkel korrupten Verwaltung ist mehr als prekär.
- Ethnisierung und Tribalisierung der afghanischen Gesellschaft schreiten fort und werden durch die Politik der Regierung, die Loyalität gegen Pfründe zu tauschen versucht, noch befördert, so dass der angestrebte Prozess des *state building* ins Gegenteil verkehrt wird. Überdeutlich wird dies, wenn man bedenkt, dass die Krieg führenden Mächte (vor allem USA und EU) ihrerseits im Postengeschacher in Kabul jeweils ihnen genehme Minister zu platzieren versuchen (FAZ 18. 10. 2010).
- Vor allem die Ausweitung des Krieges auf pakistanisches Gebiet birgt die Gefahr einer Internationalisierung des Konflikts mit unabsehbaren Risiken, denn nicht nur die Destabilisierung Pakistans steht zur Debatte, die problematische Balance zwischen Indien und Pakistan könnte zerbrechen und zu einer regionalen Konflagration zwischen zwei nuklear gerüsteten Staaten werden.
- Die Transnationalisierung des Krieges birgt die Gefahr eines Sprengsatzes, der die gesamte Region des Greater

Middle East und darüber hinaus erfassen könnte: In einer weiteren soeben erschienen Studie sieht das IISS Pakistan als das „Epizentrum des globalen Jihadismus“,<sup>7</sup> und den pakistanischen ISI als dessen Förderer (und Saudi-Arabien als dessen Geldgeber) in Kaschmir wie auch in Bangladesh. Für die ganze Region gilt: „Die Wahrscheinlichkeit eines hohen Niveaus extremistischer Gewalt bleibt auch 2010 hoch“.

- Die Konfliktrichtigkeit geht über die Region weit hinaus, sind doch nicht nur die „klassischen“ Großmächte mit ihren divergierenden Interessen involviert, sondern auch die an internationalem Gewicht gewinnende Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit.

Dass die deutsche Regierung noch immer am Militäreinsatz festhält und diesen immer weiter ausdehnt, ist wohl weniger dem Willen zur Lösung des Konflikts geschuldet als der alten Denken entstammenden Überlegung, dass nur der, der mit schießt, auch mit reden darf, wenn es um die Sicherung von Interessen an einem vor allem wegen der Energieversorgung zentralen Ort geht. Die bittere Lektion könnte nicht nur sein, dass auch Deutschland in einen gefährlichen Sumpf gezogen wird, sondern dass endlich zu lernen sein wird, dass Militär kein Mittel zur Gestaltung von Politik mehr ist. ■

☞ Dr. phil. Werner Ruf, bis 2003 Professor an der Universität Kassel, ist Politikologe und Friedensforscher.

<sup>7</sup> <http://www.iiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-16-2010/january/rising-extremism-in-south-asia/> [29-01-10].

## Zur erneuten Strategie in Afghanistan

von Ute Finckh

Mit der Befristung des militärischen Einsatzes in Afghanistan wird die langfristige zivile Zusammenarbeit wichtiger – diese stattdessen mit militärischen Erfordernissen zu verknüpfen, ist jedoch ein Irrweg. Die Hilfsorganisation CARE und sieben weitere NGO's haben dies auf die Formel: „Quick Impact, Quick Collapse“ gebracht<sup>1</sup>. Sie warnen davor, dass die Militarisierung der Entwicklungshilfe die Bevölkerung in Gefahr bringe und fordern eindringlich dazu auf, den militärischen Hilfsansatz zu überdenken und eine langfristige Hilfsstrategie zu entwickeln, die den Bedürfnissen der afghanischen Bevölkerung entspricht. Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen, venro, hat sich im letzten Herbst ganz ähnlich geäußert und zusätzlich auf die Gefährdung der zivilen Helferinnen und Helfer hingewiesen<sup>2</sup>.

Auch das Konzept der vernetzten Sicherheit läuft auf eine Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit hinaus und wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu Recht kritisiert. Eine These lautet, dass mit Prinzipien „gespielt“ wird.<sup>3</sup> Dort, wo in Afghanistan Fortschritte etwa in den Bereichen Gesundheit und Bildung erzielt wurden, war die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinden und Regierungsstellen und mit zivilen Experten der entscheidende Erfolgsfaktor. Die Hinwendung des Militärs in eigener Logik auf Entwicklungsprojekte mit schneller Wirkung ist nach Beobachtung der humanitären Organisationen oft ineffizient, verschwenderisch und gefährlich für die Bevölkerung.

Die Formel von der vernetzten Sicherheit führt außerdem dazu, dass es in Deutschland kaum Diskussionen um das Wieso, Weshalb, Warum des Afghanistan-Einsatzes gibt. Was gut klingt und nach einem ganzheitlichen Konzept aussieht, kann ja nicht verkehrt sein.

Eine ehrliche Auseinandersetzung um das Wozu des ganzen Unternehmens entspräche unserem eigenen Anspruch demokratischer Verfahrensweisen – stattdessen wird in einer Art unzulässiger Selbstsicherheit westlicher Ordnungsmacht immer noch um die Frage des Wie und Was diskutiert, anstatt die ganze „Unternehmenskultur“ auf den Prüfstand zu stellen.

In den letzten Jahren haben sich Punkte herausgebildet, in denen sich alle ernstzunehmenden Bewertungen der Situation in Afghanistan einig sind<sup>4</sup>:

- Die Sicherheitslage hat sich seit 2003 zunächst langsam, in den letzten beiden Jahren deutlich verschlechtert.
- Die Verschlechterung der Sicherheitslage hängt entscheidend damit zusammen, dass es einerseits im Rahmen des fort-dauernden Anti-Terror-Kampfes immer wieder zu Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung kommt, andererseits in vielen Regionen bisher von Wiederaufbau nichts zu spüren ist und die Akteure vor Ort zum Teil völlig verschiedene Strategien verfolgen.

1 CARE et al. (2010) „Quick Impact, Quick Collapse“, <http://www.care.de/pressemitteilung-einzelmeldung+M57b0bc99521.html>, 26.1.10)

2 [http://www.venro.de/fileadmin/Presse-Downloads/2009/November\\_2009/091112\\_VENRO\\_Afghanistan-Positionspapier\\_Vorschau.pdf](http://www.venro.de/fileadmin/Presse-Downloads/2009/November_2009/091112_VENRO_Afghanistan-Positionspapier_Vorschau.pdf)

3 Róisín Shannon (2009) „Playing with Principles in an era of securitized aid“ in: Progress in Development Studies, Vol. 9, No. 1

4 Vgl. Stellungnahmen von: sämtlichen im Bundestag vertretene Parteien, Bundesausschuss Friedensratschlag, Informationsstelle Militarisierung, Kooperation für den Frieden; EZ-ExpertInnen wie Herbert Sahlmann und EZ-Dachverbände, insbesondere venro; PolitikwissenschaftlerInnen, wie dem Pakistan-Experten Jochen Hippler von der Stiftung Entwicklung und Frieden oder von diversen ExpertInnen der Stiftung Wissenschaft und Politik



- Es gibt eine enge Verbindung zwischen militanten islamistischen Aufstandsbewegungen in Pakistan und den Taliban in Afghanistan.
- Die USA und die europäischen NATO-Staaten verfolgen unterschiedliche Ziele und wenden unterschiedliche Strategien an, um diese Ziele zu erreichen.
- Auch die unterschiedlichen Interessen und Einflussnahmen von Indien, China, Russland, Iran und den zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken müssen für den Wiederaufbauprozess berücksichtigt werden.
- Der „Staatsaufbau“ in Afghanistan hat bisher, wenn überhaupt, nur marginale Ergebnisse erzielt. Begrenzte Erfolge sind am ehesten in den Bereichen Infrastruktur (Wasserversorgung, Straßenbau), Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung der Städte (insbesondere, aber nicht nur Kabul), Bildung, Gesundheitsversorgung und Minenräumung zu verzeichnen.

Von dieser Situationsbeschreibung ausgehend bestehen gravierende Differenzen in die richtige Handlungsweise in der Zukunft.

Anlässlich der internationalen Afghanistankonferenz haben die Bundesregierung und die teilnehmenden Regierungen nun ihre neue „Afghanistanstrategie“ verkündet. Doch ist dies wirklich eine „echte Chance“ für Afghanistan, wie der Verteidigungsminister meint, oder nur ein Versuch, den innenpolitischen Druck zu reduzieren? Zur besseren Einschätzung der Erfolgchancen lohnt sich ein Blick in



Foto: www.photocase.de, © Blackfish

die Archive. Da findet sich dann z.B. folgender Forderungskatalog zu Afghanistan:

- a) Herbeiführung eines dauerhaften Friedens, Beendigung der ausländischen Intervention und Förderung des innerafghanischen Dialogs, insbesondere durch Unterstützung der zentralen Rolle der Vereinten Nationen;
- b) Förderung von Stabilität und Entwicklung in der gesamten Region durch Herstellung des Friedens;
- c) Förderung der Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Frauen und Kinder;
- d) Bereitstellung wirksamer humanitärer Hilfe, einschließlich der Schaffung eines Umfelds frei von Diskriminierung, in dem internationale Organisationen und NRO wirkungsvoll tätig werden können, sowie von Maßnahmen, mit denen im Rahmen der internationalen Koordinierung der Hilfe sichergestellt wird, dass diese im Einklang mit den internationalen humanitären Grundsätzen und einer unpartei-

ischen Bedarfsevaluierung unter Berücksichtigung des empfängerorientierten Konzepts geleistet wird;

- e) verstärkter Kampf gegen unerlaubte Drogen und Terrorismus;
- f) Unterstützung für friedensschaffende Maßnahmen und — sobald eine dauerhafte Friedensregelung erreicht ist — den Wiederaufbau des Landes nach Jahren des Bürgerkrieges;
- g) Unterstützung der Programme internationaler Organisationen und NRO für afghanische Flüchtlinge in Nachbarländern.

Klingt eigentlich ganz vernünftig, oder? Stammt auch aus einer sehr honorigen Quelle: Dem Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Und trägt einen Vertrauen erweckenden Titel: Gemeinsamer Standpunkt des Rates zu Afghanistan. Das Problem ist das Datum der Erklärung: 22.1.2001<sup>5</sup>. Und die Tatsache, dass es der EU damals ganz offensichtlich an Strategien und Instrumenten zur Umsetzung ihrer Forderungen mangelte.

Neun Jahre später erscheint es wenig realistisch, dass die EU eine kurzfristige „Beendigung der ausländischen Intervention“ fordert. Es ist offensichtlich sehr viel schwieriger, die eigenen Regierungen zur Beendigung einer Intervention aufzufordern, als irgendwelche Regierungen im mittleren Osten. Und allen Verkündungen zum Trotz gibt es auch nach der Konferenz keine Afghanistan-Strategie, die diesen Namen verdient, weder auf EU- noch auf NATO-Ebene. Stattdessen wird einseitig auf die Ausbildung (und Bewaffnung!) der afghanischen Sicherheitskräfte gesetzt und eine damit verbundene Umstrukturierung der Bundeswehreinheiten besonders im Raum Kundus.

Nicht bedacht wird, dass Wiederaufbau-, Entwicklungs- oder Bildungsprojekte bei negativer Projekt-Evaluation einfach beendet werden können. Die Konsequenzen sind in der Regel überschaubar. In Bezug auf Militär und Polizei, die ja den Kernbereich staatlicher Gewalt darstellen, stellen sich jedoch in einem Bürgerkriegsland wie Afghanistan sehr grundsätzliche Fragen: Was passiert, wenn die mit ausländischen Geldern ausgerüsteten, ausgebildeten und bezahlten Soldaten oder Polizisten sich für innerstaatliche Machtkämpfe instrumentalisiert lassen, gravierende Menschenrechtsverletzungen dulden oder sogar selber begehen, oder wenn Einzelne oder gar ganze Einheiten unter Mitnahme ihres Wissens und ihrer Waffen zu illegalen Milizen wechseln?

Es muss Schluss sein mit „best case“-Annahmen, die ohne weitere Analyse davon ausgehen, dass der Aufbau von Militär und Polizeikräften zum dem Ziel beiträgt, dass „die Regierung Sicherheit und Stabilität aus eigener Kraft gewährleisten kann“ (ganz abgesehen davon, dass „Sicherheit und Stabilität“ noch nichts darüber aussagen, ob die Regierung demokratisch oder autoritär herrscht). Aus den Einwänden der vor Ort tätigen deutschen und internationalen NGOs und ihrer afghanischen Partner gegen die in Afghanistan praktizierten Formen der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Konzept der „vernetzten Sicherheit“ müssen endlich Konsequenzen gezogen werden.

Wir befinden uns in einer paradoxen Situation: Obwohl Umfragen zufolge die Mehrzahl der BundesbürgerInnen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan ablehnt, lassen sich nur wenige Menschen dafür mobilisieren, sich an Protestaktionen zu beteiligen. Nach meiner Einschätzung liegt das daran, dass es den Befürwortern des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan immer wieder gelingt, die Debatte von der eigentlichen Frage – was bewirkt dieser Einsatz, welchen Schaden richtet er an? – abzulenken.

<sup>5</sup> <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2001:021:0001:0004:DE:PDF>

So drücken sich Partei- und Fraktionsführung von SPD und Bgo/Die Grünen nach wie vor erfolgreich um die Frage, was der Bundeswehreininsatz in Afghanistan bisher bewirkt hat, mit dem Hinweis, dass sowohl die Beteiligung an OEF als auch an ISAF völkerrechtlich legitimiert sei. Als ob das irgendetwas miteinander zu tun hätte.

Ein weiteres beliebtes Ausweichmanöver ist es, sich auf die hehren Ziele des Afghanistan-Einsatzes zu berufen. „Die Frage nach der Absicht erspart das Fragen nach der Machbarkeit, das ehrenvolle Ziel den Nachweis der erfolgreichen Umsetzung. Wenn ich etwas Gutes will, kann das doch nicht schlecht sein - auf diesem intellektuellen Niveau wird in Deutschland über militärpolitische Fragen debattiert und über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan entschieden.“ schrieb Eric Chauvistré in der taz vom 21.1.2010.

Und wenn dann immer noch nach der Machbarkeit gefragt wird, verweist man auf etwaige zivile Fortschritte und verdoppelt schnell noch einmal die Entwicklungshilfe. Gerade letzteres offenbart jedoch auf den zweiten Blick die vier entscheidenden Mängel der Intervention in Afghanistan. Erstens sind die Ausgaben für humanitäre Hilfe, Entwicklung und Aufbau (rechts-)staatlicher Strukturen immer noch wesentlich geringer als die für den militärischen Einsatz. Zweitens geht es offensichtlich nicht darum mit dem Militär die wirtschaftliche, soziale und demokratische Entwicklung „abzusichern“, sondern umgekehrt mit der Entwicklungshilfe den fehlenden militärischen Erfolg zu kaufen. Das führt drittens dazu, dass der Großteil der Entwicklungshilfe an den ruhigen Regionen vorbeifließt: Der gewaltsame Aufstand wird so zusätzlich belohnt und eine Ökonomie des Krieges entsteht, die korrespondierend mit der Eskalationsspirale angeheizt wird. Auch die groß angelegte Integrationskampagne für Talibankämpfer liefert der lokalen Bevölkerung ironischerweise erst mal Anreize, zum (Ex-)Taliban zu werden, um

Niels Annen, Ute Finckh, Tim Rohardt  
und Burkhard Zimmermann (Hrsg.)

## „Zeit für Frieden“

Sozialdemokratische Beiträge  
zur Friedens- und Sicherheitspolitik

Die SPD-Linken leisten mit dem Sammelband einen Beitrag zur friedens- und sicherheitspolitischen Debatte. Die Artikel reichen von der wachsenden Bedeutung des Klimawandels als Konfliktursache über die Bedrohung durch Kleinwaffen bis hin zu Gefahren der Privatisierung von Armeen und militärischen Maßnahmen. Ferner diskutiert das Buch den politischen Einfluss des „Sicherheits“-Gedankens. In der Afghanistan-Debatte ist die gesamte Bandbreite der SPD-Positionen vertreten. Alle AutorInnen halten einen sofortigen Abzug aller ausländischen Militärkräfte für eine verkürzte Forderung. Letztlich komme es darauf an, wie eine demokratische und friedliche Entwicklungsperspektive für die Menschen in Afghanistan erreicht werden könne.

**Weitere Informationen und Bestellung:**  
[www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de)

die Integrationsmittel erhalten zu können. Und dies liegt viertens daran, dass - wie 2001 - Bundesregierung und EU immer noch keine Instrumente haben, um Frieden, Staatsaufbau und menschliche Sicherheit in Krisenregionen wirklich fördern zu können.

Die Erfahrungen aus dem Zivilen Friedensdienst oder die im Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ beschriebenen Maßnahmen lassen bisher allenfalls erahnen, was noch benötigt wird, um die hehren Ziele tatsächlich umzusetzen.

Dabei gibt es durchaus Ansatzpunkte für einen echten Strategiewechsel. Die WHO lässt derzeit in Kooperation mit den Taliban in allen Regionen Afghanistan gegen Kinderlähmung impfen, was ein ermutigendes Beispiel für eine zivile Hilfe für die Menschen Afghanistans ist, die sich nicht an Interessen externer Konfliktparteien, sondern an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert.

Demokratie kann viele Gesichter und Formen haben. Auf Ebene der kommunalen Strukturen Afghanistans kann fündig werden, wer einen Blick über die eigenen Vorstellungen hinaus wagt. Das Prinzip der Jirga ist eine Variante und schon zu Beginn der ganzen Unternehmung für externe Interessen instrumentalisiert worden. Aber es wird auch von denen genutzt, die sich innerhalb Afghanistans für den Frieden einsetzen: In einer gemeinsamen Erklärung der „Kooperation für den Frieden“ mit der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans vom Sommer 2008 heißt es, dass die Anwesenheit ausländischer Truppen gegen den Willen eines oder mehrerer Konfliktbeteiligter für einen Friedensprozess grundsätzlich nicht förderlich, sondern hinderlich ist<sup>6</sup>. Im speziellen Fall Afghanistans ist die Tatsache, dass verschiedene ausländische Truppen mit

verschiedenen Mandaten und sich widersprechenden Zielen im Land aktiv sind, Hauptursache der sich drastisch verschlechternden Sicherheitslage. Andererseits kann der plötzliche Wegfall eines starken Akteurs in einer Bürgerkriegssituation (was die ausländischen Truppen in Afghanistan insgesamt gesehen sind) die Gewalteskalation weiter beschleunigen. Daher ist ein kontrollierter Abzug der ausländischen Truppen, beginnend mit einer sofortigen Beendigung aller Aktivitäten, die mit militärischen Mitteln Terrorismus oder Drogenanbau und -handel zu bekämpfen versuchen, die Voraussetzung für Fortschritte im Friedensprozess und im Wiederaufbau des Landes.

Der Aufbau funktionierender kommunaler Strukturen muss zentraler Bestandteil der zivilen Wiederaufbauhilfe werden. Und die drei ineinander verflochtenen Bestandteile eines Friedensprozesses, Reduzierung von Gewalt, Not und Unfreiheit, müssen gleichberechtigt berücksichtigt und in konkrete Projekte umgesetzt werden. Wir sollten ausgehend von den vier Grundprinzipien: Moralische Stärke des Westens, Gewaltverzicht, Koexistenz und Kooperation und Gemeinsame Sicherheit durch Dialog ein in sich konsistentes Vorgehen skizzieren. Es ist Zeit dafür, den Frieden zu machen – im Fokus auf das Wie mit militärischen Mitteln wird das nicht gelingen. ■

6 <http://www.koop-frieden.de/dokumente/KoFrie-Jirga.pdf>, eingesehen am 2.4.2009

☞ Dr. Ute Finckh ist Mathematikerin und Vorsitzende des Bundes für soziale Verteidigung. Sie ist Mitherausgeberin des Sammelbandes „Zeit für Frieden, Sozialdemokratische Beiträge zur Friedens- und Sicherheitspolitik“. Mit der Frage: „Wie weiter in Afghanistan?“ hat sie mit ihrem Beitrag eine Bilanz des deutschen Afghanistan-Engagements gezogen.

## Die Mehrheit für den Afghanistan-Einsatz hat die Elite nicht erst gestern verspielt.

Interview mit Lars Klingbeil

**spw:** Was wollen wir wirklich in Afghanistan? Und haben wir dafür überhaupt die Mittel, den Willen und vielleicht auch das Recht?

» **L.K.:** Von Afghanistan dürfen nie wieder terroristische Anschläge ausgehen. Falls die Taliban die Macht zurückerlangen und der Bürgerkrieg zurückkehrt, ist das denkbar. Dies zu verhindern, kann nur gelingen, wenn wir die Afghanen in die Lage versetzen, ihr Land nach 30 Jahren des Krieges selbst zu führen. Deswegen sind wir dort.

Es geht jetzt darum, die Verantwortung zeitnah an die Afghanen zu übergeben und mit zivilen Anstrengungen das Land langfristig wieder aufzubauen. Mit der Verantwortung die wir übernommen haben gilt es, vernünftig umzugehen.

Die Vereinten Nationen haben uns damit beauftragt und das afghanische Volk hat uns darum gebeten. Dass der Willen in der deutschen Bevölkerung für den militärischen Einsatz schwindet, ist aufgrund der Ereignisse in jüngster Vergangenheit nicht verwunderlich. Der Fehler liegt jedoch nicht im Einsatz an sich, sondern in der Art und Weise wie die Politik in den letzten Jahren mit dem Einsatz umgegangen ist.

**spw:** In der Regierungsphase der SPD hat eine offene und sachliche Debatte über Sinn, Motive und Zweck des Einsatzes innerparteilich nicht stattgefunden. Entlang welcher Eckpfeiler muss eine politische Neubewertung verlaufen?

» **L.K.:** Die zivilen Anstrengungen müssen im Vordergrund stehen, wir brau-



↳ Lars Klingbeil ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages

Foto: Büro Lars Klingbeil

chen ein Konzept, dass an den afghanischen Bedürfnissen ausgerichtet ist. Dies zu erreichen ist elementar für mich. Verbindliche Ziele für den Einsatz und die Evaluierung von Zwischenschritten gehören für mich ebenso zu einer Neubewertung. Ziel muss es sein, den progressiven Kräften in Afghanistan jenseits westlicher Standards eine Entwicklung nach ihren Vorstellungen zu ermöglichen. In Deutschland brauchen wir auf Basis einer Bilanz des bisherigen Einsatzes eine offene und sachliche Debatte unter Berücksichtigung des gesamten Meinungsspektrums. Die Politik muss das zulassen, ermöglichen und die Gesamtstrategie benennen. Dann wird sie auch eine gesellschaftliche Mehrheit vom Engagement in Afghanistan überzeugen können.

**spw:** In Deutschland wird immer wieder betont, dass sich die Situation im Norden von der im Süden unterscheiden würde. Auch wird die Aufteilung in (schlechtes) OEF- und (gutes) ISAF-Mandat gerade durch die SPD hervorgehoben. Inwieweit entsprechen diese beiden Aufteilungen den Realitäten? Dienen sie einer ehrlichen Debatte über Sinn, Zweck aber auch Risiko des Einsatzes?

» **L.K.:** Afghanistan ist ein sehr heterogenes Land. Zu bewaffneten Konflikten mit den Taliban kommt es vor allem in den

Gegenden des Südens und Ostens, in denen Paschtunen leben.

Im Norden gibt es so genannte „Paschtun pockets“, so zum Beispiel in Kundus, wo die Bundeswehr stationiert ist und wo von einer ruhigen Lage nicht mehr gesprochen werden kann. Generell bin ich der Meinung, dass wir eine Strategie für ganz Afghanistan haben müssen, die sich an der Unterschiedlichkeit der Regionen orientiert. In Teilen des Landes können wir schon dieses Jahr die Verantwortung an die Afghanen übergeben, in anderen Landesteilen brauchen wir eine erhöhte militärische Präsenz und verstärkte Anstrengungen im zivilen Bereich. Ich halte es für richtig, dass deutsche Soldaten nur noch unter dem ISAF-Mandat eingesetzt werden und die Terroristenjagd unter OEF nicht fortgesetzt wird. Dort wo es zu Gewalt kommt, können auch im Rahmen des ISAF-Mandats militärische Mittel angewandt werden.

**spw:** Klar ist, dass der Erfolg in Afghanistan davon abhängt, inwieweit der örtlichen Bevölkerung Sicherheit geboten werden kann. Dafür könnte es nötig sein, dass dafür mehr Truppen und damit eine Truppenaufstockung der Bundeswehr erforderlich sind. Wie steht Du dazu?

» **L.K.:** Ich bin der Meinung, wir fixieren uns in Deutschland zu sehr auf die Zahl der Soldaten. Am Anfang muss doch die Frage stehen: Welche Ziele wollen wir erreichen? Daraus leiten sich Instrumente, Maßnahmen und Truppenaufstockungen ab. Wenn es ein sinnvolles Mandat gibt, dass eine politische Gesamtstrategie umfasst, sollte es an dieser Stelle keine generelle Ablehnung der SPD geben.

**spw:** Der bisherige Kenntnisstand in Sachen Luftschlag von Kundus scheint recht klar: Eine unmittelbare Bedrohung durch die im Sandbett feststeckenden Tanklaste bestand nicht. Dennoch wurde ein US-Luftangriff angefor-

dert, durch den schließlich bis zu 142 Menschen getötet worden sind. Worum geht es der SPD im Kundus-Untersuchungsausschuss?

» **L.K.:** Es geht vor allem darum das hohe Gut der Parlamentsarmee zu stärken. Es kann nicht sein, dass der Öffentlichkeit wochenlang die Wahrheit vorenthalten wird. Trotz des Transparenzversprechens von Merkel und zu Guttenberg ist von Offenheit in dieser Sache derzeit nichts zu spüren. Nur wenn klar ist, dass das Parlament jederzeit bestmöglich informiert ist, können wir unsere Soldaten in Auslandseinsätze schicken.

**spw:** Politik und Armee betonen immer stets, dass über den Einsatz der Bundeswehr der Bundestag entscheidet. Ist die politische Steuerung angesichts des streitkräftegemeinsamen Ansatzes des Afghanistan-Einsatzes überhaupt noch möglich? Wie ist es um die Parlamentsarmee bestellt?

» **L.K.:** Der Bundestag stattet die Bundeswehr mit einem Mandat für Auslandseinsätze im Rahmen der Vereinten Nationen aus. Dieses Mandat wird dann „übersetzt“ in die Rules of Engagement des Militärs. Diese dürfen das Mandat des Parlaments nicht überschreiten. Da greift die politische Steuerung. Wie man aber an der „Kundus-Affäre“ sehen konnte, scheint die Rückkopplung vom Einsatz ins Parlament nicht einwandfrei zu funktionieren. Die Idee der Parlamentsarmee funktioniert nur, wenn es keine Strategiewechsel in Afghanistan gibt, die am Bundestag vorbeilaufen.

**spw:** Die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum Einsatz in Afghanistan sinkt immer weiter und ist gespeist aus einer kritischen Haltung gegenüber Militäreinsätzen sowie aus Desinteresse und Enttäuschung über die geringen Erfolge bei der Stabilisierung und beim Wiederaufbau. Die Politik hat versäumt, die Bevölkerung in eine ehrliche Debatte über Sinn und Ziele einzubinden. Außen-



politische Debatten beschränken sich auf eine kleine Community. Wie ist für Außen- und Verteidigungspolitiker mit diesem Widerspruch umzugehen?

» **L.K.:** Ich sehe keinen Widerspruch, aber fehlenden Mut in der Politik. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, die Diskussionen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Mir fallen da drei Beispiele ein.

1. Die Neujahrespredigt von Frau Käßmann. Anstatt reflexartig „drauf zu hauen“, hätte ich mir gewünscht, dass viele meiner Kollegen sich mit den Argumenten von Frau Käßmann auseinandergesetzt hätten.
2. Die SPD hat ihre eigene Afghanistan-Konferenz veranstaltet. Hier wurden viele verschiedene Meinungen zum Afghanistan-Einsatz gehört, die jetzt in einer breiten Diskussion in der Partei und somit in der Gesellschaft münden.
3. Unabhängig von der Art der Veranstaltung die ich im Wahlkreis besuche, ist es offensichtlich, dass die Menschen diskutieren wollen. Wir müssen ihnen nur die Gelegenheit bieten und dürfen uns nicht wegdrücken.

**spw:** Zusammen mit Niels Annen schriebst Du in der WELT, dass der Fehler bei der politischen Elite läge, da sie keine gesellschaftlichen Mehrheiten für das deutsche Engagement in Afghanistan schaffen könne. Was würdest Du ändern?

» **L.K.:** Ich glaube, die gesellschaftliche Mehrheit für den Afghanistan-Einsatz hat die politische Elite nicht erst gestern verspielt. Das war ein langwieriger Prozess, in dem man sich von den Bürgern abgeschottet hat. Ohne die Neujahrespredigt von Frau Käßmann und die Vorfälle in Kundus würde auch heute öffentlich kaum diskutiert. Die SPD ist

mit der Öffnung ihrer Diskussion einen richtigen Schritt gegangen. Dies muss nun auch ernsthaft in die Meinungsbildung der Partei einfließen. Generell würde ich mir wünschen, dass die Partei die Außen- und Sicherheitspolitik prominenter behandelt als das heute der Fall ist. Immerhin sind wir eine Partei mit internationaler Tradition. Was Afghanistan angeht: Wir brauchen jetzt den Mut, das Thema auf der öffentlichen Tagesordnung zu halten.

**spw:** Der Verfassungsrichter Dieter Deisenroth hat jüngst auf verfassungsrechtliche Grenzen für die „Verteidigung der Sicherheit am Hindukusch“ hingewiesen. Wie sieht Deine rechtspolitische Bewertung des Einsatzes aus und gibt es hierzu Debatten in der Bundstagsfraktion?

» **L.K.:** Ich bin kein Jurist und kann daher nur eine politische Bewertung vornehmen. Die SPD-Fraktion hat im Dezember gegen die Fortsetzung des völkerrechtlich bedenklichen OEF-Mandats gestimmt. Der ISAF-Einsatz hingegen ist durch ein UN-Mandat gedeckt und damit für mich rechtlich unproblematisch.

Minister zu Guttenberg spricht ja schon seit einiger Zeit davon, dass wir eine Neubewertung des Einsatzes brauchen und ihn auf eine andere rechtliche Grundlage stellen sollten.

Ich kann verstehen, dass viele Menschen die semantischen Auseinandersetzungen der Politik nicht verstehen. Auch ich empfinde die Situation in Teilen des Landes als Krieg. Fakt ist aber auch, dass zu Guttenberg sich fragen lassen muss, wie er im Dezember dem Bundestag ein Mandat vorlegen und dann einige Tage später von fehlender Rechtssicherheit sprechen kann. Das passt nicht zusammen. ■

☞ Das Interview führten Kai Burmeister und Franz Danner.

## Kinderspiel Kapitalismus: Schuleignungstest

von Gesa Rünker

„Ganzheitliche Bildung – die ist wichtig – das Kind als Persönlichkeit wahrzunehmen und zu fördern, das fordere ich von allen, die heute ausbilden.“ Es ist klar, dass dieser Vater den Brustton der Überzeugung nicht mehr zu erlernen braucht, es versteht sich von selbst, dass fast alle übrigen Eltern in der Runde beifällig nicken. Wir sitzen im Flur einer Grundschule und wohnen einmal mehr den Premieren unserer Kinder bei, denn jedes ist zum ersten Mal mit einer Lehrerin hinter einer Klassentür verschwunden. Schuleignungstest, nach der Vorschuluntersuchung noch eine Gelegenheit, unseren Nachwuchs in Augenschein nehmen zu lassen.

„Unser Sohn ist zweisprachig“, sagt nun eine Mutter, „ich spreche russisch mit ihm, mein Mann deutsch; und lesen kann er auch schon, ich übe mit ihm, leider nur zwei Stunden täglich, abends nach dem Kindergarten, er wird einfach zu schnell müde.“ „Das wäre ich an seiner Stelle dann allerdings auch“, wage ich einzuwenden, erhalte aber von der Mutter unverzüglich den Bescheid, dass ein früher Start nötig sei, um im Bildungssystem bald Tempo aufzunehmen: „Ich möchte schon gern, dass er schnell fertig ist mit der Schule.“

„Er fängt doch grad erst an“, will ich antworten, da sagt bereits eine andere Mutter, die offensichtlich das Pendant zum ganzheitlichen Vater bildet: „Mir wären zwei Dinge wichtig: Vollwerternährung am Mittag und das Fach Französisch ab Klasse 3 – das fördert das Denken.“

„Bei allem Verständnis“, hören wir von der anderen Seite des Flurs her, „dieses Kind ist einfach zu laut. Da kann sich ja keiner konzentrieren, ist immerhin eine wichtige Prüfung.“ Anlass der Äußerung ist die mitgebrachte etwa

dreijährige Schwester eines Einschulkandidaten, die sich erlaubt hat, früh durchzustarten und über den Flur zu rennen. Ihre Mutter holt und beruhigt sie, um dann zu äußern: „Also meine Kinder kommen mittags nach Hause. Ich fördere sie am besten selbst, sie haben am Nachmittag Klavierunterricht und Sport. Ich würde sowieso zu wenig verdienen. Es würde sich für uns nicht lohnen, wenn ich arbeiten gehe.“

„Das ist doch alles Luxusgerede“, sagt ein Vater, der bisher geschwiegen hat. „Wir leben von Hartz IV. Klavierunterricht, Sport, Vollwerternährung – das können wir uns gar nicht leisten.“

„Mal gucken“, weiß ich es besser, „die Regierung muss doch jetzt nachbessern. Die Würde des Menschen muss neu berechnet werden, schreibt die TAZ!“

„Ach!“ Der Vater will meinen Optimismus nicht teilen und sagt: „Regierungspolitiker betonen jetzt schon, dass Neuberechnung nicht unbedingt mehr Geld bedeutet. Es geht um Einzelfallprüfung. WIR müssen wieder beweisen, dass wir bedürftig sind!!!“

„Aber die Richter haben betont, dass kulturelle Beteiligung wichtiger genommen werden soll als bisher, auch Mitgliedschaft in Vereinen und Ähnliches. Das gibt sicher mehr Geld für Kinder!“

„Ja, das wollen wir hoffen“, sagt der Vater etwas müde.

Unser Sohn kommt aus der Klasse, der Test hat ihm Spaß gemacht. Wir gehen nach Hause, vorher beim Bäcker vorbei, Brot und Kuchen, 10,80 Euro, es schmeckt.

Bitterer Nachgeschmack: Hartz IV war ursprünglich rot-grün. ■

➞ Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

# Die Obama-Pläne zur Bankenregulierung

von Arne Heise

Mehrere Jahre hinweg betrieben amerikanische Banken ein höchst gefährliches Spiel: Angetrieben durch enormen Gewinnerwartungsdruck und Managementvergütungssysteme, die kurzfristige Geschäftsentwicklung, nicht aber langfristige Performanz belohnten, ließen sie jegliche Vorsicht bei der Finanzierung von Immobilienkäufen fahren und ermöglichten so genannte „Ponzi-Finanzierungen“<sup>1</sup>, die irgendwann zusammenbrechen müssen: Sie finanzierten Kreditgeschäfte, die weder die substantielle Rückzahlung und noch nicht einmal die Zinszahlungen der Schuldner im so genannten Subprime-Segment in Aussicht stellten, sondern reinweg auf die Wertsteigerung des als Sicherung angebotenen Vermögensgegenstandes – die Immobilie – setzte. Eine solche Finanzierung geht gut, solange die Wertsteigerung anhält, und geht in die Hose, sobald die Immobilienpreise fallen – was ab 2007 massiv geschah.

Die Risiken, die in einer solchen Finanzierung steckten, konnten gar nicht richtig eingeschätzt werden. Dennoch wurden sie, indem die Kreditgeschäfte verbrieft und mit einem Gütesiegel von Rating-Agenturen als unbedenklich versehen waren, zu völlig unangemessener Risikoprämierung erfolgreich und profitabel vor allem an so genannte „Special Investment Vehicles“ (von der Bankenregulierung nicht betroffene Schattenbanken) weiterverkauft und über die internationalen Finanzmärkte global verteilt. Als sich mit dem Verfall der Immobilienpreise die Uneinbringlichkeit vieler dieser Forderungen und damit die Wertlosigkeit der Wertpapiere zeigten, war es auch schon zu spät. Zahlreiche Finanzintermediäre gerieten deshalb zunächst in Solvenzprobleme, etwas später – mit der Schwierigkeit der kurzfristigen Refinanzierung

– in höchste und akute Liquiditätsprobleme<sup>2</sup>: Hätten nicht die Regierungen weltweit zunächst die Einlagen der Banken garantiert und dann auch noch in historisch einmaliger Weise über Bankenrettungsprogramme und direkte Bankenverstaatlichungen mutig und beherzt eingegriffen, dann wären die internationalen Finanzmärkte unweigerlich zusammengebrochen.

Vor diesem Hintergrund wird nun die Regulierung der Banken und der Finanzmärkte intensiv diskutiert: Spekulationen sollen reduziert, profitables Investment aber nicht gefährdet werden. Stabilität, Erwartungssicherheit und Vertrauen in die Finanzorganisationen und –märkte soll wiederhergestellt werden, gleichzeitig aber auch das „moralische Risiko“ der Banker, im Zweifelsfall auf staatliche Hilfe rechnen zu können (Bail out), minimiert werden. Die Palette an Maßnahmen – von der Finanzmarkttransaktionssteuer bis zur Verstaatlichung der Banken – ist lang. US-Präsident Barack Obama hat sich nun, nachdem sein wichtigstes Politikprojekt – die Gesundheitsreform – erst einmal gescheitert ist, ein weiteres Mal mit dem äußerst populären Thema der Bankenregulierung befasst.

Kern der Vorstellungen Obamas ist die Rückkehr zur Teilung des Bankensektors in Geschäftsbanken einerseits und Investmentbanken andererseits. Diese Trennung galt in den USA seit dem Glass-Steagall Act von 1933 bis zur legalen Abschaffung 1999 durch Bill Clinton – aber bereits vorher hatten sich Geschäftsbanken an Investmentbanken beteiligt und somit die intendierte Risikotrennung aufgehoben. Geschäftsbanken führen das gewöhn-

1 Der Begriff „Ponzi-Finanzierung“ geht auf den Keynesianer Hyman P. Minsky zurück, der lange vor den Finanzkrisen der letzten beiden Jahrzehnte auf die immanente Instabilität des Kapitalismus verwiesen hatte.

2 Solvenzprobleme verweisen auf die langfristigen Rentabilitätsprobleme eines Geschäftsmodells, Liquiditätsprobleme hingegen beschreiben die Schwierigkeit, kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen mithilfe von liquiden Mitteln nachzukommen – unabhängig von der langfristigen Profitabilität eines Geschäftsmodells.

liche Geschäft der Fristentransformation von kurzfristigen Kundeneinlagen in längerfristige Geschäftskredite durch, Investmentbanken hingegen beteiligen sich durch Kapitalbeschaffung am Finanzmarkt am – teilweise hoch spekulativen – Geschäft mit dem Handel von Vermögenswerten und Finanzderivaten und organisieren die in der Vergangenheit höchst einträglichen Unternehmensübernahmen. Mit der Trennung der beiden Bankentypen sollten – nach dem Desaster der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre – die gewöhnlichen Einleger („der kleine Mann“) geschützt und die Sicherung der Einlagen durch einen privaten Einlagensicherungsfonds ermöglicht werden.

Der bereits als Glass-Steagall-II Act bezeichnete Vorschlag soll aber nicht nur die Geschäftsbereiche der Banken trennen und den als risikoreich angesehenen Eigenhandel mit Derivaten und den Betrieb von Hedge- und Private Equity Fonds lediglich den nicht als systemrelevant angesehenen Investmentbank überlassen, sondern auch die Größe der Geschäftsbanken

anhand noch nicht genau geklärter Kriterien (z.B. der Bilanzsumme) beschränken. Und schließlich soll den 50 größten Banken eine Sonderabgabe von 0,15 Prozent der jeweiligen Bilanzsumme abgefordert werden, um somit die Kosten der Bankenrettungsprogramme – die auf mindestens 120 Mrd. Dollar geschätzt werden – den Verursachern der Finanzkrise („we want our money back“) anzulasten.

Es wird nun reichlich darüber spekuliert, ob diese Pläne zur Bankenregulierung tatsächlich Ziel führend sind oder nur den Popularitätsverlust Obamas aufhalten sollen. Es scheint klar zu sein, dass keine der Maßnahmen die aktuelle Finanzmarktkrise verhindert hätte, denn es waren in diesem Falle eben nicht die Geschäfte der Investmentbanken, die Krisen auslösend wirkten, sondern das traditionelle Immobiliengeschäft. Immerhin könnte zukünftig, wenn die beiden Bankentypen klar voneinander getrennt verbleiben, Spekulationsblasen und –Krisen, die im Bereich von Finanzaktiva auftreten (z.B. Aktien oder Derivate), auf den Investmentbankenbereich begrenzt werden. Dann mag ein staatliches „Bail out“ zur Verhinderung eines Zusammenbruchs des gesamten Finanzsystems unnötig werden. Wenn aber das eigentliche Problem in den spekulativen Geschäften der Investmentbanken gesehen und deshalb das Überschwappen auf die sicheren und „konservativen“ Geschäftsbanken verhindert werden soll, wird deren kryptisch intendierte Größenbeschränkung nicht klar. Es geht darum, keine einzelne Bank mehr als systemrelevant in die Position zu bringen, die Regierung erpressen zu können. Aber es scheint nicht die Größe per se zu sein, die Systemrelevanz ausmacht, sondern der mit einer Bankenpleite verbundene Vertrauensverlust in der spezifischen historischen Situation: Die Lehman-Brother-Pleite zeigte, dass auch relativ kleine Banken einen so massiven Vertrauensverlust bewirken können, dass die Stabilität des Systems gefährdet ist. ■

## WIDERSPRUCH

Beiträge zu  
sozialistischer Politik

57

### Staat und Krise

Finanzmarktkrise, Staatsinterventionismus,  
Green New Deal; Staaten in Afrika;  
Geschlechtergerechtigkeit; Staatsleitbilder und  
marktiliberaler Diskurs; Finanz- und Steuerpolitik;  
Kritische Arbeitssoziologie; Post-Neoliberalismus;  
Deglobalisierung – Strategie von unten;  
Arbeitnehmer/innenrechte in Europa

E. Altvater, H. Melber, B. Sauer, H.-J. Bieling,  
D. Lampart, W. Vontobel, J. Wissel, K. Dörre,  
U. Brand, H. Schäppi, P. Rechsteiner

### Diskussion

M. Vester: Wirtschaftlicher Pfadwechsel  
P. Oehlke: Soziale Demokratie und Verfassungspolitik  
C. v. Werlhof: Post-patriarchale Zivilisation  
W. Völker: André Gorz' radikales Vernächtnis

208 Seiten, € 16.– (Abo. € 27.–)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8031 Zürich  
Tel./Fax 0041 44 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

# Kein Mist: Eine schlagkräftige Opposition ist notwendig

von Gesine Agena und Ralf Höschele

## Nirgends keine Unterschiede mehr?

Wahlanalysen zeigen, dass derzeit immer weniger Menschen Unterschiede zwischen den Parteien erkennen können. Dazu hat neben der Politik der großen Koalition sicherlich auch der letzte Bundestagswahlkampf beigetragen. Er war bestimmt von langweiligen Diskussionen, null Polarisierung und Angst davor, aus der Reihe zu fallen. Die Aufgabe der Opposition muss es nun sein, den Menschen eine solidarische und ökologische Alternative anzubieten.

Entgegen vieler Kommentare gibt es in der bundesdeutschen Gesellschaft noch immer relativ stabile politische Lager. Die neue Mitte existiert nur in den Köpfen weniger PolitikerInnen, denn – auch das haben die Wahlanalysen gezeigt – immer noch fühlen sich die meisten Menschen einem politischen Lager zugehörig.<sup>1</sup>

Auch programmatisch haben wir es im Parteiensystem – trotz fünf Fraktionen im Bundestag – mit zwei großen politischen Lagern zu tun, die sich in ihrem Gesellschafts- und Staatsbild sowie den von ihnen repräsentierten Milieus deutlich unterscheiden. Daran ändert auch Merkmals Modernisierungskurs für die CDU nur wenig.

## Opposition und Regierung in der Findungsphase

Mit der Bundestagswahl 2009 hat das linke Lager seine parlamentarische Mehrheit verloren: Zum ersten Mal seit 1998 besteht nicht einmal rechnerisch die Möglichkeit einer lin-

ken Koalition. Noch versucht die SPD ihre Rolle in der Opposition zu finden, sucht ihren Kurs zwischen Konfrontation und Kontinuität zur eigenen Regierungspolitik. Kraftvoll ist die SPD in der Opposition noch nicht aufgetreten und noch wirkt die Opposition im Bundestag insgesamt recht unkoordiniert.

Die Orientierungslosigkeit der Opposition fällt bisher nicht oft auf, denn auch die Regierung ist derzeit noch in ihrer Findungsphase. Ihr Außenbild ist vor allem von Streitigkeiten zwischen und innerhalb der Koalitionsparteien geprägt. Und noch hat die Koalition nicht angefangen, ihr Programm umzusetzen, sondern hat die meisten Entscheidungen auf die Zeit nach der Landtagswahl in NRW vertagt.

## Schwarz-gelbes Programm: Der neoliberale Umbau ist angekündigt

Die bisherigen Auseinandersetzungen um das Wachstumsbeschleunigungsgesetz oder die Gesundheitspolitik geben aber einen ersten Vorgeschmack. Nach der NRW-Wahl stehen einerseits die nächsten Steuersenkungen an, andererseits wird die Bundesregierung dann auch über Maßnahmen zur Reduzierung der Rekord-Neuverschuldung entscheiden müssen. Roland Kochs Hetze gegen Arbeitslose deutet bereits jetzt an, in welche Richtung es voraussichtlich gehen wird. Während Umweltminister Röttgen den Atomkonzernen schon die Laufzeitverlängerung anbietet und damit den erneuerbaren Energien und dem Klimawandel alle Wege verbaut, zockt die FDP weitere Steuergeschenke für Besserverdiener und Unternehmer durch.

Auch die Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb steht synonym für die fehlgeleitete Politik der Koalition. Statt den Staat handlungs-

<sup>1</sup> vgl. dazu den Beitrag von Daniel Gardemin und Heiko Geiling in der spw 174.

Foto: www.photocase.de, © coresince&



fähig zu halten, werden Steuern gesenkt. Statt Vermögende stärker zu besteuern, werden die sozialen Sicherungssysteme abgebaut. Schwarz-Gelb strebt einen grundlegenden Umbau, einen Abbau des Staates an.

## Schwarz-Gelb braucht eine Opposition

Die Folge dieser Politik: Massive Verteilungskämpfe mit Sozialkürzungen und weiteren Steuergeschenken für einige Wenige. Spätestens dann sollte die Opposition in und außerhalb der Parlamente in der Lage sein, sich in einer breiten Protestbewegung zu koordinieren. Alle drei Oppositionsparteien sollten dann ihr inhaltliches Profil soweit geschärft haben, dass die Unterschiede zu den Regierungsparteien deutlich werden und sie sich als klare Alternative zu Schwarz-Gelb positionieren. Auch wenn es in der Opposition anscheinend keine Koalitionen geben soll, muss doch eine Koordinierung erfolgen. Sonst werden wir in vier Jahren vor einem abgewirtschafteten Staat stehen, der finanziell und institutionell so schwach sein wird, dass er notwendige Leistungen und Angebote im Bereich Bildung, Soziales, Sicherheit oder Infrastruktur nicht mehr erbringen kann und wesentliche Bereiche privatisiert sind.

## Linke Politik ist mehrheitsfähig

Laut einer Umfrage von Infratest Dimap erwarten 59 Prozent der WählerInnen von der Politik, dass sie sich mehr für Solidarität statt

für Leistung einsetzen solle. Für die meisten politischen Forderungen der „linken“ Parteien wie Mindestlohn, Atomausstieg oder Bürgerversicherung gibt es in der Gesellschaft klare Mehrheiten.

Das traditionell als „links“ bezeichnete Lager eint – bei allen Differenzen zwischen den drei ihm zugeordneten Parteien – eine Gerechtigkeitsvorstellung, die auf Solidarität, Umverteilung von oben nach unten und Chancengleichheit für alle Menschen beruht.

Gerade deshalb muss das Ziel in der nächsten Zeit sein, ein handlungsfähiges politisches Lager jenseits von CDU/CSU und FDP sein zu schaffen.

## Opposition muss mehr als Regierung im Wartestand zu sein

Doch warum hört man so wenig von einem gemeinsamen linken Bündnis gegen die Regierung? Grüne und SPD haben ein gemeinsames Problem: Sie haben sich noch nicht damit abgefunden, nicht mehr in der Regierung zu sitzen.

Dabei ist jetzt die Zeit gekommen, in der man zusammen ein linkes Gegenbild zur Regierung entwerfen muss. In allen drei Parteien gibt es starke Kräfte, für eine fortschrittliche Politik parlamentarische Mehrheiten zu nutzen.

Die Aufgabe von SPD und Grünen ist es, die gemeinsame Oppositionsarbeit mit der Linken zu gestalten. Eigentlich sollte das nicht so schwierig sein angesichts der schwarz-gelben Bauchlandung und Uneinigkeit. Doch in beiden Parteien herrscht Uneinigkeit darüber, wie man mit der Linken umgehen soll. Rot-Grün-Rot 2013? Davor schrecken Realos, Seeheimer und Netzwerker zurück. Die fortlaufend von Politikern des Seeheimer Kreises angestrebte Absage an eine rot-rote Zusammenarbeit fallen genauso darunter wie Überlegungen in



der Grünen Partei zu schwarz-grünen Koalitionen oder die Fundamentalopposition in den dogmatische Kreisen der Partei Die Linke.

In allen drei Oppositionsparteien stehen in den nächsten Jahren programmatische und personelle Erneuerungsprozesse an:

- Nach ihrem dramatisch schlechten Wahlergebnis muss die SPD vor allem die vergangenen Regierungsjahre aufarbeiten und einige – vor allem sozial- und wirtschaftspolitische – Entscheidungen korrigieren, um der Entfremdung von ihren wichtigsten Wählermilieus entgegenzuwirken.
- Nach dem angekündigten Rückzug von Oskar Lafontaine wurden die Probleme der Partei Die Linke offensichtlich: Der programmatische und strategische Kurs ist in der Partei noch immer völlig ungeklärt. Will sie weiterhin auf Fundamentalopposition setzen und sich jeglicher Verantwortung für eine linke und progressive Politik entziehen oder wird sie 2013 bereit sein, zusammen mit SPD und Grünen die schwarz-gelbe Koalition abzulösen?
- Bei Bündnis 90 / Die Grünen steht schließlich in den nächsten Jahren ein Generationswechsel an – der erste größere Generationswechsel in der Parteigeschichte. Mit diesem Wechsel wird sich auch zeigen, in welche Richtung die Partei mittelfristig geht: Eine weitere Öffnung für konservative Wählermilieus durch eine „Verbürgerlichung“ oder bleiben die Grünen eine linke/alternative Partei, die für eine fortschrittliche solidarische Reformpolitik und soziale Gerechtigkeit steht?

Es sind die inhaltliche wie personelle Erneuerung, der Mut, auch mal unbequeme Dinge zu sagen und die konstruktive Zusammenarbeit, die dazu führen würden, dass wir am Ende sagen könnten „Opposition ist nicht

Mist“ und vielleicht sogar eine Machtoption gegen Schwarz-Gelb haben könnten.

### **Crossover als Wegbereiter zukünftiger Koalitionen...**

Eine linke Koalition muss programmatisch vorbereitet werden. Dazu gibt es derzeit zahlreiche Initiativen: (Jüngere) Bundestagsabgeordnete treffen sich in Berliner Gesprächskreisen und veröffentlichen Aufrufe, andere gründen Institute und Vereine, um programmatische Debatten zu führen und - vielleicht auch - Berührungspunkte abzubauen.

Doch es reicht nicht aus, sich in kleineren Gesprächskreisen im Bundestag und seinem Umfeld auf zukünftige gemeinsame Regierungszeiten vorzubereiten. Der derzeitigen konservativen Bundesregierung muss eine wirkungsmächtige Opposition entgegengesetzt werden – im Parlament und im außerparlamentarischen Bereich.

### **... und außerparlamentarische Opposition gegen Schwarz-Gelb**

Für außerparlamentarische Bündnisse sind die Bedingungen gut. Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen gehen wieder wesentlich offener mit SPD und Grünen um. Mancher rot-grüner Regierungskompromiss erscheint nun vor dem Hintergrund aktueller schwarz-gelber Politik wieder attraktiver. Wir haben jetzt die Aufgabe, die vier Jahre Opposition zu nutzen, um in der Gesellschaft unsere Vorstellungen von einer solidarischen und ökologischen Welt ohne Atomkraft, ohne soziale Ungleichheit, mit gerechter Bildungspolitik zu verankern. Diese Vorstellungen wollen wir bis 2013 zusammen mit der außerparlamentarischen Opposition auf die Straßen tragen. ■

☞ Gesine Akena ist Sprecherin der Grünen Jugend und studiert an der Universität Potsdam Politikwissenschaft und Soziologie.

☞ Ralf Hörschle ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und arbeitet in Berlin für eine Bundestagsabgeordnete.

## Mehr Wirtschaftsdemokratie mittels Innovationsförderung?

von Kai Neuschäfer und Fritz Rettberg

Mit dem Godesberger Programm von 1959 wurde die SPD Volkspartei und versöhnte sich scheinbar mit dem Kapital. Jedoch blieb eine gehörige Portion Skepsis - zumindest gegenüber Großkonzernen. Diese Skepsis ist auch aus heutiger Sicht nicht unberechtigt. Wirtschaftliche Konzentrationsprozesse führen nicht nur zu einer bedenklichen Ballung wirtschaftlicher und somit auch politischer Macht, sondern bedrohen auch den freien Wettbewerb. Die Folge sind Monopolrenten und volkswirtschaftliche Wohlfahrtsverluste. Kleine innovative Unternehmen sind jedoch immer wieder in der Lage, große teilweise unbewegliche Konzerne herauszufordern. Daher gehört Innovationsförderung fest zum Instrumentarium staatlicher Wirtschaftspolitik. Aber ist Innovationsförderung in ihrer aktuellen Ausrichtung geeignet, zur Bekämpfung von Konzentrationsprozessen und somit zur Stärkung der Wirtschaftsdemokratie beizutragen?

Zur Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik der SPD gehörte im Wesentlichen die Anerkennung von privatem Eigentum an Produktionsmitteln. Eine „Versöhnung“ mit dem Großkapital war Godesberg hingegen nicht:

*„Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. [...] Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluss auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht. [...] Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik.“*

Bedenken gegenüber wirtschaftlichen Konzentrationsprozessen rührten demnach nicht in erster Linie daher, dass diese zu Monopolrenten führen und somit zu gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsverlusten. Vielmehr wurde die Ansammlung von wirtschaftlicher Macht als Gefahr für die Freiheit und Menschenwürde gesehen. Das 1989 beschlossene Berliner Programm griff dies unter dem Stichwort der Wirtschaftsdemokratie auf:

*„In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen.“*

Ein Mittel zur Durchsetzung von mehr Wirtschaftsdemokratie sieht das Berliner Programm in der Beschränkung der Marktmacht von Großkonzernen.

### Großkonzerne als Gefahr

Es ist nicht zweckmäßig, Großkonzerne per se als schädlich und demokratiegefährdend anzusehen. Konzernwachstum, sei es organisch oder durch Übernahmen und Fusionen, kann sowohl aus Unternehmenssicht geboten als auch volkswirtschaftlich effizient sein. Skaleneffekte, bspw. in Form von Größenvorteilen, können zu Effizienzgewinnen führen.

Unstrittig ist, dass eine zu starke Konzentration ein effizientes Marktergebnis gefährdet. Je stärker die Stellung eines Unternehmens

im Markt ist, desto größer ist der Spielraum Preise zu setzen, desto kleiner der Anreiz Innovationen zu tätigen. Doch auch eine Einflussnahme auf Politik und Medien kann sich als Problem erweisen. Konzernvertreter und Lobbyisten sind fester Bestandteil des politischen Geschehens, egal ob in Brüssel oder in Berlin. Sie schreiben nicht selten, mittelbar oder unmittelbar, an Gesetzestexten mit. Mächtige Konzerne können auch die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen. Die Drohung eines wichtigen Werbekunden nach unangenehmer Berichterstattung eines Mediums die Anzeigenzahl zu reduzieren, trägt gerade in der angespannten Lage bei Medienunternehmen Früchte. Zudem schaffen es in Schieflage geratene Konzerne regelmäßig erfolgreich, staatliche Hilfen einzufordern, mit der Drohung, dass deren Angestellte anderenfalls bei der Bundesagentur für Arbeit auf der „Gehaltsliste“ stehen würden. Kleine Unternehmen, in Summe mindestens ebenso bedeutend für die Volkswirtschaft, würden in diesem Fall eher ein müdes Lächeln ernten.

In der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft wird Konzentrationsprozessen und damit einhergehenden Beschränkungen der Wettbewerbsfreiheit mit kartellrechtlichen Bestimmungen begegnet. Auch wenn die noch immer nicht ausgestandene Finanzkrise zu schier unglaublichen staatlichen Eingriffen geführt hat, so tauchen die Begriffe Enteignung und Zerschlagung vielleicht noch in Programmentwürfen von westdeutschen Landesverbänden der Linkspartei auf. Als Instrument staatlicher Wettbewerbspolitik zur Bekämpfung von Monopolen taugen sie in der Regel weniger. Das Godesberger Programm hat auf diese Problematik unter anderem folgende Antwort:

*„Leistungsfähige mittlere und kleinere Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können.“*

Offen bleibt, in welcher Art und Weise dies geschehen soll.

Nichtsdestotrotz klingt auch diese Passage erstaunlich aktuell. Kommt doch kaum eine Festrede, die sich mit der Lage der heimischen Wirtschaft beschäftigt, ohne die Forderung nach stärkerer Unterstützung des Mittelstandes aus. Begründet wird dies mit der immensen Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen für die Volkswirtschaft. Zahlreiche Landesregierungen haben in diesem Zusammenhang die Innovationsförderung als Steckenpferd entdeckt und machen sich auf, den überragenden Vorsprung der beiden südlichsten Bundesländer, etwa im Punkto Patentanmeldungen, aufzuholen.

### **Innovation – Heilsbringer oder Modebegriff?**

Innovation ist in vielen Bereichen zu einem Modebegriff degeneriert und eine notwendige Differenzierung bleibt häufig aus. Dennoch ist unumstritten, dass insbesondere technologische Innovationen die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft gewährleisten. Klimawandel und zunehmende Ressourcenknappheit verlangen zudem nach technologischen Neuerungen, die zu energie- und rohstoffeffizienteren Produktionsmethoden führen. Innovationen treten in Form neuer Produkte, Dienstleistungen und Prozesse auf. Gleichzeitig sind aber auch organisatorische sowie soziale Innovationen möglich. Der Grad einer Innovation bewegt sich dabei in einem Feld zwischen radikal (Weltneuheit) und inkrementell (Weiterentwicklung von Bestehendem). Während Prozessinnovationen tendenziell zum Abbau von Beschäftigung führen, wird insbesondere radikalen Produktinnovationen die Erschließung neuer Märkte, die Schaffung von Beschäftigung und somit die Generierung eines gesellschaftlichen Mehrwerts zugeschrieben (vgl. Blechinger, D./Pfeiffer, F., 1999).

Die Fähigkeit von Unternehmen, kontinuierlich neue Produkte aber auch Prozesse und

Dr. Stephan Alexander Glienke

## Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ (1959-1962)

Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen



Welchen Einfluss hatten die Deutungsmuster des Kalten Krieges auf den vergangenheitspolitischen Diskurs in der Bundesrepublik? An einer kritischen Protestaktion untersucht der Autor exemplarisch die Auseinandersetzung um die Hypothek des „Dritten Reiches“ und tradierte autoritäre Einstellungen Anfang der 1960er Jahre. Am Beispiel der Geschichte der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ wird die generelle Tendenz der späten Adenauer-Zeit verfolgt, politische Meinungsäußerungen den vorgeblich objektiven realpolitischen Handlungszwängen des deutsch-deutschen Sonderkonflikts zu unterwerfen. Die Ansprüche einer offenen demokratischen Gesellschaft und das überkommene, obrigkeitsstaatlich geprägte Demokratieverständnis treffen aufeinander. Den Studenten gelingt es jedoch, einen öffentlichen Diskurs zur Deutungshoheit über die NS-Vergangenheit auszulösen, der einen nicht unerheblichen Beitrag leistet zur Ausbildung einer konfliktfähigen Diskurskultur. Diese Diskussion wird auch für den Faschismuskurs der Studentenbewegung der ausgehenden 1960er Jahre relevant. Die Studie verbindet Methoden der zeithistorischen Forschung, der Politik-, Medienwissenschaften und Jurisprudenz.

2008, 350 S., Broschiert, 59,- €

ISBN 978-3-8329-3803-1

Das Werk ist Teil der Reihe Nomos Universitätschriften – Geschichte, Band 20.

Dienstleistungen zu entwickeln, ist gerade mit Blick auf die fortschreitende Internationalisierung der Märkte von immenser Bedeutung. Denn Innovationen erklären bis zu 80 Prozent des Produktivitätswachstums entwickelter Volkswirtschaften, welches wiederum ca. 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begründet (vgl. Freeman, C., 1994). Somit übernehmen Innovationen und die Innovationsaktivitäten der Unternehmen eine Schlüsselrolle für den Aufbau und Erhalt der nationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie für anhaltende Prosperität.

Auf dieser Annahme beruht die staatliche Förderung von Innovationsaktivitäten. Dabei liegt der Fokus der Förderinstrumente, die bspw. Forschungsk Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen sollen, nicht selten auf KMU. Ihnen wird insbesondere hinsichtlich der Erschließung neuer Technologien eine große Bedeutung zugesprochen. Denn junge technologieorientierte Unternehmen besetzen in den frühen Phasen neu aufkommender Technologien vorhandene Marktnischen und öffnen neue Märkte (vgl. Dosi, G., 1982; Sahal, D., 1985). Etablierte Unternehmen hingegen vermeiden dies häufig aufgrund der damit verbundenen hohen Unsicherheit und des vergleichsweise hohen Risikos des Scheiterns (vgl. Jones-Evans, D./Klofsten, M., 1997).

## Große sind innovativer – wenn sie wollen

Der Zusammenhang zwischen der Größe und der Innovativität bzw. Innovationsfähigkeit von Unternehmen ist allerdings hoch umstritten. So stellte Schumpeter (1961) die Hypothese auf, dass große Unternehmen innovativer seien als kleine. Insbesondere die umfangreicheren und nachhaltigeren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die durch die Ausnutzung von Größenvorteilen möglich sind, schlugen sich in einem höheren Innovationsoutput nieder. In der Tat verfügen größere Unternehmen zum einen über eine höhere Anzahl von Forschungs- und Entwick-

lungsmitarbeiterInnen und zum anderen über ausreichende finanzielle Ressourcen, die es ihnen erlauben, höhere Entwicklungsrisiken einzugehen. Außerdem erhöhen die entsprechende Reputation und Marktposition etablierter Unternehmen die Wahrscheinlichkeit, auch solche Innovationen am Markt zu verwerfen, die nicht im ursprünglichen Zielspektrum des Entwicklungsprozesses lagen (vgl. Nelson, 1959). Durch die Möglichkeit, solche Zufallsinnovationen, die im eigentlichen Sinne des ursprünglichen Entwicklungszieles Misserfolge darstellen, dennoch zu kommerzialisieren, wird zumindest ein teilweiser Beitrag zur Deckung der Entwicklungskosten erzielt, was das Entwicklungsrisiko insgesamt mindert.

Die Forschung kommt allerdings hinsichtlich der Frage, ob große oder kleine Unternehmen die innovativeren sind, zu unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Ergebnissen. Vor dem Hintergrund der Ressourcenvorteile ließe sich aber die Frage stellen, warum kleine Unternehmen denn hinsichtlich ihrer Innovationskraft überhaupt gefördert werden sollten, wenn große Unternehmen doch in der Lage sind, auch ohne Unterstützung innovativ tätig zu werden.

### **Muss der Staat eingreifen?**

Die Antwort besteht in einer Gegenfrage: Würden die großen, etablierten Unternehmen auch dann bedeutende Teile ihrer Gewinne in risikobehaftete Neuentwicklungen investieren und radikale Innovationen hervorbringen, wenn kein Konkurrenzdruck durch innovative KMU existieren würde? Oder ist es nicht eher so, dass sie dazu tendieren, sich an die bereits bestehenden und im Markt etablierten Produkte sowie deren inkrementelle Weiterentwicklung zu binden (vgl. Wade, J., 1996)?

So kann durchaus angenommen werden, dass die Radikalität der getätigten Innovationen mit Unternehmensalter und -größe abnimmt und sich eine institutionelle Starre

einstellt (vgl. u.a. Zahra/Nielsen, 2002). Offensichtlich existieren in gereiften Organisationen Änderungshemmnisse, die einen stark bewahrenden Einfluss ausüben (vgl. Sykes, H. B./Block, Z., 1989), was dazu führt, dass sich ältere (und somit tendenziell größere) Unternehmen gerade mit radikalen Innovationen und gänzlich neuen Produktkonzepten schwer tun (vgl. Wade, J., 1996; Markides, C., 1998).

Obwohl etablierte Unternehmen also über die geeigneten Voraussetzungen für Innovationsaktivitäten verfügen, kann ihre Innovationsneigung (nicht -fähigkeit) entscheidend hinter derjenigen jüngerer Unternehmen zurückstehen. Diese Konstellation – zu geringe Gewinnanreize radikaler Innovationen bei gleichzeitig als zu hoch empfundenen Risiken für etablierte Unternehmen und Ressourcenrestriktionen bei KMU und jungen Unternehmen – weist auf ein Marktversagen und somit die Notwendigkeit des staatlichen Eingriffs hin.

### **Die Richtigen fördern – wenn das so einfach wäre...**

Auch wenn die Notwendigkeit einer staatlichen Innovationsförderung anerkannt wird, bleiben folgende Fragen: Führen die Maßnahmen tatsächlich zu der gewünschten Erhöhung der Innovationsaktivitäten? Und finden die Maßnahmen den Weg hin zum größten Bedarf, so dass die förderwürdigen Unternehmen erreicht werden? Neben dem allgemeinen Blick auf die Effizienz staatlichen Handelns stellt sich auch im Sinne einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik eine entscheidende Frage: Führen die Fördermaßnahmen zu einer Stärkung kleiner Unternehmen und leisten sie so einen Beitrag zur Wirtschaftsdemokratie?

Folgende Überlegungen lassen Zweifel aufkommen:

1. Ein Grundproblem der Politikgestaltung ist, dass Informationsdefizite bei den Entscheidungsträgern vorliegen, die reale

Wirkung der Förderung betreffend: Verhält sich das geförderte Unternehmen im gewünschten Sinn und erhöht seine Innovationsaktivität oder werden lediglich Mitnahmeeffekte generiert?

2. Auch aus dem wirtschaftsdemokratischen Blickwinkel bestehen Zweifel an der adäquaten Ausrichtung staatlicher Förderpolitik. So führt die Möglichkeit großer Unternehmen, Einfluss auszuüben dazu, dass Fördermittel nicht zwangsläufig einer zieladäquaten Verwendung zukommen, sondern tendenziell in ihrem Sinne eingesetzt werden. Sie können auch hier durch die Androhung von Abwanderung und/oder massivem Arbeitsplatzabbau eher Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen als kleine Unternehmen (vgl. Bingel, D., 1996, S. 24).
3. Schon das Bemühen um staatliche Hilfen erfordert einen, gerade für kleine und junge Unternehmen, nicht unerheblichen Ressourceneinsatz. Besteht an dieser Stelle also die Gefahr, dass die eigentlich förderwürdigen Unternehmen aufgrund ihrer Ressourcenschwäche tendenziell benachteiligt werden?

Für die These, dass die aktuelle Förderpolitik, trotz der in der Vergangenheit betriebenen Abkehr von der Förderung von Großprojekten und -unternehmen hin zur Steigerung der Innovationskompetenz von Klein-, Mittel- und Gründungsbetrieben, diese immer noch tendenziell benachteiligt, spricht die Beobachtung des *Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft* (2007). Diese besagt, dass sich der Zugang zu öffentlicher Förderung gerade für kleine und mittlere Betriebe aufgrund des hohen Such- und Beantragungsaufwands schwierig gestaltet, wogegen größere Unternehmen aufgrund ihrer Ressourcenstärke und Erfahrungen mit niedrigeren Barrieren konfrontiert sind.

Dies trifft nicht nur auf komplexe Kooperationsbeziehungen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu. Ein derartiger Effekt scheint allgemein für die Inanspruchnahme externer Beratungs- und Unterstützungsangebote zu gelten (vgl. u.a. Wren, C./Storey, D. J., 2002). Denn es ist davon auszugehen, dass auch beim Empfänger der Unterstützungsleistung ein nicht unerheblicher Einsatz von Ressourcen notwendig ist, um eine derartige Beziehung zu pflegen und deren innovationsfördernden Charakter zu entfalten (vgl. Muller, E./Zenker, A., 2001).

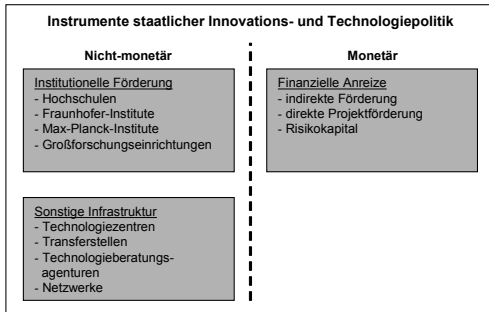
Bedarf also die Inanspruchnahme von Maßnahmen und Instrumenten der staatlichen Innovationsförderung einer bestimmten Mindestgröße der betrieblichen Organisation? Dann muss es die vornehmliche Aufgabe der Politikgestaltung sein, diese Größenschwelle herabzusetzen und den Zugang für die förderwürdigen innovativen KMU zu gewährleisten. Denn kommen vermehrt diejenigen Unternehmen in den Genuss von Fördermaßnahmen, die auch ohne staatliche Unterstützung in der Lage wären, Innovationsaktivitäten durchzuführen, so wäre dies förderteknisch ineffizient und im Hinblick auf die Wirtschaftsdemokratie kontraproduktiv.

## Heißt Innovationsförderung auch Förderung der Wirtschaftsdemokratie?

Wie ein derartiger Abbau von Zugangsbarrieren für KMU und Neugründungen aussehen kann, ist äußerst schwer zu beantworten. Dies ist insbesondere mit der Vielzahl an unterschiedlichen Instrumenten zu erklären, die der Innovationspolitik zur Verfügung stehen. So reicht das Portfolio von der Bereitstellung öffentlicher Hochschulen und Forschungseinrichtungen über den Aufbau sonstiger für den Transfer von Wissen und Technologien relevanter Infrastruktur bis hin zur Schaffung finanzieller Anreize zur Durchführung privater Innovationsaktivitäten (siehe Grafik). Will man sich nicht auf allgemeine Aussagen, wie die Forderung nach



Bürokratieabbau oder der Vereinfachung der Antragsverfahren beschränken, so müsste jedes Förderinstrument für sich detailliert betrachtet werden.



Quelle: eigene Darstellung

Welche Aussagen lassen sich aber vor dem Hintergrund unserer eingangs aufgeworfenen Fragestellung treffen? Existiert Zielkonformität hinsichtlich des Wunsches nach Förderung der Wirtschaftsdemokratie sowie der Innovationskraft der Volkswirtschaft? Die Vermutung, dass Großkonzerne zwar die Fähigkeit, jedoch eine verminderte Neigung zum Innovieren besitzen, unterstützt die Annahme. So wünschenswert die Förderung von kleinen Unternehmen aber auch ist, es muss gewährleistet sein, dass die Zielgruppe die angebotenen Maßnahmen auch in Anspruch nehmen kann. Zudem ist sicherzustellen, dass staatliche Förderung komplementäre private Anstrengungen hervorruft, also nicht zu Verdrängungseffekten führt.

Wird die Förderung von kleinen Unternehmen in Anspruch genommen, die in einer bestimmten Nische bereits Marktführer sind, führt dies vielleicht zu weiteren Innovationen, allerdings nicht zu mehr Wettbewerb. Daher sollte die Förderung nicht KMU im Allgemeinen, sondern insbesondere junge, technologieorientierte Unternehmen im Auge haben. Nur sie können mittels Einführung radikaler Produktionen Großkonzernen in bestimmten Segmenten ihre Position im Wettbewerb streitig machen. Die Vorstellung, dass sie durch gezielte Förderung in die Lage versetzt werden, Konzerne

in die Knie zu zwingen, ist jedoch überzogen. Da Konzerne meist in diversen Märkten und Branchen engagiert sind, wird in den seltensten Fällen ihre wirtschaftliche Macht in Gänze bedroht sein. So kann Innovationsförderung ein Beitrag sein, die im Berliner Programm proklamierte „Unternehmensvielfalt“ zu stärken. Ein Ersatz für ein funktionierendes Kartellrecht, eine effiziente Fusionskontrolle, den Ausbau der Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen sowie die Förderung nach demokratischer Investitionssteuerung zur Stärkung der Wirtschaftsdemokratie ist sie hingegen nicht. ■

☞ Dipl.-Volkswirt Kai Neuschäfer und Dipl.-Kaufmann Fritz Rettberg sind Doktoranden am Lehrstuhl für Innovations- und Gründungsmanagement an der Technischen Universität Dortmund. Kai Neuschäfer arbeitet in den Gebieten akademische Spin-offs und Familienunternehmen. Fritz Rettberg beschäftigt sich in der Forschung schwerpunktmäßig mit den Themen Technologietransfer, KMU und Innovationsförderung.

#### Verwendete Literatur

- Bingle, D. (1996): Neue politische Ökonomie des internationalen Subventionsabbaus. Berlin.
- Blechinger, D./Pfeiffer, F. (1999): Qualifikation, Beschäftigung und technischer Fortschritt: eine Analyse mit den Daten des Mannheimer Innovationspanels. In: Journal of Economics and Statistics 218, S. 128-146.
- Dosi, G. (1982): Technological paradigms and technological trajectories: A suggested interpretation of the determinants and directions of technological change. In: Research Policy, 11. Jg., Heft 3, S. 147-162.
- Freeman, C. (1994): Innovation and growth. In: Dodgson, M./Rothwell, R. (Hrsg.): The Handbook of Industrial Innovation. Cheltenham, S. 78-93.
- Jones-Evans, D./Klofsten, M. (1997): Universities and local economic development. In: European Planning Studies, 5. Jg., Heft 1, S. 77-93.
- Markides, C. (1998): Strategic innovation in established companies. In: Sloan Management Review, 39. Jg., Heft 3, S. 31-42.
- Muller, E./Zenker, A. (2001): Business services as actors of knowledge transformation: The role of KIBS in regional and national innovation systems. In: Research Policy, 30. Jg., Heft 9, S. 1501-1516.
- Nelson, R. R. (1959): The simple economics of basic scientific research. In: Journal of Political Economy, 67. Jg., Heft 3, S. 297-306.
- Sahal, D. (1985): Technology guideposts and innovation avenues. In: Research Policy, 14. Jg., Heft 2, S. 61-82.
- Schumpeter, J. A. (1961): Theory of Economic Development. New York.
- Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (2007) (Hrsg.): Innovationsfaktor Kooperation, Bericht des Stifterverbandes zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen. Essen, Berlin.
- Sykes, H. B./Block, Z. (1989): Corporate venture obstacles - Sources and solutions. In: Journal of Business Venturing, 4. Jg., Heft 3, S. 159-167.
- Wade, J. (1996): A community-level analysis of sources and rates of technological variation in the microprocessor market. In: Academy of Management Journal, 39. Jg., Heft 5, S. 1218-1244.
- Wren, C./Storey, D. J. (2002): Evaluating the effect of soft business support upon small firm performance. In: Oxford Economic Papers, 54. Jg., Heft 2, S. 334-365.
- Zahra, S. A./Nielsen, A. P. (2002): Sources of capabilities, integration and technology commercialization. In: Strategic Management Journal, 23. Jg., Heft 5, S. 377-398.

## Rezension: Akademische Freiheit im Wettbewerb?

Wie die Intention von Instrumenten die geplante Wirkung offenlegt

von Erkan Ertan

Spätestens seit Beginn des Bologna-Prozesses sind Hochschulen immer stärker den Kräften des Reformdrucks, des Marktes und des Wettbewerbs ausgesetzt. Zahlreiche Titel sind zu diesem Wandel in der – nicht nur deutschen – Hochschullandschaft bereits erschienen. Das Buch „Hochschulen im Wettbewerb“ eröffnet aber eine studentische Sichtweise auf die Entwicklungen in Lehre und Forschung, die angesichts massenhafter Protestbewegungen der vergangenen Monate nicht ausreichend betrachtet wurden.

Anja Neunhofer, Julian Zado und Joela Zeller betrachten als HerausgeberInnen mit insgesamt 18 AutorInnen die Umsetzung des Bologna-Prozesses, der Exzellenzinitiative und die Auswirkungen des Wettbewerbs aus der Innenperspektive und analysieren mit unterschiedlichsten Erfahrungen die bisherigen Reformen als Betroffene.

In dem Buch wird dargestellt, dass der Bologna-Prozess Veränderungen an deutschen Hochschulen angestoßen hat, dessen Umfang und Intensität einzigartig sind. Das europaweite Reformprojekt zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums habe nicht nur die Angleichung unter den einzelnen Mitgliedsstaaten zum Ziel. Mit den Erklärungen von Bologna und Lissabon würden Prozesse angestoßen, die den Wettbewerbsgedanken tief im Hochschulwesen verwurzeln und das Dagewesene in Frage stellen.

Der Verwertbarkeitsgedanke breite sich dabei seit der Jahrtausendwende auf jeden Bereich der Hochschule aus: Von neuen Managementstrukturen der Rektorate mit starken PräsidentInnen und Hochschulräten hin zur Exzellenzinitiative, die eine Elitenbildung innerhalb des deutschen Hochschulraums nach Vorbild

von Harvard etablieren solle. Leistung, Wettbewerb und Verwertbarkeit gewannen in der akademischen Landschaft deutlich an Wert hinzu.

Die Studienstrukturreform (Bachelor/Master) gehe in die gleiche Richtung. Es sei bei der Umsetzung der Reformen zu wenig Wert darauf gelegt worden, die Studieninhalte zu reformieren oder die soziale Dimension eines Studiums zu berücksichtigen. Die Fragen der Verkürzung der Studiendauer, der wirtschaftlichen Verwertbarkeit der neu geschaffenen Abschlüsse und die Erhöhung der Selektionsquote ständen im Vordergrund. Der dadurch entstandene Wettbewerb unter den Studierenden führe zu Egozentrierung, Konkurrenzdruck und weiterer Benachteiligung von bereits Benachteiligten. Der Begriff der Chancengleichheit habe sich somit aus dem Hochschulwesen verabschiedet.

Christian Haberecht analysiert in seinem Text das Verhältnis von Wettbewerb und Demokratie. Die Frage der Autonomie von Hochschulen spielt dabei eine zentrale Rolle. Während staatliche Kontrolle und Detailsteuerung von allen ideologischen Grundströmungen in der Vergangenheit kritisch diskutiert wurden – dass die politische Steuerung staatlicher Organe zumeist auch dilettantische und unsachgemäße Fehlentscheidungen fabriziert hat, ist hinreichend bekannt – ist die tatsächliche Bedeutung und Auswirkung dieses Begriffes noch immer vielen vorenthalten. Haberecht geht hier in die richtige Richtung, den Begriff in seine verschiedenen ideologischen Interpretationen aufzuteilen und so die eigentliche Intention von den autonomie-fordernden Akteuren offen zu legen. Autonomie sollte schließlich das Ziel jeder freiheitlichen und akademischen Landschaft sein, die so kreative und selbstbestimmte Forschung und Lehre erst ermöglicht.

Anja Neuendorf, Julian Zado, Joela Zeller (Hrsg.):

## Hochschulen im Wettbewerb

Innenansichten über die Herausforderungen des deutschen Hochschulsystems.



Verlag: Dietz 2009  
Seitenzahl: 233, €14,80  
ISBN: 9783801203986

Im Zusammenhang mit Wettbewerb darf aber Autonomie nicht einzig den marktwirtschaftlichen Verwertungsinteressen untergeordnet sein, wenn man nach Haberecht die akademische Freiheit erhalten möchte.

Während sich an der Frage der Exzellenzinitiative in der politischen Auseinandersetzung stets die Geister scheiden, gehen Anja Neuendorf wie auch Andreas Schmidt den undogmatischen Weg und überprüfen vorurteilsfrei die Vor- und Nachteile sowie die Ursachen dieser Entwicklung. Die Schwächen des Forschungsstandorts Deutschland werden dabei gnadenlos offengelegt, aber auch bestehende Vorurteile gerade mit Verweis auf private Forschungseinrichtungen wie beispielsweise die Max-Planck-Gesellschaft oder Fraunhofer Institute widerlegt.

Es bleibt fraglich, ob die These von Neuendorf wie Schmidt, die Exzellenzinitiative habe

den Forschungsstandort Deutschland belebt und Forschung und Lehre sowie Nachwuchsforschende zu einer neuen Qualität verhelfen, gerechtfertigt ist. Wie Neuendorf richtig abschließt, haben die Universitäten durch die Exzellenzinitiative beim hoch geachteten „Shanghai-Ranking“ keine Plätze gut machen können. Die LMU München hat trotz Exzellenz-Status in den letzten fünf Jahren sogar sieben Plätze verloren.

Die AutorInnen decken ebenfalls auf, dass das Allgemeinwohl und die Interessen der Studierenden bei dieser Bologna-Reform nicht immer das Ausschlaggebende gewesen zu sein scheint. Julian Zado macht deutlich, dass die Intention eines Instruments viel über seine geplante Wirkung verrät und beispielsweise Selektion und Auswahl bei den Reformen nicht Zufallsprodukt war, sondern politischem Willen entsprungen ist. Gerade die Frage nach dem Übergang vom Bachelor zum Master sowie Leistungsdruck und Studierbarkeit deckt Zado als zentrale Frage für den Wert des Bachelor auf. Zu wenig wird in der öffentlichen Debatte die freie Entfaltung von Studierenden im Rahmen einer Hochschulreform mitdiskutiert. Zado schafft es in seiner Argumentation für einen berechtigten Rechtsanspruch auf einen Master-Studiengang sowohl konservative wie progressive Argumente zu vereinen und so einen Weg aufzuführen, wie eine Aufwertung des Bachelor mit gleichzeitiger Entscheidungsfreiheit aller Studierender möglich sein kann.

„Hochschulen im Wettbewerb“ umfasst in sämtlichen Kapiteln einen wissenschaftlichen fundierten Überblick wie auch konkrete inhaltliche Schlussfolgerungen und Forderungen. An Kritik wird dabei ebenso wenig gespart, wie an Analysefähigkeit und Selbstreflexion. Der Sammelband erlaubt unterschiedlichsten inhaltlichen Positionen die Berechtigung, ohne den roten Faden eines progressiven Hochschulsystems aus den Augen zu verlieren. ■

⇒ Erkan Ertan (geb. 1983) lebt in Berlin. Er war AstA-Vorsitzender an der Uni Gießen und seit 2008 Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.

## Für ein sozialstaatliches Leistungsrecht statt Hartz IV! Diskussionspapier der IG-Metall

Anlässlich des „fünffährigen Jubiläums“ von Hartz IV und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen hat der Funktionsbereich Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall ein Diskussionspapier veröffentlicht. Die IG Metall befürchtet, dass „infolge der Krise die Zahl von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern wachsen und der Druck auf die Belegschaften zunehmen wird“. Hartz IV sei gescheitert. Dies dokumentierten u.a. die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit, wachsende prekäre Beschäftigungsverhältnisse, mangelnde Aufstiegsperspektiven und die Förderung der Armut durch die bisherigen Regelungen. Hartz IV sei „eine Zumutung für die Betroffenen und Türöffner für Lohndumping“, betont die Gewerkschaft. Die IG Metall fordert daher u.a. sozialversicherungspflichtig abgesicherte Maßnahmen in der Arbeitsförderung, eine bedarfsgerechte Leistungsberechnung mit einer Anhebung der Regelsätze auf 440 Euro, eine Anhebung des Schonbetrages auf 900 Euro pro Lebensjahr sowie Zumutbarkeitsregelungen, die vor Lohndumping schützen, statt dieses zu verstärken.

► **Download:** Das Papier kann unter [www.spw.de](http://www.spw.de) heruntergeladen werden.

## Mit Linksreformismus aus der Krise? Call for Papers der Berliner Debatte Initial

Die Zeitschrift Berliner Debatte Initial lädt mit einem Call for Papers unter dem Titel „Mit Linksreformismus aus der Krise?“ zu einer Diskussion über eine neue linke Reformpolitik ein. Im Herbst 2010 ist ein Workshop mit den Autorinnen und Autoren geplant, die ein Papier eingereicht haben. Der Call sowie weiterführende Informationen finden sich im Internet unter:

► [www.linksreformismus.de](http://www.linksreformismus.de).

## [www.spw.de](http://www.spw.de): Neu gestaltete Homepage online

Die Internetseite der spw hat ein neues Gesicht. Eine neues, der gedruckten Ausgabe nachempfundenen Design mit zusätzlichen Funktionen für LeserInnen und AbonnentInnen löst damit die alte Oberfläche ab. So steht auf [www.spw.de](http://www.spw.de) künftig ein verlinktes Jahresregister (ab dem Jahr 2009) zur Verfügung, das einen direkten Zugriff auf die Artikel ermöglicht. Die Beiträge sind weiterhin im bewährten Format der gedruckten Version bereitgestellt. AbonnentInnen können sich mit einer E-Mail an [spw-verlag@spw.de](mailto:spw-verlag@spw.de) ein Passwort zusenden lassen und sämtliche Artikel einer Ausgabe online lesen, herunterladen und ausdrucken. Im Sinne ständiger Qualitätsverbesserung freuen Geschäftsführung und Redaktion sich über Anregungen und Kritik.

## Wirtschaftsdemokratie und sozialistisches Grünkohlessen

Zugleich mit der Jahreshauptversammlung richtete das Projekt *Moderner Sozialismus Norddeutschland e.V.* das traditionelle sozialistische Grünkohlessen aus. Auf der Veranstaltung im Januar diskutierten Jutta Bankau, Bezirksleiterin der IG-Metall Küste und spw-Mitherausgeberin sowie Dr. Richard Detje, Redakteur des „Sozialismus“, Perspektiven, Notwendigkeiten und Konsequenzen der Wirtschaftsdemokratie. Die Veranstaltung mit den zahlreichen Gästen ergab die Notwendigkeit, über die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine demokratische Steuerung der Wirtschaft weiter zu diskutieren und auf die Agenda sozialdemokratische Reformpolitik zu setzen. Dies soll das Arbeitsprogramm des Vereines in diesem Jahr bestimmen. Als neuer Vorsitzender wurde Götz Godowski gewählt. Zu den stellvertretenden Vorsitzenden gehören Ulrike Hensel und Prof. Dr. Felix Welti.

## Partisan im Getriebe der Sozialdemokratie Kasseler SPD ehrt Horst Peter



Horst Peter, spw-Mitherausgeber und langjähriger Bundestagsabgeordneter, wurde vom SPD-Ortsverein Wehlheiden (Unterbezirk Stadt Kassel) im Januar diesen Jahres für 50 Jahre Engagement in der Partei geehrt: Vor rund 60 Gästen des Neujahrsempfangs in den Bügerräumen in Wehlheiden forderte Andrea Ypsilanti in ihrer Festrede den Stopp von Privatisierung in den Kommunen, eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft mit eine Energiewende sowie eine emanzipatorische Bildungs- und Sozialpolitik ein. Sie erhielt dafür in dem progressiven Ortsverein viel Beifall. Dass Horst Peter in seiner politischen Biographie auf allen politischen Ebenen prägende Spuren hinterlassen hat, bewiesen die zahlreichen Statements. So nannte Norbert Sprafke, SPD-Geschäftsführer von Kassel, Horst Peter einen „Partisanen im Getriebe der Sozialdemokratie“ und hob ihn als Initiator des kommunalen Petitionsrechts in Kassel hervor. Weitere Redner wie Jürgen Kaiser, Bürgermeister und SPD-Unterbezirksvorsitzender von Kassel, beschrieben Peter als unbequemen und kritischen Politiker, der es verstehe, Zukunftsprojekte zu entwerfen.

Horst Peter warb für die sozial-ökologische Ansätze des im Landtagswahlkampf Ende 2007 vertretenen Programms der „Sozialen Moderne“ und kritisierte zugleich die Gerechtigkeitsdefizite der Agenda 2010 sowie

die analytischen Schwächen des Konzepts „Neue Mitte“, die zur Entfremdung vom eigenen politischen Lager geführt hätten. „Nur als linke Volkspartei mit kritischem programmatischem Diskurs ist die SPD gesellschaftlich mehrheitsfähig“, unterstrich er.

## 70 Prozent der Bevölkerung und Mehrheit der Besserverdienenden für Mindestlohn

70 Prozent der Bevölkerung sprechen sich für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Am höchsten ist die Zustimmung unter Niedriglohnverdienern und Arbeitslosen, die sich von einer Lohnuntergrenze eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse versprechen. Doch selbst unter Besserverdienenden und Selbstständigen sind die Befürworter in der Mehrheit. Die Frage nach der Höhe eines Mindestlohns beantworteten Mindestlohn-Befürworter unabhängig von ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage recht ähnlich: Im Durchschnitt halten sie ein Brutto-Lohnminimum von rund zehn Euro für vernünftig. Das zeigt eine Analyse von Roland Bieräugel, Oliver Nüchter und Prof. Dr. Alfons Schmid vom Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) der Universität Frankfurt/Main, die in den WSI-Mitteilungen erschienen ist.

Mindestlohn-Gegner meinen vor allem, die Politik solle nicht in die Tarifautonomie eingreifen. Das sagen 52 Prozent der Kritiker. 34 Prozent sagen, der Staat solle sich generell aus dem Markt heraushalten. 24 Prozent halten einen Mindestlohn nur in ausgewählten Branchen für sinnvoll.

Mindestlöhne sind eng mit dem Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit verbunden. Selbst eher skeptische Gruppen wie z.B. Besserverdienende halten den Mindestlohn für eine sozial gerechte Maßnahme.

► Quelle und weitere Informationen:  
[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Fünf Fragen an...

### Uwe Kremer



➔ Uwe Kremer

Foto:privat

Dr. Uwe Kremer, aufgewachsen in Osnabrück, studierte Sozialwissenschaften in Göttingen und arbeitete anschließend in Nordrhein-Westfalen zunächst in technologie- und industriepolitischen Projekten, später in der regionalen Wirtschaftsförderung und Clusterpolitik, heute mit Schwerpunkt in der Gesundheitswirtschaft. Er war 1984 – 1990 stellv. Bundesvorsitzender der Jusos, leitete von 1985 bis 1990 den „Hannoveraner Kreis“ (siehe Kasten) und danach bis 1993 die spw-Redaktion. Er war Ende der 80er Jahre maßgeblich an den „53 Thesen des Projektes Moderner Sozialismus“ und Mitte der 90er Jahre am sog. Crossover zwischen SPD-Linken, linken Grünen und PDS-Reformern beteiligt. Heute ist er Mitherausgeber der spw.

**spw:** Was waren die wichtigsten Meilensteine in Deinem politischen Leben?

» **U.K.:** Am prägendsten waren sicher die 80er Jahre, als ich zunächst im Bezirk Hannover, später im Bundesverband der Jusos Funktionen übernahm. Es verschlug mich damals in den „Hannoveraner Kreis“ der Juso-Linken, oft als „Stamokap“-Fraktion verschrien, und mehrere Jahre hatte ich die Leitung inne. Es gab bei uns einen sehr produktiven theoretischen Prozess, aus der Ende der 80er Jahre das „Projekt Moderner Sozialismus“ entstand. Da

gab es Querverbindungen zum Berliner Grundsatzzprogramm der SPD, das ungefähr zur selben Zeit diskutiert wurde. Auch die spw wurde von diesem Projekt in den 90er Jahren geprägt und ich habe den Eindruck, dass diese Prägung heute noch anhält. Ein weiterer Meilenstein war Anfang der 90er Jahre sicher die Öffnung der spw, das Zusammengehen der einst verrufenen „Stamokaps“ mit anderen sozialistischen Teilen der SPD-Linken, vorneweg mit Peter von Oertzen.

**spw:** Und wie siehst Du heute das „Projekt Moderner Sozialismus“? Ist es noch aktuell?

» **U.K.:** Da wurden viele Ansätze aufgegriffen, verarbeitet oder selber entwickelt, die aktuell geblieben sind, z. B. alternative Konzepte von „Investitionsfonds“, die sozialstaatliche Perspektive einer „biographischen Selbstbestimmung“, die innovative Rolle des „Staates als Pionier“ oder die Entwicklung von „Alltagsdemokratie“. Es geht um eine Denkweise, die sich vom Modernisierungsgelaber der Schröder-Ära ebenso abhebt, wie von der Seichtigkeit des aktuellen Grundsatzprogramms der SPD. Mich interessiert, was jenseits der aktuellen Verteilungskämpfe kommt. Wichtig finde ich, dass in unserem Projekt „Sozialismus“ immer mehr war als soziale Gerechtigkeit, die natürlich essentiell ist. Zentrale Botschaft bleibt, dass „Sozialismus“ auch mit Produktivität und Kompetenz, Investition und Innovation assoziiert werden sollte.

**spw:** Du bist seit langer Zeit in der Wirtschaftsberatung und als Geschäftsführer tätig, heute schwerpunktmäßig im Gesundheitsbereich. Welche Schlüsse würdest Du aus Deinen Berufserfahrungen für Deine politischen Einschätzungen ziehen?

» **U.K.:** Zum einen bin ich zur Überzeugung gelangt, dass man sich mit dem Stellenwert unternehmerischer Betätigung stärker und systematischer beschäftigen muss. Auch in Abgrenzung zu den bisherigen sozialistischen Experimenten, die nicht nur an einem Mangel



an Demokratie, sondern auch an einem Mangel an unternehmerischer Initiative gescheitert sind. Gibt es eine Verbindung zwischen einer bestimmten Art unternehmerischer Betätigung und sozialistischen Vorstellungen und wie könnte man die entwickeln? Und in welchem Verhältnis steht das zu Vergesellschaftungsvorstellungen, die ja auch einmal zu aktualisieren wären. Ich glaube, dass der Bankrott des in den vergangenen Dekaden dominierenden Typus kapitalistischer Geschäftspolitik auch auf diesem Gebiet neues Denken erfordert.

Für den Gesundheitssektor wünsche ich mir, dass die Linke ihn nicht nur als sozialstaatliche Veranstaltung sieht, sondern auch als maßgebenden wirtschaftlichen Sektor. Dazu gehören Konzepte einer nachfrageorientierten öffentlichen Innovationspolitik, wie sie im Energiebereich schon entwickelt worden sind. Überhaupt sehe ich Umwelt und Gesundheit als die beiden wichtigsten Säulen eines zukünftigen Wirtschaftsmodells.

**spw:** Gerade in den 60er bis 80er Jahren wurde intensive Theoriearbeit geleistet. Wo siehst Du heute Ansätze dafür, dass diese Arbeit fruchtbar fortgesetzt wird?

» **U.K.:** Einerseits gibt es eine akademisch geprägte Theoriearbeit, die ihre Stärke in der Analyse und Bestimmung existierender gesellschaftlicher Verhältnisse hat. Hier sehe ich in den letzten Jahren einen erfreulichen Aufschwung. Zum anderen gibt es die Ebene des sozialistischen Diskurses: Hier geht es um sinnvolle und sinnstiftende Aussagen zu gesellschaftlichen Alternativen. Hier ist die Luft immer noch dünn. Häufig folgen auf 100 Seiten hervorragender Analyse 5 Seiten Ratlosigkeit (vorzugsweise als „New Deal“ bezeichnet). Gespannt bin ich auf die „Initiative Solidarische Moderne“, die mich an unser damaliges „Crossover-Projekt“ erinnert. Die spw könnte sicherlich dazu beitragen. Besonders freut mich natürlich, wie sich die heutigen Jusos um eine theoretische Fundierung ihrer Arbeit bemühen.

**spw:** Findest Du neben Deiner beruflichen Tätigkeit noch Zeit, Dich politisch zu engagieren?

» **U.K.:** Leider habe ich keine großen Spielräume für politisches Engagement im engeren Sinne. Die vergangenen 10 Jahren haben einen zumindest in Bezug auf die SPD auch nicht dazu ermuntert. Hinzu kommt das alte SPD-Problem, dass es kaum ehrenamtliche Betätigungsmöglichkeiten gibt, wodurch man fachlich-berufliche Kompetenz und politisches Engagement verbinden könnte. Insofern beschränke ich mich seit geraumer Zeit auf meine Zugänge zur spw und zu politisch stärker aktiven Genossinnen und Genossen, mit denen mich insbesondere seit meiner Hannoveraner Zeit manche Freundschaft verbindet. Aber diese Zurückhaltung muss nicht so bleiben, zumal die Zeiten jetzt wieder so spannend geworden sind. ■

➞ Das Interview führte Thomas Gutsche.

## ■ Hannoveraner Kreis

Der Hannoveraner Kreis (HK) der Juso-Linken wurde 1971 gegründet und spielte im Rahmen einer sozialistisch ausgerichteten, linken Infrastruktur der 70er und 80er Jahre eine wichtige Rolle für die Herausbildung von Friedensbewegung und gewerkschaftlichen Offensiven. Es folgte 1989 durch das vom HK initiierte „Projekt Moderner Sozialismus“ die Ausarbeitung der sogenannten „53 Thesen“ für eine moderne sozialistische Politikkonzeption. Man kann, ausgehend von HK und spw, seit Ende der 60er Jahre bis zur Veröffentlichung der heutigen „Thesen zu jungsozialistischer Politik – für eine Linke der Zukunft“ im Jahre 2008 eine Linie kontinuierlicher Arbeit an kapitalismuskritischen und sozialistischen Grundsatzpositionen ziehen.

## Leser/in werden – Prämie wählen!



### Prämienpaket 1

Abriss, Umbau, Renovierung?  
Steffen Lehndorff (Hrsg.)  
244 Seiten; € 19,80

Klassen im Postfordismus  
Hans-Günter Thien (Hrsg.)  
381 Seiten; € 29,90



### Prämienpaket 2

Zwischenwelten und Übergangszeiten  
Eric Hobsbawm  
240 Seiten; € 18,00

Es geht nur anders!  
Jochen Becker / Wolfgang Ebert /  
Jochen Marquardt (Hrsg.)  
275 Seiten; € 15,00



### Prämienpaket 3

Zukunft der Tarifautonomie  
Reinhard Bispinck / Thorsten Schulten (Hrsg.)  
216 Seiten; € 16,80

ArbeitsUnrecht  
Werner Rügemer (Hrsg.)  
251 Seiten; € 24,90

## Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- ☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- ☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft:

- ☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;  
37,00 € bei Bankeinzug)
- ☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 384 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.